PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621 / 75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32 000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621 / 75 20 14 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621 / 75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 6. Juli 1976, fertiggestellt.

8. Juli 1976 Jg. 4 Nr. 27 50 Pfennig

Israels Aggression gegen Uganda

Der Krug geht solange zum Brunnen, bis er zerbricht

Die Geschichte des Zionismus ist eine Geschichte des Terrors. Mit seiner bewaffneten Aggression gegen Uganda, einen souveränen Staat, 3 700 Kilometer von Israel entfernt, hat der zionistische Staat eine weitere Seite in dieser Geschichte aufgeschlagen. Der zionistische Staat und seine imperialistischen Hinterleute mögen es noch eine Weile so treiben und die Unabhängigkeit der Staaten mit Füßen treten. Ihr Weg führt unvermeidlich in den Untergang. Hitlers Blitzkriege haben oberflächlichen Beobachtern große Bewunderung und großes Erstaunen abgerungen. Man weiß, wie es mit dem Dritten Reich geendet hat. So wird es allen aggressiven Mächten ergehen. Ihr Scheitern ist gesetzmäßig, mögen sie vorübergehend noch soviel Erfolge erzielen. Nach der Besetzung Österreichs, der Tschechoslowakei und dem Blitzkrieg gegen Polen hieß es von Hitler: „Der kann aber auch alles." Das Rad der Geschichte konnte er jedoch keineswegs aufhalten. Von dem zionistischen Staat wird von interessierter Seite jetzt die gleiche Legende in die Welt gesetzt. Ihr militärischer Überfall auf den Flughafen Entebbe wird in den höchsten Tönen gelobt. Auch die Zionisten werden das Rad der Geschichte nicht aufhalten können. Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, die Völker wollen die Revolution. Schon ist ihr Überfall auf die entschlossene Verurteilung aller afrikanischen Staaten gestoßen. UNO-Sekretär Waldheim hat den Angriff auf Uganda als einen Akt der Aggression gegeißelt und seine Verurteilung durch den Sicherheitsrat gefordert.

In zionistischen Zeitungen ist der Überfall auf Uganda als „glücklichster Tag seit dem Junikrieg 1967" bezeichnet worden. Damals hat der zionistische Staat Ägypten überfallen und weiteres arabisches Gebiet seiner Besatzung unterworfen. Aber auf den Schlag der Zionisten folgte der Gegenschlag der arabischen Völker. Immer entschlossener hat das palästinensische Volk den bewaffneten Befreiungskampf eingeschlagen und hat die PLO aufgebaut. In allen Teilen der Welt genießt die PLO heute die Anerkennung und Unterstützung der Völker, während der zionistische Staat sich immer weiter isoliert.

Nach dem Gewaltstreich gegen Uganda hat jetzt Mauritius als letztes afrikanisches Land, das noch diplomatische Beziehungen zu Israel unterhielt, diese Beziehungen abgebrochen. Auf den Junikrieg im Jahre 1967, als Israel in einem Blitzkrieg die ägyptische Armee niederwarf, ist der Oktoberkrieg im Jahre 1973 gefolgt. Ägypten hat einen ersten Gegenschlag gegen die israelischen Aggressoren geführt. Auch die jetzige Aggression Israels gegen einen unabhängigen und souveränen Staat Afrikas wird früher oder später die angemessene Antwort erhalten.

Die Zionisten bezeichnen ihren Angriff auf Uganda als einen „israelischen Beitrag zum Kampf der Menschheit

Fortsetzung Seite 2



Genosse Tschu Teh auf dem X. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas 1973

Am Dienstag, dem 6. Juli, ist der große proletarische Revolutionär und revolutionäre Armeeführer, der Genosse Tschu Teh, Mitglied des Zentralen Komitees der Kommunistischen Partei Chinas, Mitglied des Politbüros des Zentralen Komitees und des Ständigen Auschusses des Politbüros, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des 4. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China, im Alter von 90 Jahren gestorben.

Der Name des Genossen Tschu Teh wird für immer mit vielen großen Siegen der chinesischen Arbeiterklasse und der chinesischen Revolution eng verbunden bleiben. Bis zuletzt hat der Genosse Tschu Teh an den Kämpfen der Kommunistischen Partei Chinas und des chinesischen Volkes teilgenommen. Mit der Kommunistischen Partei Chinas, der chinesischen Arbeiterklasse und den chinesischen Volksmassen trauern die Revolutionäre der Welt um den Genossen Tschu Teh. Sein Beispiel des unermüdlichen Kampfes für die Ziele der internationalen Arbeiterklasse, für den Kommunismus, trägt dazu bei, daß die Sache der Revolution in China wie in allen Ländern mit großem Schwung fortgesetzt werden wird.

Der Unfallbericht der Bundesregierung

Die Bundesregierung rühmt sich, die Arbeitsunfälle gesenkt zu haben

In der Bundestagsdebatte über den Sozialbericht hat sich die Bundesrepublik erneut ihrer sozialen Leistungen gerühmt. Zu diesen Leistungen zählt sie den Rückgang der Arbeitsunfälle in den beiden letzten Jahren.

Von VAW in Hannover berichtet die Betriebszelle, daß bei der gegenwärtigen Hitze die Zahl der Unfälle sprunghaft gestiegen ist. Auf der Klöcknerhütte in Bremen steigt die Zahl der Unfälle seit Jahresbeginn wieder von 60

früheren Verdienstes. Die Witwe eines getöteten Arbeiters wird mit 30 %, höchstens 40 % des Arbeitsverdienstes ihres Mannes abgespeist.

Die Statistik erfaßt dabei nur die Zahl der gemeldeten Unfälle. Meldepflichtig sind Unfälle, wenn dem Verletzten für mehr als drei Tage Arbeitsunfähigkeit bescheinigt wird. Millionen Unfälle werden nicht gemeldet. Von den meldepflichtigen Unfällen melden die Kapitalisten in einzelnen Berufsge-

doppelt so viele Unfälle wie bei den deutschen Arbeitern. Der Rückgang ist eine direkte Folge des Anwerbestopps vom November 1973. Denn die jetzt beschäftigten ausländischen Arbeiter sind schon mehrere Jahre in der Bundesrepublik und ihre Ausbildung im Umgang mit der Maschinerie ist in der Zusammenarbeit mit den deutschen Arbeitern fortgeschritten. Man kann an dieser Entwicklung ermessen, in welchem Umfang die Kapitalisten in

Mitglied des Zentralen Komitees der Kommunistischen Partei Chinas, Mitglied des Politbüros des Zentralen Komitees und des Ständigen Auschusses des Politbüros, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des 4. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China, im Alter von 90 Jahren gestorben.

Der Name des Genossen Tschu Teh wird für immer mit vielen großen Siegen der chinesischen Arbeiterklasse und der chinesischen Revolution eng verbunden bleiben. Bis zuletzt hat der Genosse Tschu Teh an den Kämpfen der Kommunistischen Partei Chinas und des chinesischen Volkes teilgenommen. Mit der Kommunistischen Partei Chinas, der chinesischen Arbeiterklasse und den chinesischen Volksmassen trauern die Revolutionäre der Welt um den Genossen Tschu Teh. Sein Beispiel des unermüdlichen Kampfes für die Ziele der internationalen Arbeiterklasse, für den Kommunismus, trägt dazu bei, daß die Sache der Revolution in China wie in allen Ländern mit großem Schwung fortgesetzt werden wird.

Der Unfallbericht der Bundesregierung

Die Bundesregierung rühmt sich, die Arbeitsunfälle gesenkt zu haben

In der Bundestagsdebatte über den Sozialbericht hat sich die Bundesrepublik erneut ihrer sozialen Leistungen gerühmt. Zu diesen Leistungen zählt sie den Rückgang der Arbeitsunfälle in den beiden letzten Jahren.

Von VAW in Hannover berichtet die Betriebszelle, daß bei der gegenwärtigen Hitze die Zahl der Unfälle sprunghaft gestiegen ist. Auf der Klöcknerhütte in Bremen steigt die Zahl der Unfälle seit Jahresbeginn wieder von 60 Unfällen im Januar auf 74 im April.

Die Profitschlachten, mit denen die westdeutschen Imperialisten unter Ausnutzung der Krise neue Teile des Weltmarktes an sich reißen wollen, sind Blutorgien des Kapitals. In der Eisen- und Metallindustrie erlitt 1974 jeder siebte Arbeiter einen Unfall, in den Kohlezechen fast jeder fünfte.

„Die kapitalistische Produktion ... ist ... weit mehr als jede andere Produktionsweise, eine Vergeuderin von Menschen, von lebendiger Arbeit, eine Vergeuderin nicht nur von Fleisch und Blut, sondern auch von Nerven und Hirn", schrieb Karl Marx in „Das Kapital" (Band III, S. 99). Aufwendungen und Vorsichtsmaßregelungen zur Sicherheit, Bequemlichkeit und Gesundheit der Arbeiter sind „vom kapitalistischen Standpunkt eine ganz zweck- und sinnlose Verschwendung". (Ebenda, S. 97) „Alle Sinnesorgane werden gleichmäßig verletzt durch künstlich gesteigerte Temperatur, die mit Abfällen des Rohmaterials geschwängerte Atmosphäre, den betäubenden Lärm usw., abgesehen von der Lebensgefahr unter dicht gehäufter Maschinerie, die mit der Regelmäßigkeit der Jahreszeiten ihre industriellen Schlachtbulletins produziert." (Das Kapital, Band 1, S. 449)

Der jüngste Unfallbericht der Bundesregierung ist eines dieser „Schlachtbulletins, die die Verwundeten und Getöteten der industriellen Armee aufzählen".

1975 wurden 1,9 Millionen Arbeitsunfälle, Unfälle auf dem Weg zur Arbeit und Berufskrankheiten gemeldet. (1974: 2,2 Millionen). 4388 Werktätige verloren dabei ihr Leben. 6000 mußte eine Berufskrankheit anerkannt werden. 73 000 wurden so schwer verletzt oder verstümmelt, daß sie verrentet werden mußten, wie gegenwärtig insgesamt über 800 000. Je nachdem, für wie schwer die Zerstörung ihrer Arbeitskraft von den Behörden taxiert wird, erhalten sie zwischen 13 % (bei einer 20 %igen Behinderung) und 67 % (bei Erwerbsunfähigkeit) ihres früheren Verdienstes. Die Witwe eines getöteten Arbeiters wird mit 30 %, höchstens 40 % des Arbeitsverdienstes ihres Mannes abgespeist.

Die Statistik erfaßt dabei nur die Zahl der gemeldeten Unfälle. Meldepflichtig sind Unfälle, wenn dem Verletzten für mehr als drei Tage Arbeitsunfähigkeit bescheinigt wird. Millionen Unfälle werden nicht gemeldet. Von den meldepflichtigen Unfällen melden die Kapitalisten in einzelnen Berufsgenossenschaften nur 60 %. (U. Schulz, Statistik als Grundlage der Unfallforschung, Schriftenreihe des Hauptverbandes der Berufsgenossenschaften 1973, S. 113)

Bei den Berufskrankheiten, deren Zahl in den letzten Jahren ständig zugenommen hat, ist die Dunkelziffer noch größer, weil durch die Berufskrankheiten-Verordnung der Bundesregierung nur ein Teil der Krankheiten als Folge von Lohnarbeit anerkannt werden.

An diesen Tatsachen kann Arendts Reden vom „Erfolg unserer verstärkten Bemühungen um eine humane Arbeitswelt" gemessen wird.

Der Unfallbericht sagt selbst, daß die Zahl der Unfälle in der Bundesrepublik gegenwärtig etwa 1/3 höher ist als in Frankreich, wo die Arbeiterbewegung den Kapitalisten engere Schranken gegen die Ausbeutung abkämpfen konnte.

Der Unfallbericht stellt heraus, daß die Zahl der Unfälle 1975 gegenüber dem Vorjahr absolut um 247 000 zurückgegangen ist, das sind 12,5 %. Bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften um 228 370, das sind 14 %. Das ist im wesentlichen aber nur Folge des Rückgangs von Produktion und Beschäftigung in der Krise.

Umgerechnet auf je 1 Million Arbeitsstunden beträgt der Rückgang der Unfälle bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 4 %. „Andererseits" heißt es in dem Bericht der Regierung, „ist seit 1966/67 bekannt, daß die Sorge um den Arbeitsplatz Arbeitnehmer dazu verführt, leichte Arbeitsunfälle nicht zu melden". Verführt ist gut!

Hauptgrund für den Rückgang der Unfallzahlen, gemessen an der Zahl der Arbeitsstunden, ist aber zweifellos der Rückgang der Unfälle bei den etwa 2 Millionen ausländischen Arbeitern (über 10 % aller Lohnabhängigen). Bereits 1974 ist die Zahl der Unfälle auf 1000 ausländische Arbeiter gegenüber 1970 von 219 auf 166, also um 24 % gesunken. Das sind immer noch doppelt so viele Unfälle wie bei den deutschen Arbeitern. Der Rückgang ist eine direkte Folge des Anwerbestopps vom November 1973. Denn die jetzt beschäftigten ausländischen Arbeiter sind schon mehrere Jahre in der Bundesrepublik und ihre Ausbildung im Umgang mit der Maschinerie ist in der Zusammenarbeit mit den deutschen Arbeitern fortgeschritten. Man kann an dieser Entwicklung ermessen, in welchem Umfang die Kapitalisten in den Jahren davor einen Jahrgang von ausländischen Arbeitern nach dem anderen verheizt haben. Ohne jede Vorbereitung und Ausbildung insbesondere auch der Sprachkenntnisse sind Millionen von ausländischen Arbeitern, ein großer Teil davon ehemalige Bauern und Landarbeiter, von den westdeutschen Imperialisten in die Maschinerie hineingehetzt worden, das deckt der Rückgang der Unfälle nachträglich auf. Mit einem Erfolg der Regierungspolitik hat dieser Rückgang nicht das geringste zu tun.

Für wen die Hitze teuer kommt

„So schön das Wetter auch seit Wochen ist, nun wird die Hitze doch langsam teuer", schreibt der „Mannheimer Morgen" in der letzten Woche. Fragt sich, für wen. Für die Arbeiterklasse und das Volk allerdings, für die Kapitalisten nicht. Das kann man an jeder Frage sehen, zum Beispiel, wenn man sich bei der Hitze ein wenig erfrischen will. Da ist Schwimmen nützlich. Aber die natürlichen Gewässer sind für die Menschen vielfach nicht mehr zugänglich. Sie sind durch Abwässer der Großindustrie verseucht. Der Rhein ist inzwischen der dreckigste Fluß in Europa. Die paar sauberen Seen wurden von den Kapitalisten, die sich mit ihren Häusern am Ufer breit machen, eingezäunt und wie Privateigentum behandelt. Die Arbeiterklasse und die Volksmassen können gerade noch die Schwimmbäder aufsuchen. Davon gibt es nicht viele, und der Eintritt ist teuer. Tausende müssen sich dann in einer kleinen Lache drängen. Man sieht schnell, wem die Hitze teuer kommt. Den Kapitalisten wird sogar noch die Möglichkeit zur Vernichtung der Natur gesetzlich bescheinigt und kostenlos zugestanden. Erst vor kurzem hat der Bundestag mit den Stimmen aller Parteien ein Gesetz über Wasserabgaben beschlossen. Die Kapitalisten dürfen demnach bis 1981 ihren Dreck kostenlos in die Flüsse und Gewässer leiten. Danach sollen sie für eine Menge Dreck, die dem ungereinigten Abwasser eines Menschen für ein Jahr entspricht, 12 DM Gebühren zahlen. Das ist billig, die Kanalgebühren liegen höher. Zur Folge hat dieses Gesetz, daß kein Kapitalist bei diesen Sätzen Geld für Klärwerke ausgeben wird. Die Flüsse werden somit weiter ungeheuer verdrecken, so daß selbst die Fische es nicht mehr aushalten und zu Tausenden sterben. Für die Arbeiterklasse bedeutet das Verschlechterung ihrer Reproduktionsbedingungen.

Bürgerliche Schreiberlinge finden auch für diese Entwicklung eine Erklärung, die die Ursachen für die rapide Vernichtung der Umwelt nicht bei den Kapitalisten und ihrer Produktionsweise suchen, sondern im Falle der Flüsse bei der Landbevölkerung. So schreibt der „Mannheimer Morgen": „Die tropischen Temperaturen bringen langsam auch die Flüsse zum ‚Kochen'. Am Donnerstag wurden an verschiedenen Stellen des Neckars 30 Grad gemessen. Der Sauerstoffgehalt des Neckars sinkt ständig ... so daß mit einem größeren Fischsterben zu rechnen sei. Der Neckar führe gegenwärtig mehr Abwässer als natürliches Wasser. Der Wasserzufluß aus kleinen Flüssen und Bächen in den Neckar sei fast zum Erliegen gekommen. Überall stauten Bauern und Gärtner die Rinnsale, um das Wasser auf ihre Felder zu leiten. Teilweise herrscht dort ein Faustrecht wie im Mittelalter." Die Bauern sind es also, die ins finstere Mittelalter zurückfallen, die Keule schwingen, die Flüsse stauen, so daß diese absterben. Das ist dreist. Es ist das hemmungslose Streben nach Höchstprofiten, das die Natur kaputt macht, die Erholungsmöglichkeiten der Arbeiterklasse verschlechtert, die Natur vernichtet und die Bauern in ihrer Existenz bedroht.

Eines macht den Kapitalisten laut „Mannheimer Morgen" große Sorge: die „verminderte Leistungsfähigkeit der arbeitenden Bevölkerung", die überall zu beobachten sei. Die Profite müssen stimmen. So wird in den Betrieben die Antreiberei verschärft, was schon zur Folge hat, daß die Unfälle sich häufen und die Zusammenbrüche besonders an den Fließbänden groß sind. Der Kapitalismus vernichtet mit seinem Streben nach Höchstprofiten Mensch und Natur. Er gehört abgeschafft.

Gegen das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz

99 Beschäftigte im öffentlichen Dienst in Braunschweig haben sich per Unterschrift gegen das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz gewandt: „Der gesamte öffentliche Dienst würde mit diesem Gesetz zu einem Hilfsorgan des Verfassungsschutzes. Gegner und Kritiker der herrschenden gesellschaftlichen und politischen Zustände würden ausspioniert und ein Klima der Einschüchterung geschaffen. Wir, die unterzeichneten Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, wenden uns gegen diese Absicht der Landesregierung, die Bespitzelung zur gesetzlichen Pflicht zu machen." Der niedersächsische Landtag hat das Überwachungsgesetz inzwischen mit den Stimmen aller Parteien verabschiedet. (Siehe letzte KVZ)

Freiheit für imperialistisches Kapital bei der Ausplünderung Indiens

Ein Jahr nach dem Staatsstreich Indira Gandhis in Indien, von der Sowjetunion und dem internationalen Revisionismus als Fortschrittstat gepriesen, meldet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" zufrieden: „Dividenden in Indien wieder frei". (5. Juli) Zum 6. Juli sollen die seit 1974 bestehenden Dividendeneinschränkungen aufgehoben werden. „Auch ein großer Teil der deutschen Investoren in den 644 deutsch-indischen Gemeinschaftsunternehmen wird davon profitieren." Der Staatsstreich Indira Gandhis hat einen Fortschritt nur gebracht für die imperialistischen Länder, die Indien ausplündern und unter denen die Sowjetunion einen vorderen Rang einnimmt.

Stiller Personenwechsel in Italien

Der italienische Industriellenverband bekommt einen neuen Präsidenten, ein Vorgang, der neben den Auseinandersetzungen um die Regierungsbildung fast untergeht und doch auf diese großen Einfluß ausüben dürfte. Gianni Agnelli, der Chef des Fiat-Konzerns, zieht sich vom Posten des Kapitalistenverbandschefs zurück. Die Agnellis, reichste Familie Italiens, drängen direkt in die politische Führung des Landes, das sie zu einem beträchtlichen Teil besitzen. Nachfolger Agnellis an der Spitze des Industriellenverbands wird Carli, Chef einer Fiat-Gesellschaft und Untergebener Agnellis, bis vor kurzem Gouverneur der italienischen Nationalbank, die er im Auftrag des italienischen Monopolkapitals 15 Jahre leitete. (Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung)

Äußerungsverbot für Carvalho

Otelo de Carvalho, revolutionärer Präsidentschaftskandidat in Portugal, der bei den Wahlen den zweitgrößten Stimmenanteil auf sich vereinigen konnte, darf keine Presseerklärungen mehr abgeben. Der mit Unterstützung aller bürgerlichen Parteien außer der revisionistischen PCP gewählte reaktionäre Staatspräsident Eanes hatte gleich nach der Wahl seine Besorgnis über den Wahlerfolg der Revolutionäre geäußert, und als Mann der Stabilität hat er sie angekündigt. Die ersten Verbote lassen nicht lange auf sich warten. – (nach Süddeutsche Zeitung, 9.7.76)

Algerien: Das Volk beschließt Nationalcharta

Nach monatelanger Volksdiskussion über den Entwurf einer Nationalcharta haben 98,5 Prozent der Wahlberechtigten für dieses politische Grundsatzprogramm gestimmt. (Vergleiche dazu KVZ Nr. 25) Von den 7,5 Millionen Wahlberechtigten hatten sich 91 Prozent an der Abstimmung beteiligt. Präsident Boumedienne, der den Entwurf mit ausgearbeitet hatte, war in den letzten Monaten von rechten Kräften, die zeitweise zur Befreiungsbewegung FLN gehört hatten, in landesweit vertriebenen Flugblättern und Manifesten scharf angegriffen worden. Die breite Zustimmung zur Nationalcharta, die eine Politik der nationalen Unabhängigkeit, der Bodenreform und der Verstaatlichung der Produktionsmittel vorsieht, ist zugleich eine Absage des Volkes an diese rechten Kräfte. (Nach: Frankfurter Rundschau, 30. Juni)

Israels Aggression gegen Uganda

Der Krug geht solange zum Brunnen, bis er zerbricht

Fortsetzung

gegen den wachsenden Terror". Das sind starke Worte aus dem Mund des Regierungschefs eines Staates, der auf den Leichen ermordeter Palästinenser aufgebaut worden ist und auf der Vertreibung eines ganzen Volkes beruht; eines Staates, der bei der Unterdrückung des Widerstandes in den besetzten Gebieten in den letzten Wochen Dutzende von jungen Palästinensern niederschießen läßt, eines Staates, der seine ganze Existenz ausschließlich dem Terror eines Siedlerregimes gegen die einheimische palästinensische Bevölkerung verdankt. Und doch finden die heuchlerischen Worte Rabins großen Widerhall in der Welt. Aber in welcher Welt? In der Welt der Imperialisten.

US-Präsident Ford hat sofort ein Glückwunschtelegramm nach Tel Aviv geschickt, den Aggressionsakt gegen Uganda gerühmt und seine Glückwünsche ausgesprochen. Die westdeutschen Imperialisten haben natürlich überhaupt kein Hehl daraus gemacht, daß die israelische Aggression ganz in ihrem Sinne gewesen ist. Schmidt hat Glückwünsche gekabelt und im Fernsehen lobende Worte gefunden. Selten waren sich Regierung und Opposition so einig. Kohl hat natürlich auch gekabelt und sich im Fernsehen geäußert. Sie haben sich im Erfolg der Aggression gegen Uganda richtiggehend gesonnt. In ihrer Ruhmsucht ließen sie dabei auch noch gleich heraus, daß sie bei der Planung der israelischen Aggression mit den Aggressoren unter einer Decke steckten. Israel war schon immer ein Brückenkopf des Imperialismus gegen die arabischen Völker und Afrika. Als solcher hat er sich jetzt wieder bewährt. Darüber geraten die Imperialisten in trunkenen Jubel.

Die Imperialisten haben ihren ganzen Propagandaapparat auf Hochtouren gebracht, um die Massen in ihren trunkenen Jubel hineinzuziehen. Dabei haben sie böse Absichten für die Zukunft und wenden Tricks an. Die bösen Absichten läßt zum Beispiel der Leitartikler der Zeitung „Die Welt" erkennen: „Von sich aus hatten die Europäer militärisch nichts unternommen, obwohl sie technisch dazu durchaus in der Lage wären. Aber ihnen fehlen die Moral und die Freiheit, die das tragische Lebensgefühl, die historische Erfahrung der Juden vermittelt." Es ist der herrschenden Klasse schon einmal gelungen, einem Teil des deutschen Volkes jenes „tragische Lebensgefühl" einzuimpfen, das zum willfährigen Werkzeug der Eroberungspläne der herrschenden Klasse macht.

Wenn den europäischen Imperialisten heute die „Moral und die Freiheit" für solche militärischen Aggressionsakte fehlen, dann liegt es einfach daran, daß solche Abenteuer auf keine Gegenliebe bei den Massen stoßen, und daß die Massen ihren eigenen Herrn die liederlichen Absichten gleich an der Nasenspitze ansehen, wenn sie von Großtaten für die Menschheit sprechen und die Aggression gegen andere Staaten meinen.

Es sind also noch heftige Betrügereien von seiten der herrschenden Klasse notwendig, wenn sie diese für sie schlechte Lage ändern will und die „Moral und die Freiheit" erringen will, um andere Völker anzugreifen. Für solche Betrügereien kommt ihnen der zionistische Angriff auf Uganda gerade recht. Ihre Tricks dabei sind: Sie stützen sich auf die Ablehnung solcher abenteuerlicher Aktionen wie Flugzeugentführungen durch die Massen. Recht und Unrecht sind bei diesen Aktionen nicht klar zu unterscheiden. Zivilisten werden als Geiseln genommen und die Auseinandersetzung wird in die internationale Sphäre verschoben. An dieser Ablehnung der Flugzeugentführungen durch die Massen setzen die Imperialisten an, um ihre Verbrechen zu rechtfertigen. Warum sind das üble Tricks? Erstens sind die Flugzeugentführungen bereits eine Antwort auf die Untaten des zionistischen Staates, eine Antwort auf die Unterdrückung und Vertreibung des palästinensischen Volkes durch den Zionistenstaat und seine Angriffe auf die arabische Nation. Das wollen die Imperialisten vergessen machen. Sie stellen die Sache so dar, als sei Israel ein ungeheuer friedlicher Staat, irgendwann einmal auf unbestimmte Weise entstanden. Die Zionisten hätten das Land kultiviert und seien dann aus unerfindlichen Gründen auf den Haß der Palästinenser gestoßen. Um sich der heimtückischen Angriffe der Palästinenser zu erwehren, hätte der Zionistenstaat wohl oder übel zu harten Methoden greifen müssen. Wie jetzt zu der Aggression gegen Uganda, wo die Flugzeugentführer gelandet waren und die Geiseln festhielten, um sie gegen gefangene Palästinenser auszutauschen.

Tatsächlich sieht die Sache anders aus: Die zionistischen Siedler waren stets die Aggressoren. Sie haben nicht das Land kultiviert, sondern haben kultiviertes Land an sich gerissen und das einheimische Volk vertrieben. Sie haben mitten im Herz der arabischen Nation eine imperialistische Kolonie errichtet.

Die Flugzeugentführer hatten gerechte Forderungen aufgestellt: die Freilassung von palästinensischen Häftlingen in Israel und die Freilassung anarchistischer Häftlinge in Westdeutschland. Wer solche Forderungen als terroristisch bezeichnet, verstellt die Tatsachen. Noch nicht einmal die Methoden sind terroristisch. Sie sind phantastisch, denn sie setzen darauf, daß der Feind, Zionismus und Imperialismus, um Blutvergießen zu vermeiden, zu einem Austausch von Menschen bereit seien. Das ist eine phantastische Annahme. Die Flugzeugentführungen werden deshalb von allen ernsthaften Revolutionären abgelehnt. Der PLO-Sprecher in Paris hat festgestellt, daß die Flugzeugentführung keine andere Bedeutung gehabt hätte, als die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von den Ereignissen im Libanon abzulenken, wo die Reaktion einen erneuten Anlauf nimmt, um die palästinensische Befreiungsbewegung zu zerschlagen. Die Zionisten sind keine Leute, die sich auf einen Handel einlassen. Auf die phantastischen Flugzeugentführungen antworten sie nicht mit Freilassung der Gefangenen, sondern mit Feuerüberfällen. Sie sind keine Phantasten, sondern wirklich Terroristen.

Ein weiterer Trick der Zionisten und der Imperialisten besteht darin, den Regierungschef Idi Amin als Komplizen der Flugzeugentführer zu bezeichnen. Das soll dann die Aggression auf Uganda rechtfertigen. Dann wären viele Staaten Komplizen der Flugzeugentführer, denn es gibt wenige Staaten, die in einem entsprechenden Fall gemeinsame Sache mit den Zionisten und Imperialisten machen würden, um ihnen womöglich noch die Blutarbeit, die Vernichtung der Flugzeugentführer, abzunehmen. Tun sie das aber nicht, dann werden sie von den Zionisten als Komplizen bezeichnet. Der Angriff auf sie soll dann als rechtens gelten. Das ist eine Rechtfertigung für Aggressionen und militärische Überfälle, mit denen die Zionisten und Imperialisten noch manches Verbrechen unternehmen können. Sie bedeutet einen direkten Anschlag auf die Souveränität aller Staaten der Dritten Welt und aller revolutionären Staaten. Das ist auch die Absicht.

Die Aggression Israels auf Uganda bedeutet auch einen weiteren Schritt in der Auseinandersetzung der imperialistischen Supermächte im Kampf um Afrika, das sich befreien will. Man muß sie als eine Antwort des US-Imperialismus auf die Intervention der Sowjetunion in Angola sehen. Die Aktion soll zeigen, daß der US-Imperialismus nicht weniger als der Sozialimperialismus dazu in der Lage ist, Aggressionen gegen Afrika durchzuführen, und daß er auch dazu entschlossen ist. Oder glaubt irgend jemand im Ernst, daß es Leute wie Ford auch nur einen Augenblick ernst meinen, wenn sie die Rettung von Menschenleben als Triebkraft ihrer Handlungen angeben? Schließlich hat die Aggression Israels genug Menschenleben gekostet. Menschenleben bestimmen niemals das Kalkül der Imperialisten, und je mehr sie davon reden, um so wachsamer muß man sein.

Mit der Aggression gegen Uganda haben die Zionisten und die Imperialisten einen Präzedenzfall für das Vorgehen gegen fremde Völker und Staaten geschaffen. Man erinnert sich, daß die USA genauso wie westliche Zeitungen bereits bei der Ölpreiserhöhung offen Kriegspläne gegen die Länder der Dritten Welt erörtert haben. Jetzt haben sie eine Aggression durchgeführt. Die Massen in den imperialistischen Ländern sollen sich an solche militärischen Aktionen gewöhnen. Sie sollen für ihre Unterstützung gewonnen werden. Man darf sich nicht täuschen: Die zionistische Aggression gegen Uganda ist Teil der Vorbereitung eines großen Krieges der Imperialisten. Die Völker können ihn verhindern, wenn sie sich von den Imperialisten nicht einfangen lassen, sondern ihre Kriegsvorbereitungen bekämpfen.

Die Bundesregierung rühmt sich, die Arbeitsunfälle gesenkt zu haben

Fortsetzung

Wenn die Sozialdemokraten in den Gewerkschaften, wie z.B. in der Nr. 5/76 der „Metall", eine Lobeshymne auf die „verstärkten Bemühungen der Bundesregierung und aller an der Unfallverhütung Beteiligten" – da sind die Kapitalisten gleich mit einbegriffen – loslassen, verweisen sie auf das Arbeitssicherheitsgesetz, das 1974 in Kraft getreten ist. Der DGB rühmt sich, an diesem Gesetz „maßgeblich beteiligt" gewesen zu sein.

Das Gesetz schreibt den Kapitalisten eine bestimmte Ausweitung des Betriebsärztewesens und des Sicherheitspersonals vor.

Ärzte im Werk zu haben, die z.B. bei Unfällen sofort Hilfe leisten können, das sollte für die Arbeiter eine Verbesserung sein. Die Tatsachen sind anders. Das Gesetz hat den Kapitalisten die volle Verfügung über die Betriebsärzte und das Sicherheitspersonal übertragen. Eine Einrichtung, die unter der Kontrolle der Arbeiter und ihrer Vertretungsorgane ein Mittel zur Verbesserung des Arbeitsschutzes ist, wird in den Händen der Kapitalisten wiederum nur ein weiteres Mittel, noch mehr aus den Arbeitern an Mehrarbeit herauszusaugen.

Statt der 9000 Ärzte, die der DGB für erforderlich hält, gibt es nur 2400, davon nur 1000 hauptamtliche.

Wo Betriebsärzte eingesetzt werden, in den Großbetrieben, machen sie sich für die Kapitalisten schnell bezahlt. Hauptsächlich beschäftigen sie sich damit, durch Untersuchungen der Belegschaft und bei Neueinstellungen die Gesündesten auszuwählen und dem Personalbüro Listen zu erstellen, wer wegen Krankheit und Anfälligkeit am ersten auf die Straße gesetzt werden soll.

Bei Unfällen sind sie für ihre Kunst berüchtigt, möglichst viele Arbeiter vor der Dreitagefrist wieder an die Arbeit zu hetzen.

Der Unfallbericht der Bundesregierung schildert aber auch noch entwickeltere Formen der „Unfallverhütung". In einem Automobilwerk sei ein „Lärmbekämpfungsprogramm" entwickelt worden. „Zur Bestimmung der Tauglichkeit für einen Lärmarbeitsplatz wurden umfangreiche medizinische Prüfungen des Hörvermögens ... durchgeführt. Durch organisatorische Maßnahmen wurde danach sichergestellt, daß kein Arbeitnehmer mit bereits vorbeschädigtem Gehör an lärmexponierten Arbeitsplätzen beschäftigt wurde". Ein gesundes Gehör verschleißt langsamer als ein beschädigtes. Mit der besseren Verteilung des Zerstörungswerkes an den Sinnesorganen der Arbeiter kann der Kapitalist Verluste verringern, die ihm durch Beiträge für die Unfallversicherung entstehen. Sinkt die Zahl der Unfälle und Berufskrankheiten, muß er nämlich weniger zahlen. Außerdem hat er geringere Ausfälle in der Produktion.

Die Nutzen-Kosten-Rechnung der Kapitalisten sieht so aus: „Ein wirtschaftlich-optimaler Sicherheitsgrad ist dort erreicht, wo die Summe der Kosten aus Unfällen und der aus Sicherheitsbemühungen am geringsten ist." (P. Compes, in: „Der Arbeitgeber", 1966, S. 262)

Der „bestmögliche Sicherheitsgrad" ist für die Kapitalisten unprofitabel, um so mehr, je größer die Reservearmee geworden ist, aus der sie schöpfen können.

Freiwillig haben die Kapitalisten noch nie die notwendigen Vorkehrungen zur Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter getroffen. – (hv)

Bourgeoisparlamentarier bekommen mehr Diäten

Einhellig haben die Fraktionen von SPD, CDU/CSU und FDP im Bundestag einen Gesetzentwurf zur Erhöhung und Neuregelung der Abgeordnetendiäten vorgelegt. Die Diäten werden danach künftig versteuert, gleichzeitig aber fast verdoppelt von 3 850 auf 7 000 DM monatlich. Weiter erhält jeder Abgeordnete eine Kostenpauschale von 1 450 DM für Unterhalt eines Büros im Wahlkreis, eine Tagegeldpauschale von 1 500 DM für Aufenthalt in Bonn, eine Reisekostenpauschale von 1 550 DM und 3 865 DM für Beschäftigung von Mitarbeitern. Dazu freie Benutzung von Bundesbahn und Post. In Summe noch einmal gut 8 500 DM monatlich. Bundestagsabgeordnete aller Parteien sind einstimmig der Meinung, daß das das Minimum sei, was sie für Volksvertretung zu bekommen hätten. 1973 hatten von 21 141 000 Haushalten in der Bundesrepublik nur 702 000 oder 3 Prozent ein monatliches Nettoeinkommen von über 5 000 DM. In den Kreis dieser reichen drei Prozent wird die Bourgeoisparlamentarier gehoben. Das ist ein wirksamer Hebel, damit sie ständig im Kopf behalten: Es sind die Interessen des Reichtums an der Ausbeutung der arbeitenden Massen, die sie zu vertreten haben. (Nach: Bundestagsdrucksache 7/5525 und Statistisches Jahrbuch 1975)

Immer weniger Kapitalmagnaten beherrschen die Gesellschaft: Rekordzahl bei der Zentralisation des Kapitals

Die Zentralisation des Kapitals ist in keinem Jahr der Nachkriegsgeschichte so schnell vor sich gegangen wie 1975. Das geht aus dem Jahresbericht des Bundeskartellamts hervor. 448 größere Kapitalzusammenschlüsse fanden 1975 statt. In der Krise 1966 bis 1968 waren es erst: 1966 – 43, 1967 – 65, 1968 – 65 Zusammenschlüsse. Die Zusammenballung riesiger Kapitalien entwickelt sich immer rascher. Gleichzeitig wurden Kapitalien in Rekordhöhe ganz vernichtet. 6 953 Pleiten wurden 1975 gemeldet. Dabei haben die Bankrotte bei Handwerksbetrieben überdurchschnittlich zugenommen. An der Spitze der aufkaufenden Kapitale standen die Banken und die Chemiekonzerne. Von den 1 786 Firmenzusammenschlüssen in den Jahren von 1970 bis 1975 übernahmen die Banken 253 oder 14 Prozent der Firmen, die Chemiekonzerne 176 oder 10 Prozent. Die ständig fortschreitende Unterwerfung der gesamten Produktionsmittel der Gesellschaft und der Arbeiterheere unter das Kommando von immer weniger Kapitalmagnaten macht die Verhältnisse immer reifer für den Sozialismus durch Enteignung der Kapitalisten. (Nach: Bundestagsdrucksache 7/5390)

Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion: Teuer für die Volksmassen

Kapitalistische Mißwirtschaft und Aufrüstungspolitik kommen die Volksmassen in der Sowjetunion teuer zu stehen. Da die ausgeblutete und durch bürgerliche Konkurrenz gehemmte Landwirtschaft die Versorgung mit Getreide nicht mehr sichern kann, muß die Sowjetunion seit Jahren Getreide aus den USA, Kanada, Argentinien und Australien einführen. Von 1974 auf 1975 ist der Getreideimport der Sowjetunion nach geschönten sowjetischen Angaben mengenmäßig um gut das Doppelte gestiegen, von 7,1 Millionen Tonnen auf 15,9 Millionen. Gleichzeitig stieg der Preis für die Importe fast auf das Vierfache, von 535,4 Millionen Rubel auf 1 923,2 Millionen. Ein russischer Arbeiter muß 1975 fast doppelt so lange arbeiten wie im Jahr 1974, um den Jahr davor für die gleiche Menge amerikanischen Getreides. (Nachrichten für den Außenhandel, nach sowjetischen statistischen Angaben)

Aus dem Schlachtbulletin des Kapitals

43 Prozent der 1,6 Millionen Arbeitsunfälle in der Industrie und im Handwerk im Jahre 1974 waren Handverletzungen. Die Hälfte davon „hatten eine Zerreißung (z.B. Wunde, Gliedverlust, Zermalmung) zur Folge". (Aus dem Unfallbericht 1976)

DKP „gegen Antikommunismus"

Verrat am Kampf gegen das KPD-Verbot

Die DKP hat die Kunst fertig gebracht, einen „Aufruf gegen Antikommunismus in der Bundesrepublik" in die Welt zu setzen, in dem das geltende KPD-Verbot mit keinem Wort erwähnt wird. Der Aufruf ist in der „UZ" vom 25. Juni veröffentlicht. Er ist über die DFU initiiert und bereits von etlichen der bekannten „Persönlichkeiten aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens" unterzeichnet worden. Die Forderungen des Aufrufes sind: „Schluß mit der Verbreitung von Furcht und Mißtrauen!" „Schluß mit dem Abbau des demokratischen Rechtsstaates!" „Für das Recht eines jeden, seine eigene Überzeugung frei zu bekennen!" „Für die Herstellung eines politischen Klimas, das die Weiterführung der Entspannung und das friedliche Zusammenleben der Völker ermöglicht!" „Schluß mit Antikommunismus und Antisowjetismus!"

Kein Wunder, daß das KPD-Verbot mit keinem Wort erwähnt wird. Sämtliche Forderungen des Aufrufes beruhen gerade auf der Akzeptierung des KPD-Verbots und auf dem Verrat am Demokratismus. Die erste Forderung appelliert an die Bourgeoisie und den bürgerlichen Staat, nicht länger Furcht und Mißtrauen zu verbreiten. Nicht für die Rechte der Unterdrückten wird eingetreten, sondern für die Schonung der Unterdrückten durch die Unterdrücker.

Dann wird der „demokratische Rechtsstaat" hochgehalten und gegen seinen „Abbau" protestiert. Als ob das das Problem wäre! Der „demokratische Rechtsstaat" ist von vornherein der Staat der herrschenden Klasse gewesen, und er wird nicht abgebaut, sondern ausgebaut. Die herrschende Kapitalistenklasse verschafft sich immer mehr Rechte, um die Arbeiterklasse und die Volksmassen zu unterdrücken. Das läßt sich großartig auf dem Boden der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" betreiben, denn dieser Boden ist in Wirklichkeit der Überbau der kapitalistischen Ausbeuterordnung. In der Verfassung wird das Recht auf kapitalistisches Privateigentum garantiert, nachdem es den Zweiten Weltkrieg und die Niederlage des deutschen Imperialismus großartig überstanden hatte und durch die deutsche Bourgeoisie und die drei westlichen Besatzungsmächte äußerst erfolgreich verteidigt worden ist.

Es hat keinen Abbau, sondern einen Ausbau der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bedeutet, als die Bourgeoisie 1956 die KPD verboten hat. Sie hat damit die Partei der Arbeiterklasse in die Illegalität gedrängt, weil die Ziele der Arbeiterklasse, die Beseitigung des Privateigentums und die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft selbstverständlich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bourgeoisie gerichtet sind. Zu ihrer Verwirklichung muß der „demokratische Rechtsstaat" nicht ausgebaut, sondern zerschlagen werden.

Das KPD-Verbot ist der i-Punkt auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Es war in der Verfassung von vornherein angelegt. „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig", heißt es in Artikel 21 des Grundgesetzes. Der Bestand der Bundesrepublik Deutschland beruht jedoch im Privateigentum der Kapitalisten. Gegen wen sonst als gegen die Arbeiterklasse und ihre Partei soll sich der Artikel 21 der Verfassung richten? Wer den „demokratischen Rechtsstaat" hochhält, kann natürlich nicht den Kampf gegen das KPD-Verbot führen. Man braucht sich also nicht wundern, wenn es in dem Aufruf nicht erwähnt wird.

In jedem Artikel des Grundgesetzes findet sich in Absatz 2 oder 3 eine Richtlinie für den Ausbau des demokratischen Rechtsstaates. Bei der Versammlungsfreiheit heißt es: „Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden." Noch vor dem KPD-Verbot ist die Bourgeoisie dieser Aufforderung zum Ausbau des demokratischen Rechtsstaates nachgekommen, die das Grundgesetz schon 1949 ausgesprochen hatte. So ist jeder Artikel des Grundgesetzes auf „Ausbau des demokratischen Rechtsstaates" angelegt gewesen. Und die Bourgeoisie hat ausgebaut und baut weiter aus. Der Protest der DKP geht an die falsche Adresse.

Wenn heute Rechte von der Arbeiterklasse und den Volksmassen gegen die Bourgeoisie wahrgenommen werden, dann sind diese Rechte nicht durch den „demokratischen Rechtsstaat" garantiert, sondern ausschließlich durch die Entschlossenheit der Arbeiterklasse und der Volksmassen, sich diese Rechte herauszunehmen. Obwohl sie vom demokratischen Rechtsstaat durchaus verweigert werden. Diese Kampfentschlossenheit und Kampffähigkeit zu untergraben, ist das Ziel der Bourgeoisie. Wer die Massen an den „demokratischen Rechtsstaat" und die freiheitliche demokratische Grundordnung binden will, verficht gerade dieses Ziel der Bourgeoisie.

Die dritte Forderung des Aufrufs spricht sich für „das Recht eines jeden" aus, „seine eigene Überzeugung frei zu bekennen". Diese Forderung beruht auf der vollständigen Anerkennung des KPD-Verbotsurteils. Im KPD-Verbotsurteil heißt es: „Das Bekenntnis zu einer wissenschaftlichen Lehre wird der KPD nicht zum Vorwurf gemacht." Es heißt dort aber halt auch: „Der Marxismus-Leninismus mißt der Theorie gerade und vor allem deshalb eine ernsthafte Bedeutung zu, weil sie das revolutionäre Handeln anleiten kann." Durch dieses Urteil wird der Marxismus-Leninismus als Wissenschaft der Arbeiterklasse verboten, weil er mit der revolutionären Praxis und dem Klassenkampf eng verbunden ist. Die KPD wurde verboten, weil sie den Kampf für die Ziele der Arbeiterklasse organisierte. Es ist ausdrücklicher Verrat am Kampf gegen das KPD-Verbot und am Kampf um Demokratie, wenn gerade noch das „Recht eines jeden" gefordert wird, „seine Überzeugung frei zu bekennen".

Die Forderungen des DKP-inspirierten Aufrufs sind mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts voll und ganz vereinbar. Wenn es in dem Aufruf heißt: „Schluß mit Antikommunismus und Antisowjetismus", dann meint das im Klartext an die Bourgeoisie gerichtet: „Erkennt endlich, daß der Revisionismus und Sozialimperialismus, denen sich die DKP verschrieben hat, eures eigenen Geistes Kind sind. Erkennt endlich, daß wir den Kampf gegen das KPD-Verbot aufgegeben haben, weil wir mit den Zielen der 1956 verbotenen KPD nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun haben."

Diese 1956 verbotenen Ziele entsprechen jedoch nach wie vor den revolutionären Interessen der Arbeiterklasse. Der Marxismus-Leninismus ist die Wissenschaft, die der Arbeiterklasse ermöglicht, diese Ziele zu verwirklichen. Der Aufbau der Kommunistischen Partei ist notwendig, um den Kampf der Arbeiterklasse für diese Ziele zu leiten. Das KPD-Verbot wird ihn nicht verhindern können.

Der Kampf für die Aufhebung des KPD-Verbots ist notwendig, weil es den Eckstein der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" bildet, durch die die Kapitalistenklasse ihre Ausbeuterordnung schützt. (gs)

Die europäische Revisionistenkonferenz in Ostberlin

Die sozialimperialistische Supermacht schwört die europäischen Revisionisten auf ihren Entspannungsschwindel ein

Letzte Woche fand in Ostberlin das Treffen der revisionistischen Parteien Europas statt. Seit fast drei Jahren hatte die KPdSU, die Partei der neuen Bourgeoisie der Sowjetunion, versucht, die revisionistischen Bruderparteien zu dieser Konferenz zusammenzuholen. Über zwei Jahre hat es gedauert, bis das gemeinsame Dokument ausgehandelt werden konnte, das jetzt vergangenen Mittwoch verabschiedet wurde.

Das hervorstechendste Merkmal dieses Dokuments besteht in dem, was das Dokument nicht enthält. Weder enthält es die Anerkennung des „proletarischen Internationalismus" noch die Anerkennung der Führungsrolle der Sowjetunion.

Verrat am proletarischen Internationalismus – so oder so

Mit ihrer Verpflichtung aus dem Prinzip des proletarischen Internationalismus hatten die Führer des sowjetischen Sozialimperialismus den verbrecherischen Überfall auf die CSSR im Jahre 1968 gerechtfertigt. „Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch, besiegt den Imperialismus!" Das sind die Leitsätze des proletarischen Internationalismus. Die Sowjetrevisionisten haben diese Leitsätze frech in ihr Gegenteil verkehrt zur Rechtfertigung ihres imperialistischen Überfalls und der militärischen Besetzung der CSSR. Einige revisionistische Parteien hatten diesen Überfall verurteilt, so die revisionistische KP Italiens und Spaniens. Proletarischer Internationalismus heißt Überfall auf die CSSR, so nutzte die Bourgeoisie des Westens die Lage für ihre Propaganda. Also ließen einige Revisionisten das Prinzip des proletarischen Internationalismus lieber fallen, und diejenigen revisionistischen Parteien, die sich für diesen Kompromiß stark gemacht hatten, erhielten dafür den Beifall ihrer Bourgeoisie. Zugleich haben diese Revisionisten damit erneut den Beweis erbracht, daß sie mit dem Kommunismus nichts mehr im Sinne haben, genausowenig wie diejenigen, die bis zuletzt den proletarischen Internationalismus in dem Dokument zur Rechtfertigung des Sozialimperialismus aufgenommen haben wollten, die Sowjetunion genauso wie die SED, deren Truppen 1968 mit in die CSSR einmarschiert waren. Wirklich festhalten am proletarischen Internationalismus, das bedeutet Unterstützung der Arbeiterklasse in der CSSR in ihrem Kampf gegen den Sozialimperialismus und die neue Bourgeoisie, die sie bis aufs Blut ausbeuten und unterdrücken. Stattdessen haben die revisionistischen Kritiker des CSSR-Überfalls einen faulen Frieden mit denjenigen Revisionisten geschlossen, die die revolutionären Leitsätze auf den Kopf stellen, um diesen Überfall zu rechtfertigen.

Die DKP tritt offen als Agentur des Sozialimperialismus auf

Fallengelassen ist zweitens in dem Dokument die Führungsrolle der Sowjetunion. Die Führungsrolle der Sowjetunion ist nur die Konsequenz aus dem vom Sozialimperialismus in sein Gegenteil entstellten Prinzip des proletarischen Internationalismus.

Die tatsächliche revolutionäre Führungsrolle, die die KPdSU nach der siegreichen Oktoberrevolution und als Hauptkraft im antifaschistischen Kampf innehatte, hatte die revisionistische Chruschtschow/Breschnew-Clique zielstrebig mißbraucht, um in den kommunistischen Parteien ihre revisionistische Linie durchzusetzen und diese zu ausländischen Agenturen der sozialimperialistischen neuen Bourgeoisie der Sowjetunion zu machen. Noch heute bestimmt zum Beispiel die DKP, daß „Kommunist" sich nur nennen darf, wer vorbehaltlos die Sowjetunion unterstützt, wer also vorbehaltlos die imperialistischen Verbrechen der sowjetischen Revisionistenclique billigt. Schamlos verfälscht sie die Unterstützung der deutschen Arbeiterklasse für die Diktatur des revolutionären Proletariats der Sowjetunion in seinem Kampf gegen den Imperialismus, um diese in ihr Gegenteil umzudrehen, in die Unterstützung der faschistischen Diktatur der neuen Bourgeoisie, die heute in der Sowjetunion herrscht.

Der DKP-Vorsitzende Mies erklärte in seiner Rede auf der Ostberliner Konferenz: „Nationale Politik heißt in unserem Verständnis Überwindung des Antikommunismus und insbesondere des Antisowjetismus. Wir haben die geschichtliche Erfahrung gemacht, daß Feindschaft und Antikommunismus gegenüber der Sowjetunion stets den nationalen Interessen des arbeitenden Volkes widersprechen. (...) Es ist unsere tiefe Überzeugung, den nationalen Interessen unseres Volkes am besten dadurch zu dienen, daß wir dem Antisowjetismus unser verstärktes Bekenntnis zum proletarischen Internationalismus, insbesondere unsere freundschaftliche Verbundenheit mit der KPdSU und den Bruderparteien der anderen sozialistischen Staaten, entgegenstellen. Eine solche Haltung entspricht dem Klassencharakter unserer Partei und Weltanschauung." In der Tat, das entspricht dem Klassencharakter dieser bürgerlichen Partei, die vorbehaltlos jede Maßnahme der neuen Bourgeoisie in den osteuropäischen Ländern unterstützt, wie jetzt gerade wieder die Preiserhöhungen für Lebensmittel und die blutige Unterdrückung der polnischen Arbeiterklasse durch das Revisionistenregime in Polen, und die stets als treuer Hund des sowjetischen Sozialimperialismus auftritt. Die Formulierung dieser Position ist in das Dokument der Ostberliner Konferenz nicht aufgenommen worden.

Ein Kompromiß, den Breschnew gern unterschrieben hat

Stattdessen heißt es in dem Dokument gleich zu Anfang: „Die Teilnehmer der Konferenz unterstreichen die feste Entschlossenheit ihrer Parteien, auch künftig auf der Grundlage der von jeder Partei ... völlig selbständig und unabhängig ausgearbeiteten und beschlossenen politischen Linie einen konsequenten Kampf zu führen, um die Ziele des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts zu erreichen." Für die Regierungen Osteuropas, die einen jahrelangen Kampf um ihre nationale Souveränität führen, wie z.B. Rumänien, bedeutet dieser Kompromiß jedoch nur einen geringen Erfolg. Denn zugleich bedeutet diese Formulierung, daß die realen Beziehungen der Unterdrückung und Ausbeutung der osteuropäischen Völker durch den Sozialimperialismus bestätigt werden. Die Formulierung „*auch künftig* auf der Grundlage der von jeder Partei völlig selbständig und unabhängig ausgearbeiteten und beschlossenen politischen Linie" heißt doch nichts anderes als zu leugnen, daß die Sowjetunion jemals Einmischung betrieben habe. Nur übergetüncht ist damit die imperialistische Theorie Breschnews von der „begrenzten Souveränität der sozialistischen Staaten", und zugleich ist sie stillschweigend anerkannt, solange nur die Revisionisten „auf der Grundlage ihrer völlig unabhängigen und selbständig beschlossenen Linie" die Herrschaft über die Arbeiterklasse und die werktätigen Volksmassen mit der sozialimperialistischen Besatzerarmee teilen.

Ihre besondere Bedeutung aber hat diese Formulierung für die revisionistischen Parteien Westeuropas. Die Hervorhebung ihrer Unabhängigkeit und Selbständigkeit ist die Voraussetzung dafür, mit der Bourgeoisie im eigenen Lande ins Geschäft zu kommen.

Die Revisionisten aller Schattierungen sind freche Betrüger

Die heftigsten Verfechter dieser Unabhängigkeit waren auf der Konferenz die revisionistischen Parteien Frankreichs und Italiens. Beide stehen nah davor, Regierungsämter im bürgerlichen Staatsapparat zu übernehmen. Und obwohl als eines der Ziele des Dokuments angegeben wird, daß die gleichzeitige Auflösung der NATO und des Warschauer Pakts von allen Parteien angestrebt wird, erklärte der Generalsekretär der italienischen KP, Berlinguer: „Wir treten dafür ein, daß das italienische Volk im Rahmen der internationalen Bündnisse, denen unser Land angehört, selbständig, ohne fremde Einmischung über seine politische Führung entscheiden kann." Dieser revisionistische Gauner bringt es fertig, am gleichen Tag einem Dokument zuzustimmen, das ihn auf die gleiche Linie mit dem sowjetischen Sozialimperialismus festlegt, eine Rede zu halten, in der er die bestehenden internationalen Bündnisse gutheißt – das bedeutet, die Interessen des italienischen Volkes an die NATO-Imperialisten verkaufen – und im gleichen Atemzug zugleich am lautesten das Maul aufzureißen für Unabhängigkeit und Selbständigkeit.

Gemeinsam auf der Linie des Entspannungsschwindels

Der wesentliche Inhalt des Schlußdokuments der Ostberliner Konferenz ist die Festlegung auf die sogenannte Entspannungspolitik. Frech behauptete Breschnew in seiner Rede, die „Sowjetunion ist die einzige Großmacht, die ihre Rüstungsausgaben nicht jahraus, jahrein steigert." Das gemeinsame Dokument bestätigt ihm den Entspannungsschwindel. Es erklärt die Beschlüsse der Konferenz von Helsinki zur Generallinie aller revisionistischen Parteien. Darin besteht der gemeinsame Nenner, auf den sich die revisionistischen Parteien Europas geeinigt haben. Die Grundlage ihrer Einheit ist nichts anderes als der Vertrag, den die Imperialisten von Ost und West, allen voran die beiden imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion, untereinander ausgehandelt haben. Dieser Vertrag ist nichts anderes als der große Rauchvorhang, den die Imperialisten vor den Völkern aufziehen, um ihren Kampf um die Weltherrschaft zu vernebeln. Punkt für Punkt füllt dieser Vertrag die Zeilen des revisionistischen Schlußdokuments. Die Imperialisten, voran die Supermächte, rüsten gegeneinander auf, führen einen erbitterten Kampf um Märkte und Einflußsphären, schüren Konflikte zwischen den Völkern, um sie zu unterjochen und auszubeuten, und steuern zielstrebig auf einen Krieg. Und alles, was die sozialimperialistische Supermacht in diesem Ringen um Weltherrschaft an Verbrechen unternimmt, wird sie unternehmen im Namen von Frieden und Entspannung, und die Revisionisten aller Länder werden das fortlaufend bestätigen. Ist diese Konferenz nicht ein großer Erfolg für die sozialimperialistische Sowjetunion, viel größer an Gewicht als die verschiedenen Differenzen, die während der Konferenz aufgetreten sind?

Während in Europa die größte Militärmacht aller Zeiten der Geschichte und die größten Truppen und Waffenlager der Welt konzentriert sind, erklärt Breschnew: „Eine riesige Rolle spielt das Zusammenwirken der Kommunisten der sozialistischen Länder (damit meint er die Sowjetunion und die osteuropäischen revisionistischen Länder) und der kapitalistischen Länder. Vor neun Jahren haben die Repräsentanten vieler Bruderparteien beider Teile unseres Kontinents gemeinsam ein Programm des Kampfes für Frieden und Sicherheit in Europa aufgestellt. Jetzt können sie alle sehen, daß dieses Programm im wesentlichen verwirklicht ist." Auf dieser Konferenz vor neun Jahren hatte die Sowjetunion noch Zusagen machen müssen, daß die Kritik an ihrem imperialistischen Überfall auf die CSSR in das Dokument der europäischen Konferenz aufgenommen werden muß. Jetzt, nach neun Jahren, ist nichts davon in diesem Dokument zu lesen.

Vorangeschritten sind in diesen neun Jahren die Aufrüstung und die Kriegsvorbereitungen der Imperialisten, insbesondere der Supermächte. Dies zu vernebeln, dabei spielt das „Zusammenwirken" der Revisionisten in Europa eine „riesige Rolle". Kommt es zum Krieg, werden sie dann rufen, das sei die letzte Schlacht für den Frieden. Die Aufgabe der Arbeiterklasse aber ist es, diesem Krieg durch die Revolution zuvorzukommen und die Bourgeoisie zu stürzen, und kann sie den Krieg nicht verhindern, ihn umzuwandeln in den Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie. Dann wird es tatsächlich die letzte Schlacht der Imperialisten und aller kapitalistischen Ausbeuter sein. – (bb)

Verbreitung des Programms und der Auffassungen der Marxisten-Leninisten

Den Bundestagswahlkampf für einen Propagandafeldzug gegen die herrschende Klasse zu nutzen und die Anstrengungen zur Verbreitung des Marxismus-Leninismus im ganzen Land zu verstärken, das hat der KBW auf seiner ersten außerordentlichen Delegiertenkonferenz im März dieses Jahres beschlossen.

Die westdeutsche Bourgeoisie weiß, welche Waffe der Marxismus-Leninismus gegen ihre Ausbeuterherrschaft ist, wenn er die Köpfe der Massen ergreift und von ihnen angewandt wird. 1956 hat sie mit dem KPD-Verbot auch die Verbreitung der revolutionären Theorie der Arbeiterklasse verboten. In der Verbotsbegründung wird vom Bundesverfassungsgericht angeführt: „Die Beweisaufnahme hat ergeben, daß die KPD die Lehre des Marxismus-Leninismus einschließlich der Lehre von der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats systematisch zum Gegenstand ihrer parteipolitischen Propaganda im politischen Kampf innerhalb der Bundesrepublik macht.“ Die Inquisitoren vom Bundesverfassungsgericht befanden, das führe „notwendig und gewollt zur Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung“. Die systematische Verbreitung des Marxismus-Leninismus wurde verboten und mit Polizei, Verfassungsschutz, Gerichten und Gefängnissen verfolgt. Heute unternimmt die Polizei wieder systematische Überfälle in den Städten auf Stände mit revolutionärer Literatur.

Der Marxismus-Leninismus hat sich nicht verbieten lassen. Zu deutlich stimmt seine Lehre mit den Erfahrungen der arbeitenden Massen überein: daß die bürgerliche Gesellschaft auf die Ausbeutung der Lohnarbeiter durch das Kapital begründet ist, daß der Staat der Bourgeoisie diese Ausbeutungsverhältnisse schützt und sie gewaltsam gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen aufrechterhält, daß das Proletariat in seinem Klassenkampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung die Diktatur über die Ausbeuter erkämpfen muß, als Hebel zur Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft.

Das Bedürfnis nach Aufklärung über die Gesellschaft, in der sie durch ihre Arbeit den fremden Reichtum vergrößern müssen, und über die Möglichkeit, diese Gesellschaft umzuwälzen, ist in der Arbeiterklasse ständig vorhanden. Gegenwärtig wächst es. Die Verbreitung des Marxismus-Leninismus ist da für die bürgerliche Gesellschaft wie die Anhäufung von Sprengstoff unter dem Stuhl, auf dem sie sitzt.

Der KBW, der den Sturz der Ausbeuterordnung sich zum bewußten Ziel gesetzt hat, ist an der Verbreitung dieses Sprengstoffs stark beteiligt. Seit dem Februar 1974 bis zum Mai 1976 wurden über den KBW und seine Massenorganisationen 112 126 Exemplare der Werke und Schriften von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung vertrieben. Am breitesten das Kommunistische Manifest, die grundlegende Programmschrift der internationalen Arbeiterklasse, in 8 450 Exemplaren.

Der erste Band des Kapitals wurde in dieser Zeit in 1 248 Exemplaren verbreitet und der „Anti-Dühring“ von Engels in 2 747 Exemplaren. Die Bereitschaft, „gewissenhaft Bücher zu lesen und zu studieren, den Marxismus sich zu eigen zu machen“ (Mao Tsetung) hat sich gut entwickelt. Man muß sich vor Augen halten, daß eine Kenntnis dieser grundlegenden wissenschaftlichen Schriften des Marxismus vor Gründung des KBW fast nur in wenigen ganz kleinen Zirkeln von Intellektuellen vorhanden war. Und die beschränkten sich meist darauf, ihre Kenntnis in einer Form, die den Behörden tragbar erschien, an Hochschulen und in der Enge von Seminaren weiterzugeben. Häufig, nicht ohne dabei gleichzeitig den Marxismus seines revolutionären Gehalts zu berauben.

Heute werden durch Ortsgruppen und Sympathisantengruppen des KBW die Auffassungen der Marxisten-Leninisten im ganzen Land verbreitet. In 80 Städten wird der Marxismus-Leninismus und die revolutionäre Literatur Woche für Woche durch Ortsgruppen des KBW in Fabriken, Büros, in Schulen und Hochschulen verbreitet und auf den Marktplätzen, vor den Fabriktoren und in den Wohnvierteln propagiert. In etwa 80 weiteren Orten arbeiten Sympathisantengruppen, die auf Bildung einer Ortsgruppe hinarbeiten. Das Programm des KBW wurde bisher in 120 000 Exemplaren vertrieben. Die Schrift über die Verfassung der BRD, in der diese als Verteidigungsplan der bürgerlichen Klassenherrschaft angegriffen wird, in 29 900 Exemplaren. Und die Verfassung der Volksrepublik China, welche die Grundsätze der Diktatur des Proletariats enthält, fand Leser in 14 500 Exemplaren.

In ständig wachsendem Umfang bekommen die Volksmassen selber die Waffen in die Hand, um bürgerliche Auffasssungen kritisieren und die Bourgeoisie schlagen zu können.

Marxistisch-leninistische Literatur im Betrieb

Heidelberg. Literatur schlechthin ist immer eine Waffe in den Klassenkämpfen. Diese Erkenntnis hat die herrschende Kapitalistenklasse gemacht und praktiziert ihre volle Anwendung zur Erhaltung der Herrschaft ihrer Klasse. Die Auswahl der Themen ihrer Literatur ist vielfältig, und ohne geographische Schranken wird sie vertrieben. Sie druckt die Bibel in hebräisch, japanisch, polnisch oder suaheli; sie druckt Schulbücher, in denen das Bestehen der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse zu einem Naturgesetz wird, und sie druckt Zeitungen, in denen die Befreiungskämpfe in Afrika – ganz entsprechend Bibel und Schulbuch – als Vandalismus und Anarchie dargestellt werden. In all dieser Litera-
dargestellt werden. In all dieser Litera-
tur prägt sie in verschiedensten Abwandlungen den Satz ein: „Gib dem Herren, was des Herren ist, und gib dem Kaiser, was des Kaisers.“

Wir Kommunisten müssen den Einsatz revolutionärer Literatur innerhalb der Arbeiterklasse entsprechend ihrer Bedeutung ständig überprüfen und verstärken. Es reicht nicht aus, sich selbst viel Wissen anzueignen, um in Diskussionen gut zu sein. Auch die revolutionäre Literatur ist vielfältig und kennt erst recht keine geographischen Grenzen, und wo die internationale Arbeiterklasse dies zunehmend erkennt, ist die Theorie zu einer Waffe geworden, die gerade in letzter Zeit einigen Kapitalisten das Genick zertrümmerte.

Ich selbst habe während der Lehrzeit und in den den ersten Gesellenjahren die ersten Bücher von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung, Erzählungen aus der russischen und chinesischen Revolution gelesen. Dadurch ist es mir gelungen, erstens zu erkennen die Notwendigkeit des organisierten Kampfes der Arbeiterklasse mit dem Ziel der Beseitigung der Kapitalistenklasse und zweitens die sorgfältige Untersuchung bereits bestehender, sich kommunistisch gebender Gruppen wie der DKP.

Unsere Betriebszelle hat zwar die Bedeutung des Literatureinsatzes innerhalb der Belegschaft erkannt, mußte aber erst Erfahrungen sammeln, um Erfolge zu erzielen. Für uns war es schon eine wichtige Erkenntnis, Bücher, Broschüren, die KVZ und Schallplatten nicht wie Kaufleute an die Kollegen zu verscherbeln, sondern sie entsprechend den politischen Auseinandersetzungen im Betrieb, der Stadt usw. einzusetzen.

Zum Beispiel kamen wir 1975 während der Kämpfe gegen die Fahrpreiserhöhung in Heidelberg in Diskussionen mit Kollegen (sowohl auf der Straße als auch im Betrieb), denen wir ein politisches Engagement nicht zu-
ein politisches Engagement nicht zu-
trauten und deshalb nicht *an sie* herantraten. Mancher Kollege war sauer, daß er diesbezügliche Literatur sich in der Stadt oder über Dritte besorgen mußte.

Die etwas mutiger angebotene Literatur veranlaßte wiederum den einen oder anderen, die Arbeit der Gemeinderätin Helga Rosenbaum (KBW) zu unterstützen. Daraus entwickelte sich ein kleiner Leserkreis der KVZ.

Zunehmend hat die mündliche Agitation einen Begleiter bekommen, der das Bewußtsein der Kollegen schärfte und vertiefte: revolutionäre Literatur! Unsere Neigung, die Literatur nur selten und schüchtern anzupreisen, wich jetzt auf der Stelle.

Während z.B. die Zeitschrift „China im Bild“ über zwei Jahre nur in zwei Exemplaren gelesen wurde, stieg sie plötzlich durch Mundpropaganda unter den Kollegen auf fünf Abonnements.

Ein anderes Beispiel ist der KVZ-Verkauf im Betrieb: Fast ein Jahr verkauften wir nur 3 Zeitungen. Nachdem wir im „Kommentar“ (Betriebszeitung des KBW) einige Themen der KVZ ankündigten und mit Kollegen auch einige Artikel diskutierten, erhöhte sich die Leserzahl auf 28, wovon 13 Exemplare durch Kollegen weiterverkauft wurden.

Die Broschüre des KBW „Was wollen die Kommunisten?“ setzte innerhalb der Belegschaft Debatten in Gang im Zusammenhang mit den Gewerkschaftsausschlüssen. Einige Kollegen erkannten nun die wahre Rolle der Sozialdemokraten in Gewerkschaft und Regierung. Einer sagte mir vor dem Kommunalwahlkampf: „Weißt du, ich hab bisher die Sozis gewählt, weil die Sozialisten sind, aber das muß wirklich lange her sein. Ich wähl jetzt KBW. Macht ihr aber den gleichen Scheiß, dann ist Schluß. Ich wähl nämlich nicht aus Protest.“ – (d., Heidelberg)

Unterschriftensammlung für die Kandidatur zu den Bundestagswahlen

Der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW) sammelt gegenwärtig die Unterschriften für seine Listen zu den Bundestagswahlen. In den einzelnen Bundesländern verlangt der bürgerliche Staat als Bedingung für die Zulassung zu den Wahlen 2000 gültige Unterschriften. Um die Schikanen zu vervollständigen, streicht er erfahrungsgemäß viele Unterschriften von den Listen herunter. Die Sammlung der Unterschriften wird vom KBW mit Straßenagitation, Agitationszentren auf öffentlichen Plätzen und mit dem Vertrieb revolutionärer Literatur sowie der Werbung von Abonnenten der KVZ verbunden. 2 800 Unterschriften sind bisher in Nordrhein-Westfalen, 2 500 in Hessen gesammelt worden. Die Unterschriftensammlung wird in diesen Bundesländern fortgesetzt. In den anderen Bundesländern liegt die Zahl der gesammelten Unterschriften noch unter der für die Kandidatur erforderlichen Zahl. Gleichzeitig mit den Unterschriften für die Landeslisten werden die Unterschriften für die Kreiswahlvorschläge gesammelt.

Erfahrungen mit Agitation in Wohnvierteln

Köln. Seit Wochen steht die Südstadtzelle des KBW bei der Wahlkampfagitation in häßlichen Auseinandersetzungen mit den Jusos, die für die Wahl der SPD die Werbetrommel rühren. Unsere Genossen setzen ihr Agitationszentrum und Kundgebungen ein. Die Jusos wußten die Politik der SPD über fünf Wochen nicht anders zu verteidigen als durch Herbeirufen der Polizei. Das war Anschauungsunterricht über den Polizeicharakter der sozialdemokratischen Politik. In diesen Auseinandersetzungen konnten 75 Unterschriften für die Kandidatur des KBW im Wahlkreis Köln 1 gesammelt werden, so daß die Kandidatur in diesem Wahlkreis mit insgesamt 227 Unterschriften jetzt bereits gesichert ist. Die Mülheimer Stadtteilzelle hat gute Erfahrungen mit einer Kundgebung gemacht, die sie im Innenhof einer Siedlung durchführte. Bei dem Gesang des Einheitsfrontliedes versammelten sich zahlreiche Menschen um den Agitationswagen, an den Fenstern und auf den Balkonen. Obwohl bei dem anschließenden Hausbesuch viele Familien nicht angetroffen wurden, konnten 7 Unterschriften gesammelt, 6 KVZ und 2 Programme verkauft werden. Die Kundgebung und die Besuche waren durch Flugblätter in die Briefkästen angekündigt worden

Düsseldorf. Wir begannen die Unterschriftensammlung mit der Aufstellung einer Truppe aus 8 Genossen. Zwei trugen die Hauptparole des KBW, die anderen hatten Bauchläden mit unserer Literatur und die KVZ. Wir zogen so auf einen Hinterhof und begannene eine Kundgebung, in der unsere Hauptparole erklärt wurde. Die Kandidatur des KBW wurde erläutert und es wurde aufgefordert, dem KBW die Unterschriften zu geben. Jede Stimme für den KBW ist eine Stimme gegen die Ausbeuterordnung und für den Sozialismus. Die Genossens schwärmten dann jeweils zu zweien aus in die Häuser und sammelten. Als wir anschließend auf der Straße weiterzogen, wurden auch hier Reden gehalten. Drei Genossen sangen das Einheitsfrontlied durch das Megaphon. An diesem Tag konnten wir 10 Unterschriften sammeln und 12 KVZ verkaufen.

Den Kommunismus aufs flache Land tragen

Tauberbischofsheim. Vom Ortsverband Heidelberg des KBW unterstützen wir den Wahlkampf im Wahlkreis Tauberbischofsheim. In diesem Wahlkreis arbeitet bisher nur in einer Stadt (Mosbach) eine Ortsgruppe des KBW. Wir sind als Propagandatrupp nach Tauberbischofsheim gegangen, das ca. 12 000 Einwohner hat. Bisher gab es dort vom KBW noch keine organisierte Arbeit.

Zu siebt haben wir mit Stelltafeln, Büchertisch und Megaphon an zwei Samstagen Agitation in der Innenstadt gemacht. Die Stelltafeln standen noch nicht richtig, da wurde schon gelesen: „Aufschwung für die Profite“. Die ganze Zeit gabe es z.T. erregte Debatten mit Gruppen bis über 10 Leuten. Neben kleinen Selbständigen, die versuchten die herrschende Ordnung als „das Beste“ zu verteidigen, diskutierten wir in der Mehrzahl mit jungen Arbeitern und Schülern.

Zu unserer Veranstaltung kamen aus Tauberbischofsheim 5, durchweg Jugendliche. Auch 2 Kriminalpolizisten zur Bespitzelung waren geschickt worden. Uwe Kommer, der Kandidat des KBW in diesem Wahlkreis hielt den Hauptbeitrag mit dem Thema: „Imperialistische Expansion: Programm für den Profit – gegen die Arbeiterklasse“.

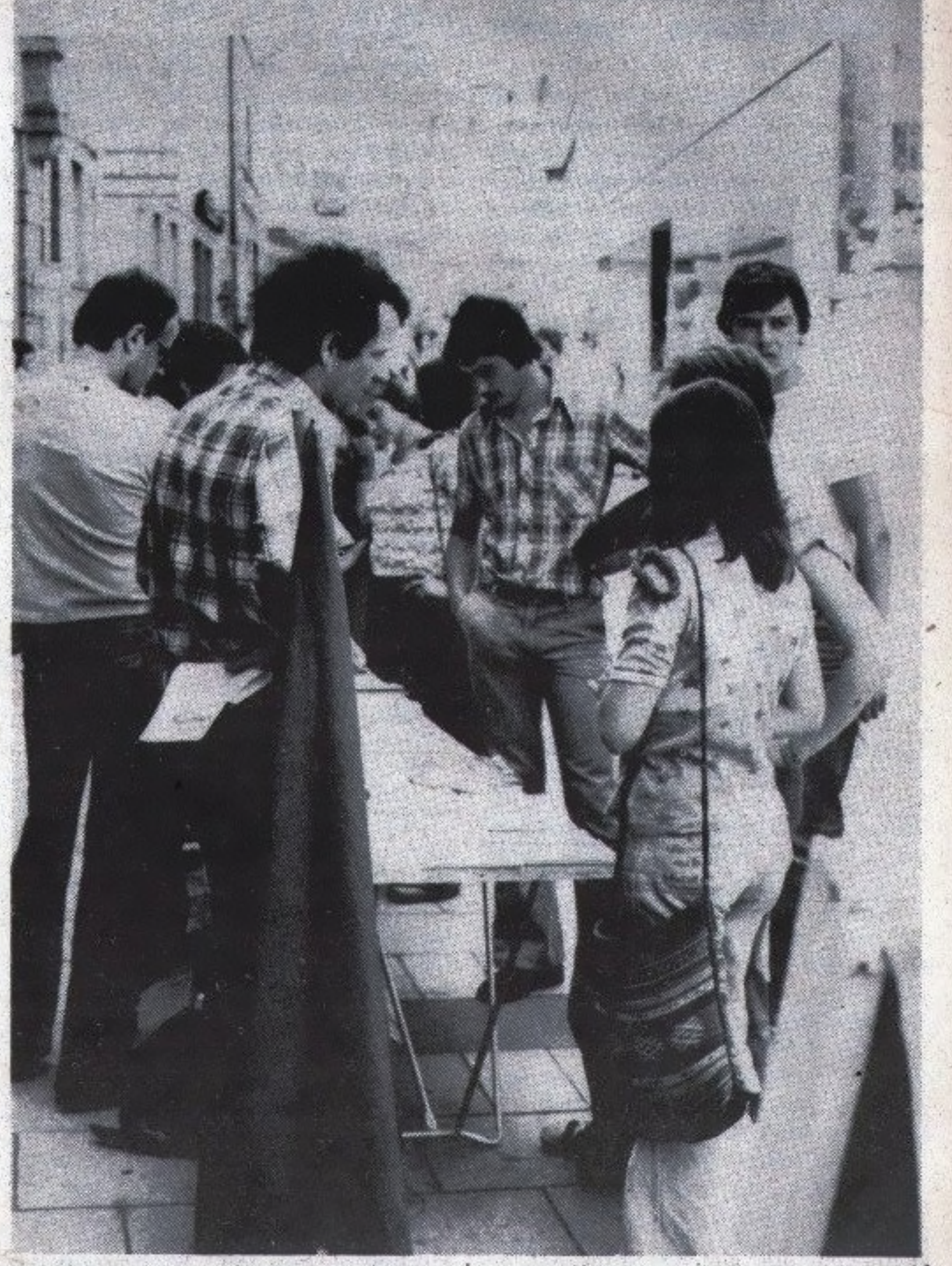
Im Anschluß daran gab es 2 Stunden lang eine lebhafte Debatte. Unser Vorschlag, einen Leserkreis der KVZ einzurichten, stieß auf Zustimmung. Insgesamt haben wir auf Anhieb in Tauberbischofsheim 22 Unterschriften für die Wahlbeteiligung des KBW gesammelt, 36 KVZ, 5 Programme, 3 mal das Kommunistische Manifest, 2 mal „Staat und Revolution“ neben einigen anderen Broschüren verkauft.

Dies zeigt das große Interesse für die Kommunisten und den Marxismus-Leninismus auch dort, wo es bisher noch keine organisierte Arbeit der Kommunisten gibt. – (k.r.)

Kommunistische Propaganda in Syke

Seit Anfang Mai verkaufen wir regelmäßig die KVZ in Syke, eine Kleinstadt, 20 km südlich Bremen. Alle zwei Wochen haben wir auch einen Literaturtisch aufgebaut. Viele Menschen sind stehen geblieben und haben sich die Bücher, Broschüren und Zeitungen mit großem Interesse angesehen. Für Diskussionen gab es reichlich Stoff; ob es Schüler waren, die sich mit uns über den verstärkten Leistungsdruck und den reaktionären Rektor unterhielten, der Holzschuhe und Küßchen auf dem Schulhof verbot, oder z.B. ein Lehrling auf einem landwirtschaftlichen Hof, der uns erzählte, wie er ausgebeutet wird: 10 Stunden arbeitet er am Tag für 250 DM monatlich; als sein Großbauern ihn mal auslieh, damit er für einen nahegelegenen Straßenbau Wasser fuhr, kassierte der 40 DM pro Stunde dafür! Wir bemühten uns, die Debatten auch auf die Literatur zu lenken, die wir mitgebracht hatten. Das Interesse spiegelte sich in den Verkaufsergebnissen wider: Die KVZ-Verkaufszahlen stiegen von 4 über 3, 10, 9 auf 12 KVZ, wobei an diesem letzten Samstag insgesamt 9 Broschüren verkauft wurden. Zwei Programme waren dabei, eine Soldatenzeitung „Volksmiliz“, eine § 218-Broschüre. Und die Schüler kauften sich eine Broschüre aus dem Bremer Bürgerschaftswahlkampf über die Einheitsschule. Der Lehrling vom landwirtschaftlichen Hof kaufte weder eine KVZ, noch eine Broschüre. Aber er wollte wiederkommen und wieder mit uns reden, weil er unsere Ansichten „ganz gut“ fand.

Die erste Veranstaltung, zu der wir in Syke eingeladen hatten, wurden von 12 uns bis dahin ganz unbekannten Teilnehmern besucht. – (Ortsgruppe Bremen)



Agitationsstand des KBW in Tauberbischofsheim. Der Kommunismus wird in die Kleinstädte getragen.

Siemens München
Widerstand gegen üble Arbeitsbedingungen

Nach spätestens fünf Jahren sind die Augen kaputt

München. Das Kontaktieren der MOS-Systeme (elektronische Bauelemente, die auf phototechnischem Wege hergestellt werden), heißt acht Stunden täglich durchs Mikroskop schauen, eine Arbeit, die große Konzentration erfordert. Alle Arbeiterinnen bei Siemens wissen, daß die Augen dabei über kurz oder lang (nach höchstens fünf Jahren) geschädigt werden, da man den ganzen Tag das grelle Licht der Mikroskope ertragen muß. Diese Arbeit wird nur von Frauen, 95 Prozent davon sind Ausländerinnen, gemacht. Die Qualität der Mikroskope, z.B. Lichtstärke, spielt für die Produktion selber keine große Rolle. Diese Mikroskope sind teure Apparate. Fehler des Mikroskops, die es in seiner eigentlichen Funktionsfähigkeit nicht hindern, werden daher erst gar nicht beseitigt. So stört es die Siemens-Kapitalisten nicht, wenn die Linse des Mikroskops bedeckt ist, das schadet ja nur den Augen der Frauen, nicht aber der Produktion. Jede Reparatur geht vom Profit ab und wird deshalb entweder hinausgezögert oder erst gar nicht gemacht.

Wie die Arbeiterinnen für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen den Kampf aufzunehmen beginnen, zeigt folgender Fall.

Vor einiger Zeit wurden in dieser Abteilung vom Meister Zettel verteilt, die eine neue Stückzahl festsetzten, die höher lag als vorher. Die Arbeitshetze sollte gesteigert werden. Die Kontaktiererinnen am Mikroskop sollten von nun an keine Wartezeit (Zeit, in denen ihre Maschine repariert wird) mehr haben. So kam es vor, daß eine Arbeiterin auf Grund ihres defekten Mikroskops an ein anderes Mikroskop gesetzt wurde. Dieses Mikroskop war schadhaft. Sie sah nur verschwommen und hatte schon nach kurzer Zeit Augenschmerzen. Als sie sich über das Mikroskop beschwerte, glaubte man ihr nicht: „Sie wollen sich bloß von der Arbeit drükken, Hauptsache, die Stückzahl muß stimmen." Sie solle weitermachen. Die Frau jedoch weigerte sich. Das gab großes Aufsehen. Der Abteilungsleiter eilte herbei. Doch die Arbeiterin blieb bei ihrem Beschluß und ging nach Hause. Daraufhin wurden sofort alle Kontaktiererinnen zusammengerufen. Der Abteilungsleiter hielt eine Ansprache:

„Wenn jemand hier bestimmt, dann sind wir das und niemand anders. Ich dulde nicht mehr diese Meuterei und Motzerei! Jeder hat seine Arbeit zu tun. Sonst müssen wir die Konsequenz ziehen." Alles wurde übersetzt, türkisch, griechisch und serbokroatisch. Als eine Arbeiterin etwas einwenden wollte, wurde sie mit den Worten: „Nein, darüber wollen wir erst gar nicht diskutieren" heruntergeputzt. Nachher durfte man wieder an die Arbeit gehen. Alle waren wir uns einig, die Arbeiterin hatte richtig gehandelt.

Am Tage darauf sollten zwei andere Arbeiterinnen an diesem defekten Mikroskop arbeiten. Sie weigerten sich ebenfalls unter Zustimmung aller Arbeiterinnen. Die Meister versuchten, sie zur Arbeit zu zwingen. Sie griffen die beiden an: „Ihr macht das nur, um die andere zu schützen."

Das hatte keinen Erfolg. Durch die Weigerung der drei Arbeiterinnen blieb den Meistern nichts anderes übrig, als doch die Untersuchung des Mikroskops anzuordnen. Es war defekt und mußte ausgewechselt werden. – (Siemens-Zelle, München)

Der Tod in den besten Jahren

„Immer mehr Männer sterben in den besten Jahren zwischen 40 und 60." Das hat, wie die „Bild-Zeitung" letzte Woche berichtete, der Heidelberger Arbeitsmediziner, Professor Schäfer, aus den amtlichen Statistiken herausgefunden. Dort sind die fünf Haupttodesursachen angegeben: Erkrankungen der Herzkranzgefäße, Lungen- und Bronchialkrebs, Leberzirrhose, Bronchitis und Verkehrsunfälle. Gestützt auf die Wissenschaft fand die „Bild-Zeitung" heraus, woran der frühe Tod liegt: am „Lebensstil" und an „Umweltfaktoren". Am „Lebensstil" liegt es also, wenn in den letzten 15 Jahren die durchschnittliche Lebenserwartung der Arbeiter um drei Jahre gesunken ist? Sieht man in der Statistik der Todesursachen nach, wieviele Männer an Altersschwäche starben, so findet man: auf 100000 Einwohner starben:

1920	136,7
1950	64,2
1960	45,4
1965	31,9
1970	14,3

(aus: Bevölkerung und Wirtschaft 1872–1972, Statistisches Bundesamt Wiesbaden)

Die frühzeitige Ruinierung der menschlichen Arbeitskraft ist also sprunghaft gestiegen, besonders in den letzten Jahren.

Eine andere Tatsache: Der Krankenstand der Betriebskrankenkassen ist von 6,5 % im April 1974 auf 5,8 % im April 1975 gesunken. Warum? Weil die Arbeiter einen besseren „Lebensstil" gepflegt haben? Oder weil die Kapitalisten das Arbeitslosenheer als Druckmittel einsetzten bei Krankheit und mit Entlassung drohten, so daß viele Krankheiten nicht auskuriert werden, sondern trotzdem weiter gearbeitet wird?

Das Kapital lebt und existiert nur dadurch, daß es sich beständig mehr lebendige Arbeit einverleibt. Die Kapitalisten haben in den Fabriken die Ausbeutung beständig gesteigert. Akkord- und Schichtarbeit sind ausgeweitet worden. Während 1960 ungefähr 12 % aller Lohnabhängigen Schichtarbeiter waren, so waren es 1972 schon 17,5 %, das sind 3,8 Millionen aller Lohnabhängigen. Die Wechselschichtarbeiter werden ein Drittel häufiger als die anderen Lohnabhängigen Frührentner. Über die Auswirkungen der Wechselschicht berichtete im ÖTV Magazin April 1976 ein Arbeiter, der im Heizkraftwerk Elberfeld Wechselschicht arbeitet: „Es wird und wurde selten ‚krankgefeiert', doch wenn es einen erwischte, war er meist drei bis sechs Wochen weg vom Fenster. Bei den Vierzig- bis Fünfzigjährigen mitunter bis zu einem Jahr (Herzinfarkt, Magenerkrankungen, vegetative Erkrankungen)."

Die meisten Akkordarbeiter haben nach Jahren Akkordarbeit Kreislauferkrankungen und Magenerkrankungen. Warum die Magengeschwüre der Arbeiter durch Operationen zu behandeln sind, darüber gibt das Lehrbuch der Chirurgie für Medizinstudenten von Reifferscheid Auskunft: „Eine Besserung auf konservativem Wege (d.h. mit Medikamenten, Ruhe und Diät, d. Red.) ist kaum zu erhoffen bei denjenigen Ulkuskranken (Magengeschwürkranken), die keine Diätmöglichkeiten haben und deren berufliche Belastung anhält. Bei ihnen besteht deshalb eine *soziale Indikation* (zur Magenoperation, d. Red.)."

Die Arbeiter müssen im Kapitalismus ihre Arbeitskraft verkaufen. Von ihrer Ausbeutung lebt die Bourgeoisie. Ruhe zum Auskurieren der Krankheit? Entspricht nicht dem „Lebensstil" der Arbeiter, stellen die bürgerlichen Wissenschaftler fest.

Warum immer mehr Lohnabhängige im besten Alter sterben? Je stärker die „berufliche Belastung" der Arbeiterklasse, desto größer die unbezahlte Mehrarbeit, die sich die Bourgeoisie aneignen kann. Der Lebensstil der Bourgeoisie samt Wissenschaftleranhang gedeiht dabei prächtig.

Meldungen

Hitzestreik: Eine Stunde bezahlte Pause!

Nürnberg. Bei AEG-Kanis sind am Freitag 300 Arbeiter in den Streik getreten. Sie fordern während der heißen Tage eine bezahlte Erholungszeit von einer Stunde am Tag. In den Werkshallen von AEG, 1100 Arbeiter und Angestellte, (produziert werden Dampfturbinen) betrugen die Temperaturen über 40 Grad bis zu 50 Grad in der Gießerei. Die Verwaltungsstelle der IG Metall und der Betriebsrat führten Verhandlungen mit den AEG-Kanis Kapitalisten. Nach vier Stunden Streik wurde eine Zusatzpause von 15 Minuten vereinbart.

Eine Stunde hitzefrei hat der Leiter des Referats Arbeitsschutz des DGB, Reinhold Constany, für alle Betriebe und Verwaltungen gefordert.

Streik gegen Herabbewertung

Kassel. Mehrere Stunden streikten ca. 150 Arbeiter vorletzten Mittwoch im Kasseler Werk der Akkumulatorenfabrik Wilhelm Hagen. Die Arbeiter gingen damit gegen die „lohnmäßige Bewertung von Arbeitsplätzen" vor. (Hessisch-Niedersächsische Allgemeine, 23.6.76) Das heißt, sie gingen gegen den Versuch vor, den Lohn zu drücken. – (Aus: Ortsbeilage zur KVZ, Kassel, 30.6.76)

VW Mexiko: 8000 im Streik

Mexiko. 8000 VW-Arbeiter in Mexiko sind in einen unbefristeten Streik getreten. Gefordert wird eine vierzigprozentige Lohnerhöhung und eine Kürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von derzeit 47 auf 40 Stunden. Am Donnerstag letzter Woche wurde der Haupteingang mit roten und schwarzen Fahnen versperrt. Die VW-Werke sind in Puebla, 120 Kilometer von Mexico City. Bei VW Mexiko werden 211000 Wagen jährlich hergestellt. Insgesamt werden in Mexiko jährlich 415000 Fahrzeuge einschließlich der Lastkraftwagen hergestellt. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Juli 1976)

HBV Hamburg, Fachgruppe Genossenschaften: 135 DM Forderung

Hamburg. Für die Gehaltstarifverhandlungen des Haustarifs der coop Zentrale AG beschlossen die Hamburger Mitglieder am 15. Juni eine Festgeldforderung von 135 DM. Nach dem Haustarifvertrag werden alle kaufmännischen Angestellten der coop Zentrale AG im Bundesgebiet, die nicht im Einzelhandelsbereich tätig sind, bezahlt. In der Tarifkommission sind die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, die IG Druck und Papier, IG Chemie, Gewerkschaft Textil, die HBV und die DAG vertreten.

Bibliothekare in der ÖTV gegen § 130 a und § 88 a!

Hannover. Eine Resolution gegen die Paragrafen 130 a und 88 a verabschiedeten ca. 150 Bibliothekare aus dem ganzen Bundesgebiet bei einer Gegenstimme und neun Enthaltungen auf der zentralen ÖTV-Veranstaltung, die Ende Mai im Rahmen der Jahrestagung der Vereine für Bibliothekare an Öffentlichen Büchereien (VBB) durchgeführt wurde: „Die Teilnehmer der ÖTV-Veranstaltung anläßlich der VBB-Jahrestagung in Hannover verurteilen mit Nachdruck die neugefaßten Paragrafen 130 a und 88 a StGB, die in einer Reihe mit Gesetzen wie Notstandsgesetzgebung und Radikalenerlaß gesehen werden müssen. Diese Paragrafen bedeuten eine entscheidende Einschränkung der Meinungsfreiheit und bewirken ein Klima der Einschüchterung, Unsicherheit und Bedrohung nicht nur im Berufsleben, sondern auch in der Gewerkschaftsarbeit. Wir fordern die Kollegen in den Gewerkschaften auf, die Diskussion um diese Paragrafen weiterzuführen und in allen Gremien und Bereichen für ihre Abschaffung einzutreten. Wir appellieren an alle Kollegen in den Bibliotheken, diese Paragrafen nicht zum Anlaß einer freiwilligen Selbstzensur werden zu lassen, sondern für ihre Beseitigung zu kämpfen.

Personalversammlung gegen Verpflichtungsgesetz

Frankfurt/M. Der Personalrat der Universität Frankfurt hatte in einer öffentlichen Erklärung das neue Verpflichtungsgesetz abgelehnt. Wie den Beamten wird den Arbeitern und Angestellten eine umfassende Schweigepflicht auferlegt. Am 29.6. stimmte die Personalversammlung der Universität – Kernbereich, 170 anwesend, bei 16 Gegenstimmen und 15 Enthaltungen für folgende Resolution:

„Die Belegschaft unterstützt die Erklärung des Personalrats und erklärt ihre grundsätzliche Ablehnung des Verpflichtungsgesetzes. Sie hält die Verweigerung der Unterschrift unter die Verpflichtung für ein geeignetes Mittel im Kampf gegen das besondere Dienstrecht, dem nur die Beschäftigten im öffentlichen Dienst unterworfen sind. Sie fordert die Gewerkschaften auf, rechtzeitig geeignete Maßnahmen zu ergreifen."

VW-Salzgitter: „Humanisierung der Arbeitswelt"

Im Mittelpunkt steht der Profit

Bundesforschungsminister Matthöfer auf der Betriebsversammlung VW-Salzgitter

Zur Zeit läuft im VW-Werk Salzgitter ein „Forschungsprojekt zur Humanisierung des Arbeitslebens". Dazu sind im Motorenbau vier sogenannte „teilautonome Gruppen" eingerichtet worden, die Motore in „eigener Regie" komplett zusammenbauen, ohne das bisherige Fließband. Um die dort arbeitenden Kollegen geistert eine Schar Wissenschaftler herum, die verschiedene Messungen durchführen, z.B. Blutdruck und Herzfrequenz.

Die Kapitalisten haben ein großes Geschrei um die „Humanisierung" angestellt. Schmückers Hauspostille „autogramm" behauptet, „die VW-AG verfolgt seit geraumer Zeit nachdrücklich das Ziel, die Arbeitsbedingungen in ihren Werken zu verbessern." Der bürgerliche Staat hat im letzten Jahr den Kapitalisten zirka 50 Millionen DM für derartige Forschungsprojekte in den Rachen geworfen.

Salzgitter. Am 30.6. sprach der Bundesforschungsminister Matthöfer auf der Betriebsversammlung von VW-Salzgitter, um eine Wahlkampfschau abzuziehen, was die sozialdemokratische Bundesregierung alles für die „Humanisierung der Arbeitswelt" mache.

Über das, was die Arbeiter von diesen Projekten der Kapitalisten zu erwarten haben, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Matthöfer und einem Redner aus der Belegschaft. Aus dem Beitrag des Redners, der der Redaktion zugeschickt worden ist, drukken wir hier Teile ab.

„... Heute ist der Bundesminister für Forschung und Technologie, Herr Matthöfer, zu uns gekommen, da hier ein von der Regierung großzügig unterstütztes Projekt zur Humanisierung der Arbeitswelt läuft ... Es gibt sehr viele Arbeitsplätze an Maschinen und Bändern, wo tagein, tagaus mehrere hundert Mal am Tag ein- und dieselben Handgriffe gemacht werden müssen. Da gibt es Maschinen, wo es keine automatische Einlegevorrichtung gibt, oder wo eine solche automatische Einlegevorrichtung nicht repariert wird, weil auch so durch den betreffenden Kollegen die gleiche Stückzahl geschafft wird, also Maschinen, wo man zum Beispiel fast 3 000 Teile mit der Hand einlegen muß. Also bei einer Taktzeit von weniger als 10 Sekunden ...

Von daher wäre es ein Fortschritt und wäre es zu begrüßen, wenn hier Arbeitsplätze geschaffen würden, wo man nicht nur Anhängsel der Maschine wäre, sondern zusammenhängende Teile bearbeiten würde. So wie zum Beispiel im Forschungsprojekt in einer Gruppe jeder einen ganzen Motor von A bis Z zusammenbauen kann. Aber offensichtlich ist das nicht so einfach, denn das Forschungsprojekt wird noch bis 1978 dauern ... Welche Ergebnisse werden wir zu erwarten haben? Einer der Beteiligten am Modellversuch hier im Werk ist der Herr Professor Rohmert, der in einem Interview in der VW-Zeitung „autogramm" vom 28. April dieses Jahres sagte, daß das Forschungsprojekt zwei Ziele habe: Eines sei die Humanität, das andere die Wirtschaftlichkeit. Wobei er gleich zur Einschränkung machte, daß sich die Humanität der Wirtschaftlichkeit unterzuordnen habe ...

Anzustreben sei, ‚den einzelnen Mitarbeiter so einzusetzen, daß er seine Tätigkeit ein Arbeitsleben lang verrichten kann, ohne daß eben durch diese Tätigkeit eine Gesundheitsschädigung bei ihm auftritt'. Nun ist es aber eine altbekannte Tatsache, daß bestimmte Krankheiten, wie z.B. Magengeschwüre, Herz- und Kreislaufstörungen gerade bei Akkord- und Schichtarbeitern verstärkt auftreten. Was will der Herr Professor da unternehmen. Gar nichts. Denn er sagt wörtlich: ‚Gleichzeitig bemüht sich allerdings auch die Ergonomie (Arbeitsgesetzlichkeit), dieses Ziel nicht durch Arbeitseinschränkungen und Verbote zu erreichen, sondern durch konstruktive Gestaltung menschlicher Arbeit, so daß die Leistungsentfaltung des Menschen unbeeinflußt bleibt.' Das Verbot der Akkord- und Schichtarbeit, das wäre allerdings eine konstruktive Gestaltung menschlicher Arbeit, um bei den Worten des Professors zu bleiben. Und was heißt es da, daß die Leistungsentfaltung des Menschen unbeeinflußt bleiben soll? Aber gerade das Akkordsystem ist es doch, das täglich die Verausgabung unserer Leistungskraft erfordert und auf die Dauer auf unsere Gesundheit geht ...

Wenn der VW-Konzern diese oder jene Methode wie die der Gruppenmontage übernimmt, dann nur, wenn sie auch wirtschaftlich ist. Das heißt, daß doch nur dort Kapital in neue Produktionsanlagen investiert wird, wenn mehr und billiger produziert werden kann als bisher. Und gerade bei der Lohnfindung und bei der täglichen Stückzahl werden die entscheidenden Auseinandersetzungen stattfinden. Die Wirtschaftlichkeit aber wird der VW-Konzern durch höhere Stückzahlen und durch Lohnsenkungen zu erreichen versuchen. Und bei der letzten Tarifrunde hat er ja schon einen realen Lohnabbau durchgesetzt.

Ein Interview mit der VW-Zeitung ‚autogramm' vom 27. Februar beendete Herr Matthöfer mit der Aufforderung an uns: Gemeinsam werden wir es schaffen, der deutschen Automobilindustrie in der Welt einen Spitzenplatz zu erobern und zu sichern.' In der Welt einen Spitzenplatz erobern, das heißt gegenüber den ausländischen Automobilkonzernen um Marktanteile kämpfen, schneller, besser und billiger zu produzieren, um die Konkurrenten niederzukämpfen. Aber gerade wegen dieses Kampfes um Marktanteile und Absatzmärkte wird das USA-Werk gebaut und sind 21 Werke im Ausland gebaut worden. Gerade wegen dieses Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt wird hier die Arbeitshetze verschärft, der Lohn gesenkt und wird also hier die Ausbeutung verschärft. Darauf können wir uns also überhaupt nicht einlassen, gemeinsam mit dem Kapital für das Kapital ‚in der Welt einen Spitzenplatz erobern' zu wollen ..."



Salzgitter. Wie groß die Belastung bei der Arbeit ist, wird hier bei VW gemessen. Neue Arbeitsformen werden erprobt. Das Ziel dieser Untersuchungen: Die Kapitalisten versuchen herauszubekommen, wie sie die Arbeitsgänge gestalten müssen, damit sie die Arbeiter zu höheren Arbeitsleistungen treiben können. Das ganze läuft unter dem Namen „Humanisierung der Arbeitswelt".

Volvo Dietzenbach:

200 DM-Forderung durchgesetzt

Dietzenbach/Hessen. In der Lohnauseinandersetzung mit den Kapitalisten der Volvo Deutschland, Sitz Dietzenbach, hat die Belegschaft einen großen Erfolg errungen. Die IG Metall Mitgliederversammlung von Volvo hatte die Forderung 200 DM mehr für alle aufgestellt. Nachdem die Forderung von der IGM Tarifkommission für das Kraftfahrzeughandwerk nicht übernommen wurde, nahm die Belegschaft (500 Arbeiter und Angestellte) den Kampf für diese Forderung auf. Erreicht wurde: Eine Erhöhung von 200 DM monatlich auf den Tariflohn für alle, 25 DM von den 200 werden auf die außertariflichen Zulagen angerechnet. Die Laufzeit beträgt 15 Monate. 50 DM mehr für alle Auszubildenden und einen Mindestlohn von 1300 DM. Die Klage auf Amtsenthebung des Betriebsratsvorsitzenden wurde von der Geschäftsleitung zurückgezogen.

Mit verschiedenen Aktionen hatte die Belegschaft sich für die 200 DM Forderung eingesetzt. Geschlossen kam die Belegschaft, die gleitende Arbeitszeit hat, einen Tag erst um neun Uhr zur Arbeit, nachdem sie sich zuvor an Treffpunkten versammelte hatte. Bei dem Zug zum Werk wurde die Forderung propagiert, ebenfalls bei einem Autokonvoi durch die Stadt einige Tage später. Zu einem Fest vor den Werkstoren lud die Belegschaft ein, unterstützt durch das DGB-Ortskartell. Auf dem Fest waren ständig vier- bis fünfhundert Besucher, wobei die Festteilnehmer wechselten. Aus Betrieben kamen Abordnungen und brachten Solidaritätserklärungen. Unterschriften wurden zur Unterstützung der Forderung gesammelt. Die 200 DM Forderung fand breite Unterstützung unter den Dietzenbacher Arbeitern und Angestellten. Am ersten Verhandlungstag gingen 150 Arbeiter und Angestellte aus dem Werk und demonstrierten vor dem Verhandlungslokal.

Ein Mitglied der KBW-Ortsgruppe Offenbach führte nach Arbeitsschluß vor den Werkstoren Gespräche über den Verlauf der Auseinandersetzung. Dabei hat er ein Gespräch mit dem Betriebsratsvorsitzenden geführt und ihm einige Fragen gestellt. Einen Teil des Gesprächs drucken wir hier ab.

Gesprächs drucken wir hier ab.

Als erstes möchte ich Ihnen gratulieren für den Erfolg, den Sie erreicht haben. Die Unternehmer sind jetzt daran gegangen, den Lohn zu drücken, gleichzeitig zu rationalisieren. Deswegen hat ihr Erfolg besondere Bedeutung und wird auch die Arbeiter in anderen Betrieben ermutigen. Wie hat die Belegschaft von Volvo ihre Forderung, die ja eine Festgeldforderung ist, begründet und wie wurde sie aufgestellt?

Die Festgeldforderung ist hier von der Belegschaft in der Mitgliederversammlung der IG Metall beschlossen worden, dann in der Branchenversammlung beschlossen, aber von der großen Tarifkommission nicht übernommen worden. Und die Begründung ist verhältnismäßig einfach: Weil eben die Preissteigerung und all dies jeden gleichermaßen trifft und da eben keine Unterschiede gemacht werden dürfen. Das ist die Begründung der Belegschaft.

Die Arbeiter und Angesellten haben Kampfmaßnahmen ergriffen. Sie haben aber nicht gestreikt. Wie erklären Sie sich jetzt den Erfolg?

Ich glaube, das ist leicht zu erklären, weil eben die Geschäftsleitung gesehen hat, daß es die Belegschaft ernst meint, und zwar aus der Stimmung heraus ermessen konnte, daß es zum Streik kommen kann und auch dazu kommen wird. Und daraufhin hat man, glaube ich, nachgegeben.

Man muß vielleicht noch erwähnen, daß es Solidaritätserklärungen gegeben hat. Und zweitens müßte man auf die Produktionslage bei Volvo eingehen, ob die große Aufträge haben, so daß jeder Streik sie empfindlich trifft.

Klar, da ist die wirtschaftliche Situation. Aber ich glaube, auch wenn sie etwas schlechter gewesen wäre, wäre es auf Grund der wirklich massiven Kampfmaßnahmen – etwa 80 bis 90 Prozent der Kollegen haben ja mitgemacht – soweit gekommen. Der Druck im Betrieb, das war erst mal ausschlaggebend.

Und für die Kollegen, die den Druck erzeugt haben, war es wieder wichtig, daß es eine Solidarität von außen gegeben hat. Das hat beispielsweise so ausgesehen, daß in den Dietzenbacher Betrieben die Kollegen uns mitgeholfen haben bei der Organisation, also praktisch durch Arbeit geholfen haben und uns durch Solidaritätsadressen unterstützt haben.

Das wichtigste war eben der Druck aus der Belegschaft selbst heraus. Und eben auch, bei uns ist ein Verhältnis von zwei Drittel Angestellten und einem Drittel Arbeiter, daß es also da keine Aufspaltung gegeben hat, sondern daß es wirklich als eine Einheit funktioniert hat.

Meinen Sie, daß der jetzige Erfolg auch zur Verbesserung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades und der gewerkschaftlichen Arbeit führen wird?

Ich würde so sagen: Die Leute verstehen sich selbst als die Gewerkschaft und den Apparat als Notwendigkeit,
und den Apparat als Notwendigkeit,
den man eben braucht, um bestimmte Arbeiten leisten zu können.

Wie hat der DGB den Kampf unterstützt? Welche Maßnahmen hat er getroffen?

Dazu muß man sagen: der DGB, also der Kreis Offenbach, hat sich voll solidarisiert, die IG Metall hat sich ebenfalls voll hinter uns gestellt, es war also da eine einheitliche Linie. Die haben uns auch aktiv mit Flugblättern und mit Geld unterstützt.

Es hat Differenzen mit der Geschäftsleitung gegeben, was „Gespräche" und was „Verhandlungen" sind.

Das Konkrete war so. Man hat sich in der ersten Verhandlung gestritten, ob das „Gespräche" oder „Verhandlungen" sind. Da ging es ganz einfach darum, daß der Arbeitgeber ganz gerne „Gespräche" hätte, um ganz einfach in der Friedenspflicht zu sein, damit wir nicht streiken würden. Das hat am nächsten Tag die Belegschaft von sich aus bereinigt, indem sie einfach ganz klar im Betrieb gesagt hat, daß sie das als Verhandlung ansieht, und dann ist ja am Dienstag weiterverhandelt worden und da ist ja erstmals ein Zwischenangebot gewesen mit 120 DM an die Belegschaft. Das haben sie also einstimmig abgelehnt, wobei man noch sagen muß, daß es schon großteils über dem Tarifabschluß lag. (Der Tarifabschluß für das Kraftfahrzeughandwerk betrug 6,1 %, was im Schnitt eine Erhöhung von ca. 92 DM ausmacht – nach Auskunft eines Volvo-Kollegen.)

Die Belegschaft hat dann beispielsweise das Betriebsratsbüro, das war rammelvoll, da waren also alle Leute hier drin, aufgesucht und hat ganz deutlich gemacht, daß es keinen Kompromiß gibt, also daß kein Verhandlungsspielraum für die Kommission besteht. Und so hat die Kommission auch verhandelt. Die Kommission hat ja gewußt, was die Kollegen wollen, daß sie bereit sind, für das, was sie gesagt haben, auch einzustehen.

Der Erfolg, den die Belegschaft erkämpft hat, hat nicht nur Bedeutung für Volvo, sondern wirkt ermutigend auch für andere Belegschaften.

Die Stimmung ist gut, und was ich für wichtig halte, ist, daß bewiesen wurde, daß in einer Zeit von Berufsverboten und Repression eben auch mit ein bißchen Mut einiges erreicht werden kann. Das heißt, daß man ohne weiteres auch auftreten kann. Das kann jede Belegschaft. Sie muß nur wollen. Für mich das größte Erlebnis ist halt eben, daß die Belegschaft sich nicht hat auseinanderdividieren lassen und grad in der Zeit, wo in den Schulen die Lehrer kuschen und die Studenten das Maul zumachen, haben die Leute sich genau vors Gebäude gestellt, wo jeder sie sehen kann und haben dort ihre Forderungen vertreten. Man kann ja genau sehen, wer dorthin geht, und jeder ist hingegangen. Es hat sich keiner einschüchtern lassen.

Es ist von der Geschäftsleitung Klage gegen Sie persönlich erhoben
Es ist von der Geschäftsleitung
Klage gegen Sie persönlich erhoben worden, weil Sie angeblich eine beleidigende Äußerung gemacht hatten. Die Klage ist jetzt wieder zurückgezogen worden. Wie erklären Sie sich diesen Vorgang überhaupt, im Rahmen dieses Lohnkampfes?

Wenn man als Arbeitnehmer verklagt wird, dann wird man eben deshalb verklagt, weil man etwas aktiv gemacht hat und nicht wegen der Beleidigung. Daß man das zurückgenommen hat, liegt daran, daß man eben den Konflikt komplett bereinigen wollte. Wenn man das nämlich hätte stehen lassen, bin ich überzeugt davon, daß im Betrieb keine Ruhe eingekehrt wäre, wobei das Wort Ruhe nicht falsch aufgefaßt werden darf, weil die Gewerkschaftsarbeit ja jetzt erst richtig beginnt. ...

Nicht die Hitze – die kapitalistische Ausbeutung ist mörderisch

Mannheim. In mehreren Abteilungen der Gießerei des Traktorenwerkes John Deere Mannheim wurde Ende vorletzter Woche wegen der mörderischen Hitze – an einigen Stellen bis über 60 Grad – die Forderung nach einer halben Stunde zusätzlicher bezahlter Pause aufgestellt (siehe letzte KVZ). Der für die Gießerei zuständige Betriebsrat wurde beauftragt, dafür bei der Geschäftsleitung Druck zu machen. „Wir lassen uns doch nicht kaputtmachen für den John Deere. Irgendwann ist Schluß, sonst kann die Geschäftsleitung ihren Dreck alleine machen", bekamen die Meister zu hören. Der Gießereileiter Haas mußte der Forderung angesichts der Drohung, daß die Brocken hinfliegen, wohl oder übel nachgeben. Seit Anfang letzter Woche gibt es jetzt die bezahlte halbe Stunde Pause.

Bremen. Auf der Vulkan-Werft ist die Hitze bei den Schweiß- und Brennarbeiten an Bord unerträglich. Scheint schon die Sonne auf den Stahl und heizt ihn ungeheuer an, so noch viel mehr, wenn in den engen Räumen der Stahl gebrannt und geschweißt wird, d.h. direkt vor den Augen aufglüht. Mit freiem Oberkörper oder nur im Hemd zu arbeiten, ist zumeist unmöglich, will man sich bei den Arbeiten über Kopf oder senkrecht hoch nicht fürchterlich verbrennen. In den dicken Schutzanzügen ist man schon schweißnaß, wenn man allein die Krabbelei an Bord zu seinem Arbeitsplatz hinter sich hat. Nur bis zum Frühstück um 8.30 Uhr kann halbwegs normal gearbeitet werden. Nach dem Frühstück ist alles zu spät. Schweißüberströmt muß andauernd Pause gemacht werden. Die heiße Schweißzange wird in einem Wassereimer gekühlt.

Unter dem Druck der Kollegen hat die Geschäftsleitung angeboten, die Arbeitszeit um zwei Stunden vorzuverlegen, so daß ein Teil der Arbeiter um fünf Uhr anfängt. Ebenso mußte die Geschäftsleitung die Zahlung einer Erschwerniszulage zusagen (zirka 5 DM mehr pro Tag).
Klar ist, daß weniger geschafft wird. Noch nicht geklärt ist, zu wessen Lasten dies geht. Die nächste Lohnabrechnung wird zeigen, ob die Kapitalisten den Akkord senkten. Bisher schreiben die Kolonnen noch den normalen Akkord. – (Vulkan-Zelle)

Röhm: Vierschichtbetrieb wird abgelehnt

„Wir lassen unser Leben nicht zerstören!"

Darmstadt. In der letzten KVZ haben wir in einem Artikel zur geplanten Einführung einer vierten Schicht in einem Betriebsteil der Firma Röhm Darmstadt berichtet. Es sind Anfragen gekommen bezüglich unserer Rechnung, daß der Arbeiter dadurch im Monat 400 Mark weniger verdient. Wir wollen diese Rechnung im einzelnen darlegen, wobei vorweg gesagt werden muß, daß wir uns zugunsten der Kapitalisten verrechnet haben.

Die Kapitalisten und die Sozialdemokraten begründen die Einführung der vierten Schicht damit, daß Überstunden abgebaut werden müssen. Die
stunden abgebaut werden müssen. Die
Arbeitszeitordnung läßt eine „andere Verteilung der Arbeitszeit" auch übers Wochenende zu; davon soll nun reichlich Gebrauch gemacht werden. Wie stellt sich das für den Arbeiter dar?

Viele Jahre waren die Schichtarbeiter bei Röhm gezwungen, ihren Lohn durch Überstunden am Wochenende aufzubessern. Durchschnittlich wurden 2 Samstage und 2 Sonntage im Monat jeweils 12 Stunden gearbeitet. Somit war der Arbeiter von 52 Wochenenden 26 in der Fabrik. Er kam im Durchschnitt auf 52 Stunden in der Woche. Mit Überstundenzuschlag (25 %), Sonntagszuschlag (60 %), Schichtzulage (10 %), regelmäßigem Nachtzuschlag (15 %) auf den Tariflohn von 8,35 DM kam er auf 26585,28 DM im Jahr.

Mit der vierten Schicht kommt er auf 42 Stunden in der Woche, jedoch ist die Arbeitszeit so „verteilt", daß er 40 Samstage und 28 Sonntage im Jahr in der Fabrik ist. Da die 42-Stunden-Woche nicht überschritten wird, entfällt der Überstundenzuschlag von 25 %. Der Arbeiter verdient jetzt im Jahr 18976,48 DM. Die Differenz von 7608,80 DM im Jahr kommt einmal durch das Wegfallen der Überstundenzuschläge und zum anderen dadurch zustande, daß er weniger Stunden im Jahr arbeitet.

Die Kapitalisten mußten erfahren, daß die Arbeiter in den letzten Mona-
daß die Arbeiter in den letzten Mona-
ten nicht mehr bereit waren, für die Überstundenzuschläge von 25 % auf den Tariflohn am Wochenende in die Fabrik zu gehen.

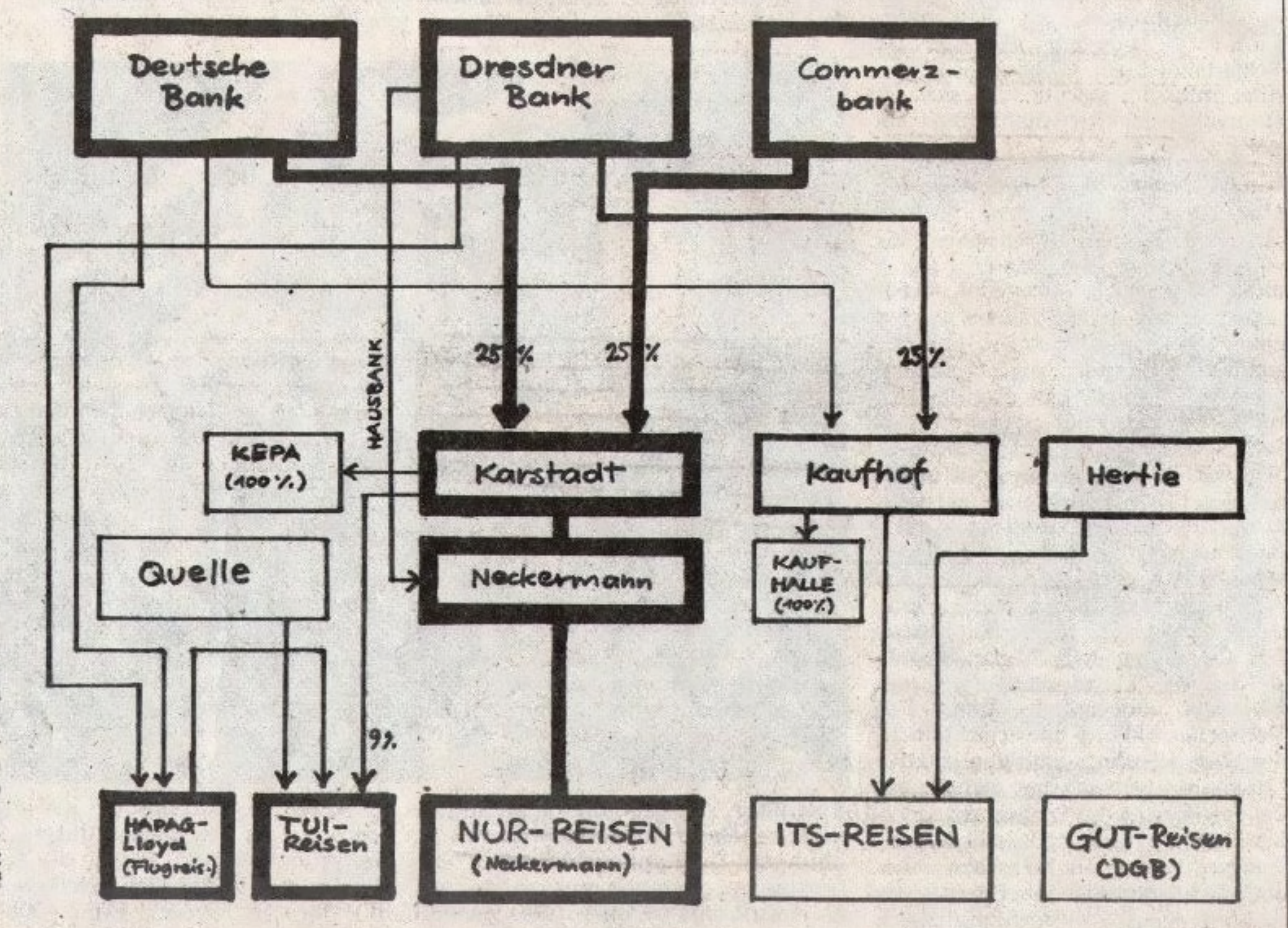
Auf der letzten Betriebsversammlung wurde die Ablehnung der Überstunden folgendermaßen begründet: „Überstundenarbeit ist der falsche Weg, Lohneinbußen zurückzuholen. Es gibt einen Zeitpunkt, an dem das Recht des Unternehmers, den Arbeiter für sich arbeiten zu lassen, aufhört und der Arbeiter selbst über seine Zeit verfügen kann, auch und *gerade* dann, wenn er noch nicht erschöpft ist. ... Denn es gibt etwas, was unbezahlbar ist, das ist das Leben der Arbeiter. Die Möglichkeit ist gut, die Frage nach mehr Lohn schon jetzt wieder auf die Tagesordnung zu setzen und die Überstunden – die sogenannten ‚freiwilligen Überstunden' – abzulehnen."

Tatsächlich sind immer weniger Arbeiter bereit, am Wochenende zu arbeiten, auch nicht für Überstundenzuschlag. Aber die Kapitalisten wollen, daß die Maschinen auch übers Wochenende laufen. So ist ihr Plan der vierten Schicht entstanden. Der Widerstand der Arbeiter, jetzt zwangsweise am Wochenende zu arbeiten, ist groß. So wurde auf Initiative der Arbeiter am 1. Juli eine Versammlung einberufen, wo es der Gewerkschaftsspitze darauf ankam, die Arbeiter doch noch zu dieser Zwangsarbeit am Wochenende zu überreden, mit dem Argument, daß die Überstunden abgebaut werden müssen und Neueinstellungen erzwungen werden müssen.

Die Versammlung wurde von den Schichtarbeitern genutzt, Betriebsrat und Gewerkschaftsführung auf ihre Interessen festzulegen. Die Argumente waren folgende: Schichtarbeit hat unser Leben schon genug zerstört und wir werden es nicht zulassen, daß die Unternehmer jetzt auch noch über unser Wochenende verfügen. Alle Schichten sind unterbesetzt, die Arbeitshetze ist gestiegen. Wir haben nicht einmal genug Leute, um im Drei-Schichtenrythmus zu arbeiten. Ein Drittel der Schichtarbeiter ist über 40 Jahre alt. Ein Kollege sagte: „Als wir jung waren, haben wir mehr auf Geld geschaut, heute wissen wir, daß sich die Überstundenarbeit und auch die Schichtarbeit nicht auszahlt. Das Geld können wir alle gebrauchen, aber unser Leben können wir uns dadurch nicht zerstören lassen." – (Zelle Röhm, Darmstadt)

Fusion Neckermann-Karstadt

„Karstadt übernimmt das Zepter", meldete das „Handelsblatt" am 2. Juli, daß Karstadt sich bei Neckermann einkaufte. Im Warenhausgeschäft kommen Karstadt und Neckermann jetzt zusammen auf 9,4 Mrd DM Umsatz. Der Kaufhof als zweitgrößter Warenhauskonzern folgt erst mit 6,7 Mrd DM. Nimmt man die Umsätze der Warenhaus- und Versandunternehmen in der Bundesrepublik zusammen, dann hat die Gruppe Karstadt-Neckermann einen Anteil von 25 Prozent. Die treibende Kraft für diesen Zusammenschluß waren die drei Großbanken, Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank. Damit ist der größte Teil des Touristik-Geschäftes zusammengefaßt, wie das Schaubild klarmacht. Den Arbeitern und Angestellten haben die Kapitalisten schon bekanntgemacht, was sie für die Beschäftigten planen: Auf der Betriebsversammlung im Frankfurter Neckermann-Kaufhaus wurde mitgeteilt, daß es nach dem Willen der neuen Karstadt-Herren zukünftig kein Weihnachtsgeld mehr geben wird. **Die Lage der Lohnabhängigen im Handel untersucht der Artikel: „Triebkräfte der Bewegung im Einzel- und Großhandel" in dem neuen Heft Kommunismus und Klassenkampf Nr. 4, Juni 1976**



Untersuchungskommissionen in den hessischen Krankenhäusern

210 Krankenhäuser werden überprüft

In Hessen hat die Landesregierung Untersuchungskommissionen für die Krankenhäuser eingesetzt. Geplant ist der weitere Abbau von Personal. Gesteigerte Mehrarbeit soll durchgesetzt werden. Gegen diese kapitalistische Rationalisierung an den Krankenhäusern muß der Kampf organisiert werden. Aus Frankfurt, Gießen und Wiesbaden berichten die Klinikzellen des KBW.

Wiesbaden

Gutes Zeugnis für gesteigerte Schweißauspressung

Wiesbaden. In einem Zwischenbericht über die „Kostenprüfung" an 30 hessischen Krankenhäusern (siehe KVZ Nr. 26/76) hat der hessische Sozialminister „den städtischen Kliniken Wiesbaden ein gutes Zeugnis ausgestellt" (Wiesbadener Kurier). Insgesamt will der Sozialminister 210 Krankenhäuser überprüfen mit dem Ziel, „Überbesetzungen im personellen Bereich" abzustellen, Betten und ganze Krankenhäuser zu schließen und so „Investitionen von 700 Millionen DM einzusparen" (Wiesbadener Kurier).

Dabei ist ihm die gesteigerte Schweißauspressung an den Kliniken Wiesbaden ein Beispiel: So muß das Personal an den Kliniken meist in 3 Schichten und in der 6-Tage-Woche arbeiten, dabei am Wochenende noch im geteilten Dienst (morgens und abends), was Überstunden einschließt: Eine Woche Spätschicht, ohne einen freien Tag, danach eine Woche Nachtschicht – zwei Tage frei, dann wieder eine Woche Spätschicht und ohne Unterbrechung eine Woche Frühschicht – zwei Tage frei usw. Auf die Dauer hält das kein Kollege aus. Zynisch stellt der Sozialminister fest, daß jährlich ca. 30 % des Personals an den Krankenhäusern ausgewechselt würden (Wiesbaden Kurier).

Während noch im September 74 offiziell an den Wiesbadener Städtischen Kliniken 253 Pflegekräfte gefehlt haben und die 253 offenen Planstellen bis heute noch nicht besetzt sind, ist jetzt die Landesregierung der Ansicht, daß noch zuviel Pflegekräfte an den Kliniken arbeiten.

Als Anfang 1975 die 40-Stunden-Woche eingeführt wurde ohne zusätzliche Arbeitskräfte, hat der Magistrat 200 Betten in den Kliniken geschlossen, die jetzt nach und nach wieder aufgemacht werden. Dazu kommen neue Stationen, wie die Kinder-Intensivstationen, die größtenteils von den schon vorhandenen Pflegekräften mit übernommen werden muß.

10 Stundenfrauen, die von den Kliniken weg gegangen sind, sind nicht ersetzt worden. Von den Putzfrauen wird Mehrarbeit verlangt: Zusätzlich sollen sie Betten machen und Patienten waschen. Wer sich weigert, wird entlassen: Dieses Jahr sind allein schon 20 Putzfrauen entlassen worden. Daß das nach dem Geschmack der Landesregierung ist, kann man sich vorstellen, sie plant, die Arbeitsplätze von 3700 Putzfrauen aus den Landesdienststellen abzubauen.

Gießen

Die Hetze steigt

Gießen. 150000 Mark hat die hessische Landesregierung für die Wirtschaftlichkeitsprüfung an der Gießener Uniklinik ausgegeben: Insgesamt seien 246 Stellen an der Uniklinik zu viel, davon 39 Arztstellen, der Rest Pflegepersonalstellen. Zu viel Leerlauf gebe es, also seien Stechuhren notwendig; damit die Beschäftigten auch alle Zeit schuften, soll eine Mauer um den Klinikenkomplex gebaut werden. Die Verweildauer der Patienten soll nach dem Bericht um zwei Tage verkürzt werden. Um den Geist der Rationalisierung an den Kliniken lebendig zu halten, sollen mehr Betriebswirte und Diplomkaufleute in leitende Positionen der Verwaltung.

Die Landesregierung hat dann auch umgehend beschlossen, daß die Bettenzahl von 1559 auf 1380 reduziert werden soll. Bereits in der KVZ wurde darüber berichtet, daß in diesem Rahmen an der Uniklinik in Gießen die Stelle einer gutbezahlten „Generaloberin" geschaffen werden soll. Man sieht, beim Ausbau des Bespitzelungs- und Unterdrückungsapparates gegen die Beschäftigten an den Kliniken ist der Staat nicht kleinlich.

Die Professoren haben diese Sparmaßnahmen kritisiert. Sie hätten nicht mehr genügend Zeit für „Forschung und Lehre". Prinzipiell sei es ja notwendig, solchen „Leerlauf" beim Personal zu beseitigen; aber was da jetzt ins Haus stehe, sei doch zu hart. Natürlich, sie haben Angst, daß sie unter Zeitdruck kommen können bei ihren lukrativen Tätigkeiten, Privatpatienten und Forschungsaufträge von der Pharmaindustrie.

Für das Pflegepersonal wächst die Hetze schon jetzt in den Stationen enorm. Durch die Kürzung der Verweilzeiten der Patienten müssen die Pfleger und Schwestern viel öfter die Bettbezüge wechseln, Untersuchungen durchführen und mehr Schreibkram erledigen. Zusätzlich wird jetzt schon begonnen, freigewordene Stellen nicht mehr zu besetzen und Pflegekräfte innerhalb des Klinikums umzubesetzen. Die Versorgung für die Patienten wird natürlich dadurch nicht besser. Regelmäßig kommt es vor, daß Überstunden gemacht werden müssen. Überstunden sollen durch Freistunden abgegolten werden – aber das ist ein Hohn, denn es sind nicht genügend Pflegekräfte da, um die Versorgung aufrechtzuerhalten. Es kommt regelmäßig vor, daß die Angestellten, die alle 14 Tage Wochendienst haben, 8 Überstunden machen müssen und dann an beiden Tagen auf zusammen 28 Stunden kommen. Jetzt sollen die Krankenpflegeschüler gezwungen werden, anstatt bisher 10 jetzt 21 Nachtwachen in ihrer dreijährigen Ausbildung abzuleisten.

Frankfurt

ÖTV-Mitgliederversammlung Bereich Gesundheitswesen

Frankfurt. Am Dienstag, dem 26.6.76, fand eine zentrale Mitgliederversammlung des Bereiches Gesundheitswesen der ÖTV Kreisverwaltung Frankfurt statt. Über 70 Mitglieder aus 6 Krankenhäusern waren erschienen. In Frankfurt wurden bisher ganze Kliniken wie das Kinderkrankenhaus in der Boettgerstraße und einzelne Stationen wie die A 6 an den Universitätskliniken geschlossen. In den Betrieben wurde der Widerstand gegen diese Rationalisierungsmaßnahmen organisiert (siehe letzte KVZ).

In dieser Situation führt es zur direkten Unterwerfung unter die Pläne des staatlichen Dienstherren, wenn man wie der Bereichsvorstand in einem Re-
wie der Bereichsvorstand in einem Re-
solutionsvorschlag fordert: „Demokratie und Mitbestimmung der Beschäftigten bei allen Maßnahmen zur Rationalisierung und Wirtschaftlichkeitskontrolle im Krankenhaus". Auf deutsch also: Die Lohnabhängigen sollen z.B. „mitbestimmen" können, wer entlassen werden soll. Die Beschäftigten können sich nicht darauf einlassen, über die von den Reformisten und Revisionisten geforderte Mitbestimmung selbst ihre eigene Rausrationalisierung zu betreiben.

Der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung, Lohnraub und politische Entrechtung kann nur gegen den bürgerlichen Staat geführt werden.

Diese Position kam gut heraus in einem Resolutionsvorschlag, den die Betriebsgruppe des Bürgerhospitals der Mitgliederversammlung machte. Dabei wird ebenfalls eingegangen auf die Mittel, die der bürgerliche Staat anwendet, um seine Vorhaben widerstandslos über die Bühne zu bringen. In der Resolution heißte es dann: „... Durchgesetzt werden sollen diese Maßnahmen durch Schärfung der politischen Entrechtung und Einschränkung der gewerkschaftlichen Betätigung der Beschäftigten der Krankenhäuser. Unter Berufung auf die besondere Treuepflicht, die Bestandteil des besonderen Dienstrechts ist, versucht der Dienstherr den Protest der Beschäftigten gegen Gehaltskürzungen und Mehrarbeit niederzuhalten. Und er verschärft die Pflicht zur Verschwiegenheit gegenüber der Öffentlichkeit. Die zentrale Mitgliederversammlung lehnt die Unterwerfung unter die In-
lehnt die Unterwerfung unter die In-
teressen des Dienstherren ab. ..."

Insgesamt fand der Vorschlag der Betriebsgruppe des Bürgerhospitals die spontane Zustimmung vieler Mitglieder, bietet er doch die Grundlage für einen einheitlichen Kampf der Lohnabhängigen gegen den staatlichen Dienstherrn. Daß die Resolution auch so genutzt wird, wollte der Bereichsvorstand jedoch von vornherein verhindern, indem er – ohne daß die Auseinandersetzung über beide Resolutionsvorschläge geführt werden sollte – sofort alternativ abstimmen wollte. Als ihm das aber nicht gelang, wurde von der Mehrheit der Mitgliederversammlung beschlossen, die beiden Resolutionen nochmals zu vervielfältigen, um sie in den Betrieben nochmals zu diskutieren und auf einer weiteren Mitgliederversammlung am 22. Juli zu einem Beschluß zu kommen.

ÖTV-Betriebsgruppe:

Der § 218 muß ersatzlos gestrichen werden!

Frankfurt. Im ÖTV Magazin 6/76 ist ein Artikel von der SPD-Bundestagsabgeordneten Helga Timm abgedruckt, der versucht, den neuen Paragrafen 218, mit alten verstärktem Unterdrückungszweck, den Kollegen schmackhaft zu machen, mit allerlei Lügen und Verdrehungen. Dieser Artikel ist gegen die Bewegung für die ersatzlose Streichung des Unterdrückungsparagrafen gerichtet. Dieser Artikel ist sicher unter vielen Mitgliedern in der ÖTV auf Empörung und Ablehnung gestoßen. Wir haben den Artikel bei uns in der ÖTV-Betriebsgruppe des Gemeinschaftswerkes der Ev. Publizistik diskutiert und ihn abgelehnt und folgenden Leserbrief an das ÖTV Magazin geschrieben, in dem es u.a. heißt:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, im ÖTV Magazin 6/76 habt ihr einen Artikel der Bundestagsabgeordneten Helga Timm abgedruckt, unter dem Titel ‚§ 218: Ein Schritt weiter'. In diesem Artikel wird wie schon die Überschrift ausdrückt, das neue Gesetz zum § 218 als Reform gepriesen. Solch einen Artikel abzudrucken halten wir für falsch, denn der neue § 218 bringt in keiner Hinsicht eine Verbesserung. Die ‚Straffreiheit der Frau' und die ‚Beratung' werden als Kern der Reform angegeben. In Wirklichkeit verhält es sich mit diesen 2 Punkten ganz anders. Nach dem alten § 218 konnte die der Abtreibung verdächtige Frau vor Gericht nicht zur Aussage gezwungen werden. Da sie selbst wegen Abtreibung strafbar war, konnte sie sich auf ihr Zeugnisverweigerungsrecht berufen – das Recht, sich in einem Prozeß nicht selbst belasten zu müssen. Das war ein Hemmnis für die Strafverfolgung der Abtreibung. Dieses Hemmnis ist jetzt beseitigt. Da die Frau nicht mehr strafbar ist, muß sie aussagen, Helfer, Mitwisser, den abtreibenden Arzt dem Gericht preisgeben. Das heißt, als Denunziant, als Spitzel soll die Frau eingesetzt und für den Staatsapparat verfügbar gemacht werden. Das ist der Sinn der ‚Strafreiheitsregelung'. Die Frau spielt die Kronzeugenrolle im Prozeß.

Weiter ist es so, daß der Artikel von Helga Timm einen Anschlag gegen die Bewegung zur Beseitigung des § 218 darstellt, die sich breit in den Gewerkschaften entfaltet hat (..) Wir haben schon seit längerem wie auch andere gewerkschaftliche Betriebsgruppen die Forderungen erhoben: Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218! Diese Forderungen haben sich unserer Ansicht nach in der Praxis als gut bewiesen, deswegen werden wir auch in Zukunft daran festhalten." – (h., Frankfurt)

Hessen

Maulkorberlaß an den Schulen

Der hessische Kultusminister will zum 1. September einen Erlaß in Kraft setzen über die „Verteilung von Schriften und Anbringen von Aushängen in den Schulen". Nur Schriften, die der Schulaufsichtsbehörde politisch genehm sind, dürfen an der Schule verbreitet werden. Für die Lehrer soll u.a. folgende Anordnung gelten:

„Mitteilungen von Berufsverbänden an die Lehrer können im Lehrerzimmer ausgelegt, an einem dafür bestimmten Schwarzen Brett ausgehängt oder an die Lehrer verteilt werden, wenn sie

a) nicht gegen allgemeine Gesetze verstoßen,

b) sich auf berufliche Angelegenheiten der Lehrer beziehen,

c) nicht durch offensichtlich unwahre und unsachliche Angriffe gegen Schul-
und unsachliche Angriffe gegen Schul-
aufsichtsbehörden oder andere Berufsverbände die Arbeit und den Frieden in der Schule stören. Bestehen Zweifel, ob die genannten Voraussetzungen erfüllt sind, ist die Entscheidung der Schulaufsichtsbehörde einzuholen."

Seit ca. einem halben Jahr organisieren die hessischen Lehrer verstärkt den gewerkschaftlichen Kampf gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen. Dieser Kampf hat sich in vielen regionalen und zentralen kämpferischen Kundgebungen niedergeschlagen. Die Durchführung von Streikmaßnahmen gegen Arbeitszeitverlängerung und Kurzarbeitsverträge wird angestrebt.

Eine wichtige organisatorische Bedingung zur Zusammenfassung der Lehrer, die auf die einzelnen Schulen verteilt sind, und zur Organisierung gemeinsamer Kampfschritte sind Flugblätter, Wandzeitungen und Plakate. Diese zu verbieten, ist Absicht des Minister-Erlasses. Denn es „verstößt" nach Auffassung des Dienstherrn „gegen Gesetze", wenn die Beamten zum Streik aufgerufen werden. Denn sicher hat die öffentliche Anprangerung der staatlichen Schulpolitiker, der Aushöhlung der Berufsschulpflicht usw. nach Auffassung des Dienstherrn nichts mit den „beruflichen Angelegenheiten der Lehrer" zu tun und verstößt gegen die Treuepflicht der Be-
stößt gegen die Treuepflicht der Be-
schäftigten im öffentlichen Dienst.

Der neue Erlaßentwurf greift auch die Rechte der Schüler auf offene politische Auseinandersetzung in Form von Aushängen und Flugblättern an. Nach dem Erlaß sollen nur offizielle Aushänge der Schülervertretung erlaubt sein, alle anderen Äußerungen von Schülern oder Schulklassen müssen durch den Schulleiter genehmigt werden. „Aushänge ohne Sichtvermerk sind unverzüglich zu entfernen." Schüler und Lehrer haben allen Anlaß, die Durchführung dieses Erlasses zu verhindern. – (k., Frankfurt)

Düsseldorf. Gegen das Anhörungsverfahren, dem zwei Lehrer unterworfen werden sollen, protestierten vor dem Regierungspräsidium 40 Demonstranten

Protestdemonstration gegen Lehreranhörung

Düsseldorf. Zwei Lehrer aus Neuss hatte das Regierungspräsidium zum Anhörungsverfahren geladen. Vorgeworfen wurde ihnen, die Kommunistische Volkszeitung verkauft zu haben. In einem Brief an den Regierungspräsidenten hatten sich die Lehrer für die Abschaffung des besonderen Dienstrechts und die Abschaffung des Radikalenerlasses und des KPD-Verbots ausgesprochen. Die lokale Presse war informiert worden. Es sollte geheim verhandelt werden zwischen den zwei Lehrern aus Neuss und dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf. Sie sollten getestet werden vom Regierungspräsidenten, ob sie die Ausbeuterordnung in Westdeutschland auch wirklich für die einzig richtige Ordnung der Menschheit halten. Deshalb sollten sie auf die freie Grundordnung getestet werden. Der Plan des Regierungspräsidenten mißlang. Die geheime Bespitzelung wurde von 40 Demonstranten gestört. Transparente für die Einstellung der Lehrer sowie gegen das KPD-Verbot bekundeten, daß gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat eingetreten wird. Als die Demonstranten auf den Sitz des Regierungspräsidenten zumarschierten, um diesen zu einer öffentlichen Anhörung zu zwingen, klappten die Stahltore des Gemäuers zu und Polizei postierte sich. Die beiden Lehrer nahmen auf einer Kundgebung vor dieser Festung Stellung. Das Anhörungsverfahren war geplatzt. – (j)

GEW Köln: Weg mit dem KPD-Verbot!

Köln. Am 24.6.76 traf sich der Stadtverband Köln der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zu einer Jahreshauptversammlung. Haupttagesordnungspunkt war die Beschlußfassung über einen Aktionsplan für die Jahre 76 und 77.

Als Forderungen der GEW Köln wurden beschlossen:

- Einstellung aller Lehrer, Erzieher und Lehramtsanwärter
- Aufnahme der Lehrer und Erzieher in die Arbeitslosenversicherung
- Anerkennung von arbeitslosen Lehrern als Arbeitslose
- Kürzung der Wochenstundenzahlen
- Abschaffung des besonderen Dienstrechts für den öffentlichen Dienst
- Abschaffung der Berufsverbote und der Überprüfung aller Bewerber für den öffentlichen Dienst
- Rücknahme der „Richtlinien" zur Überprüfung der Verfassungstreue
- Weg mit dem KPD-Verbot!



Bielefeld. 2 000 Schüler, Lehrlinge und Studenten demonstrierten am vorletzten Donnerstag in Bielefeld unter Forderungen gegen die verschärfte Auslese, die Stellen- und Etatkürzungen, für die Einstellung aller Lehrer und gegen die politische Unterdrückung an den Schulen und Hochschulen. Aufgerufen hatten Schülervertretungen von Berufsschulen und Gymnasien, die ASten der Universität, der Fachhochschule, der Pädagogischen Hochschule und des Westfalenkollegs.

Schwimmgelegenheiten

Rar und kostspielig

Schwimmen ist für die Kinder und Jugendlichen gerade jetzt bei der Hitze das größte Vergnügen. Und außerdem für die körperliche Entwicklung wichtig. Gerade jüngst gingen Zahlen durch die Presse, nach denen fast ein Drittel der Schulkinder „Befunde mit Krankheitswert" haben, vor allem Haltungsschäden.

Das Vergnügen ist getrübt und für viele kaum noch erschwinglich. Die Kinder der Reichen können in den elterlichen Swimmingpool springen oder sich an abgezäunten Privatstränden austoben. Für Kinder und Jugendliche aus dem Volk ist Wasser Mangelware.

Zum Beispiel Mannheim. Eine Stadt mit über 320 000 Einwohner hat ganze sechs Freibäder, vier, die von der Stadt betrieben werden, mit künstlichen Becken, und zwei an einem Kiesweiher von Sportvereinen.

Selbst nach den von der Stadt festgelegten Bedarfsrichtlinien, die einem Einwohner zwischen 0,06 und 0,1 Quadratmeter Wasserfläche zugestehen, ist das zwischen 30% und 55% des Bedarfs. Hinzukommen nur noch 5 Hallenbäder. Früher konnte man noch ins Strandbad gehen, eine Anlage direkt am Rhein, wo 15 000 Menschen gut Platz hatten und der Eintritt frei war. Oder in andere Rheinschwimmbäder. Das geht jetzt nicht mehr. Allein die Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg leiten in Mannheim täglich 260 000 Kubikmeter giftiger Abwässer in den Rhein (Mannheimer Morgen, 15.3.76). Der Rheinabschnitt bei Mannheim gehört zu den verdrecktesten überhaupt. Der Stadtrat unternimmt dagegen nichts, er deckt die Kapitalisten.

Zwei noch benutzbare Rheinschwimmbäder läßt der Stadtrat verrotten. Trotz massiver Proteste. Wegen einer verrosteten Plattform gab es einige Unfälle. Reparieren lohne sich nicht, sagt der Stadtrat, das Baden im Rhein müsse sowieso bald ganz verboten werden.

Baggerseen in 20 bis 30 Kilometer Entfernung sind nur mit dem Auto zu erreichen. Die unentgeltlichen Bademöglichkeiten werden kaputtgemacht oder verboten, und in den wenigen Schwimmbädern, wo man sich dann gegenseitig auf die Füße treten muß, wird dann kräftig zugelangt. Die Eintrittspreise in den städtischen Bädern sind in den letzten vier Jahren um 30% gestiegen. Eine Einzelkarte für Kinder und Jugendliche z.B. kostet jetzt bereits eine Mark gegenüber 70 Pfennig im Jahre 1972. Und für eine Saisonkarte muß man statt vorher 20 Mark jetzt 30 Mark zahlen. Statt die mit Steuergeldern errichteten Bäder wenigstens kostenlos zur Verfügung zu stellen, knöpft die Stadt den Bewohnern dafür Hunderttausende ab.

Krankenpflegeschüler kämpfen gegen Entlassung ihrer Vertreter

„Wir sollen uns wohl selber das Maul verbinden!"

Karlsruhe. An den Städtischen Krankenanstalten sind die drei Krankenpflegeschüler R. Roth, J. Kehl und M. Olbrich fristlos und ohne Angabe von Gründen entlassen worden. Alle drei sind gewählte Schülervertreter, Roth ist zugleich ÖTV-Vertrauensmann der Schüler. Alle drei sind bekannt dafür, daß sie sich für die Interessen der Schüler eingesetzt haben, und da ist auch der Grund für die Kündigung zu finden.

In den letzten Monaten ist der Zusammenschluß der Krankenpflegeschüler vorangekommen. Die Schülervertretung hat Ende letzten Jahres gegen die Fahrpreiserhöhungen der Karlsruher Verkehrsbetriebe protestiert, es gab Auseinandersetzungen um die Hausordnung, die Rationalisierungsmaßnahmen der Landesregierung, das Haushaltssicherungsgesetz, das starke Einschränkungen im Bereich der Krankenpflege vorsieht, das geplante Krankenpflegegesetz, mit dem tariflich abgesicherte Rechte gestrichen werden sollen; darüber ist breit debattiert worden unter den Pflegeschülern. Sie sind nicht bereit, das alles hinzunehmen.

Dem Dienstherren ist das aufgefallen. Er hat die Notbremse gezogen. Den Pflegeschülern wurde eine „Erklärung" zur Unterschrift vorgelegt folgenden Inhalts:

„Ich habe davon Kenntnis genommen, daß eine Werbung für politische Parteien oder Gruppen innerhalb städtischer Räume, also auch in den Städtischen Krankenanstalten, untersagt ist und bei Zuwiderhandlung das Ausbildungsverhältnis seitens der Städtischen Krankenanstalten fristlos gekündigt werden kann."

Womit aber der Verwaltungsdirektor Bertsch und seine Auftraggeber im Rathaus nicht gerechnet hatten: ihre Notbremse zog nicht. Die Erklärung wurde sofort in allen Kursen diskutiert, und die überwiegende Meinung war: „Wir sollen uns wohl selber das Maul verbinden? Das machen wir nicht mit!" Die Verwaltung mußte einen Rückzieher machen, die Erklärung mußte nicht mehr unterschrieben werden.

Dafür kamen die drei Kündigungen der Schülervertreter. Die Nachricht ging in Windeseile durch alle Abteilungen. Noch am selben Abend traf sich eine Reihe von Schülern, um Maßnahmen zu beraten. Es war klar, dies war ein Angriff gegen die Rechte der Schüler. Die Kündigungen waren gerade noch vor Ablauf der dreimonatigen Probezeit ausgesprochen worden, nicht einmal der Personalrat war befragt worden, obwohl das nach dem Personalvertretungsgesetz vorgeschrieben ist. Am anderen Tag trafen die drei Gekündigten und der Verwaltungsdirektor in der Kantine zusammen. Er wird zur Rede gestellt. Schüler umringen ihn und wollen Antwort auf die Frage nach dem Grund der Kündigung. Der Direktor läuft rot an, die zahlreich anwesende Belegschaft macht ihn nervös, er japst nach Luft und läuft davon.

Solidarität mit den Gekündigten gibt es auch auf den Stationen. Obwohl die Kündigungen schon wirksam sind, werden die drei nach wie vor in den Arbeitsablauf ihrer Station integriert.

Die Verwaltung versucht die drei von den übrigen Schülern zu isolieren. Dazu ist ihr jedes Mittel recht. Den Schülern, die das „Gespräch" der drei Entlassenen mit dem Direktor in der Kantine als Zeugen beobachtet haben, wird wegen ihres Zuschauens „provokatives Verhalten" vorgeworfen und Konsequenzen angedroht. Professor Dr. Zeh, Chefarzt, forscht unter den Schülern nach Mitarbeitern der „Spritze", der Betriebszeitung des KBW am Krankenhaus. Angstmache und Einschüchterungsmaßnahmen laufen auf Hochtouren. Gezielt werden von der Verwaltung Gerüchte über demnächst anstehende weitere Entlassungen ausgestreut.

Die Schüler organisieren eine außerordentliche Schülerversammlung. Es wird eine Solidaritätsresolution verabschiedet. Freie Meinungsäußerung wird für die Schüler am Betrieb gefordert und die sofortige Rücknahme der Kündigungen. Aus der Versammlung geht eine „Initiative zur Wiedereinstellung der drei Gekündigten" hervor, die jetzt eine Unterschriftensammlung im ganzen Betrieb durchführen will. – (Zelle Krankenhaus Karlsruhe)

Daimler-Benz Mannheim

Akkordarbeit für Jugendliche wurde verhindert

Mannheim. Bei Daimler-Benz hat die Betriebsleitung ihre Absicht, ausgelernte Jugendliche, die noch nicht 18 Jahre alt sind, im Akkord einzusetzen, fallen lassen müssen. Zwar hatte das Gewerbeaufsichtsamt einen entsprechenden Antrag bereits genehmigt, aber die Benz-Kapitalisten hatten die Rechnung ohne die Jugendlichen gemacht.

Ermuntert gesehen hatten sich die Benz-Kapitalisten zu ihrem Vorhaben durch das neue Jugendarbeitsschutzgesetz, denn, wie sie in einer Informationsschrift „für den Ausbilder", herausgegeben von der Zentrale in Stuttgart-Untertürkheim, Ausgabe vom Juni 1976, zufrieden feststellen: „Das neue Gesetz ... geht ... in einer Ausnahmeregelung besser als das alte Recht auf die Bedürfnisse der betrieblichen Praxis ein." Neben der schon im alten Gesetz bestehenden Ausnahmeregelung, nach der die „Aufsichtsbehörde ... für Jugendliche über 16 Jahre Ausnahmen" vom Verbot der Akkordarbeit bewilligen kann, „wenn die Art der Arbeit oder das Arbeitstempo eine Beeinträchtigung der Gesundheit oder der körperlichen oder seelisch-geistigen Entwicklung des Jugendlichen nicht befürchten lassen ..." (§ 27), wurde im neuen Gesetz eine weitere Ausnahmebestimmung eingefügt: „In einer Arbeitsgruppe mit erwachsenen Arbeitnehmern", die mit „Akkordarbeit und sonstigen Arbeiten, bei denen durch ein gesteigertes Arbeitstempo ein höheres Entgelt erzielt werden kann", dürfen Jugendliche beschäftigt werden, „1. soweit dies zur Erreichung ihres Ausbildungszieles erforderlich ist oder 2. wenn sie eine Berufsausbildung für diese Beschäftigung abgeschlossen haben ...". (§ 23) Diese Erweiterung der Ausnahmebestimmungen war noch vom Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung in den Regierungsentwurf eingefügt worden mit der Begründung, die bisherige Ausnahmeregelung sei „nicht ausreichend" (Bundestagsdrucksache 7/4544).

Nachdem die Betriebsleitung bei Daimler-Benz im Mai dieses Jahres ihre Absichten, die gerade Ausgelernten unter 18 in Akkordgruppen mit Erwachsenen zu stecken, bekannt gab, hatte der von den Sozialdemokraten beherrschte Betriebsrat zunächst geschwiegen.

Nachdem bereits auf einer Jugendversammlung im März dieses Jahres von einem Jugendvertreter aufgedeckt worden war, daß hinter dem neuen Jugendarbeitsschutzgesetz die Absicht steckt, die Jugendlichen den Kapitalisten zur Ausbeutung freizugeben, griff die Betriebszelle des KBW die Pläne der Betriebsleitung sofort an. Viele der Lehrlinge und Arbeiter konnten das Vorhaben der Betriebsleitung zunächst gar nicht fassen. Viele waren empört: „Das darf doch nicht wahr sein!" „Für was wurde denn das Verbot der Akkordarbeit für Jugendliche überhaupt durchgesetzt?"

Am 29.6. war Betriebsversammlung. Ein Jugendvertreter griff die Betriebsleitung wegen der Akkordarbeit für Jugendliche scharf an. Er forderte, daß diese Maßnahmen sofort zurückgenommen werden.

Daraufhin ergriff der Vorsitzende des Berufsbildungsausschusses des Betriebsrats, Feuerstein, gerade erst zum SPD-Kreisvorsitzenden in Mannheim gewählt, das Wort.

Er behauptete, der KBW und die Zentrale von Daimler-Benz müßten sich zum § 23 des Jugendarbeitsschutzgesetzes eine neue Argumentation einfallen lassen. Akkordarbeit sei auch nach dem neuen Gesetz völlig verboten.

Er habe im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung angerufen, und die zuständigen Referenten hätten erklärt, daß Akkordarbeit für Jugendliche verboten sei.

Feuerstein erklärte, inzwischen hätten auch die Juristen in der Zentrale von Daimler-Benz das eingesehen. Die Geschäftsleitung werde keine Akkordarbeit von Jugendlichen einführen.

Als Beleg für seine Gesetzesauslegung zitierte er aus dem Vorspann einer Broschüre zum neuen Jugendarbeitsschutzgesetz. Darin heißt es: „Ausnahmsweise können Jugendliche dann in Akkordgruppen, jedoch nicht selbst im Akkord beschäftigt werden, wenn die Arbeit unter Aufsicht erfolgt und es für die Ausbildung erforderlich ist. Diese Ausnahme gilt ebenfalls für Jugendliche, die ihre Berufsausbildung bereits abgeschlossen haben. Aber auch sie dürfen nicht im Akkordlohn beschäftigt werden." Daß die „Beschäftigung in einer Akkordgruppe" keine Akkordarbeit sein soll, ist ein ziemlich plumper Betrug, aber wie man sieht, daraus wird ein weiterer Betrug hergeleitet, der im Gesetz nicht direkt drinsteht. Die Jugendlichen sollen zwar in Akkordgruppen Akkordarbeit machen, aber um den entsprechenden Lohn sollen die Kapitalisten sie prellen dürfen. – (i., Benz-Zelle Mannheim)

Streik für Hitzefrei

Mainz. Anfang letzter Woche traten die Schüler der gewerblichen Berufsschule in Mainz in den Streik, weil sie nicht wie die Schüler an Grund-, Haupt- und Realschulen und an den Gymnasien hitzefrei bekamen. Die Neustädter Bezirksregierung lehnte eine Befreiung vom Unterricht kategorisch ab. Der Direktor der Schule mußte aber dem Druck der Schüler nachgeben.

Noch mehr sollen durchfallen

Bremen. Der Bremer Senat hat den Entwurf für eine neue Versetzungsordnung vorgelegt, mit dem er die Auslese kräftig verschärfen will. Danach wird die Einteilung nach Haupt- und Nebenfächern aufgehoben. Das klingt zunächst wie eine Erleichterung, weil jetzt eine gute Note in einem Nebenfach wie Sport eine 5 in Mathematik ausgleichen kann. In Wirklichkeit bedeutet es aber, daß auch die Benotung in den Nebenfächern jetzt von der Schulleitung schärfer kontrolliert werden kann, wie es bisher schon bei den Hauptfächern der Fall gewesen ist. Lehrer, die auf der Versetzungskonferenz nicht anwesend sein können, haben ihr Notenbuch vorzulegen. Die Lehrer müssen also jederzeit damit rechnen, daß sie den Schulleiter ihre gesamten Benotungsunterlagen einsehen lassen müssen.

Die Lehrer werden verpflichtet, bei der „Versetzungsentscheidung" nicht allein aufgrund der Lernentwicklung in „ihrem Fach, sondern unter Berücksichtigung der gesamten Lernentwicklung des Schülers" zu urteilen. Wer gegen die Dressurakte der bürgerlichen Schule rebelliert, muß damit rechnen, daß er sitzenbleibt. Alle Fächer, die nur im ersten Halbjahr gelehrt werden, werden am Ende des Jahres erneut in die Bewertung einbezogen. Schüler, die „das Recht der Mitschüler auf angemessene Unterrichtung unzumutbar einschränken", werden nicht versetzt, heißt es in dem Entwurf zynisch. Das sei auch dann der Fall, wenn „trotz vorhandenem Ausgleich" sich zwei Fünfen oder eine Sechs gegenüber dem Vorjahr wiederholen. Für Bourgeoissöhnchen, die trotz Nachhilfeunterricht in Schwierigkeiten geraten sind, gibt es eine Ausnahmebestimmung, nach der „zugunsten des Schülers" abgewichen werden kann, „wenn außergewöhnliche Ereignisse seine Lernentwicklung beeinträchtigt haben". Nachprüfungen, die bisher am Gymnasium in bestimmten Fällen noch möglich waren, sollen wegfallen.

Sitzenbleibenlassen nach Plan

Hamburg. Wie die Schulbehörden die Ausbildungsmöglichkeiten der Jugendlichen verplanen, davon gibt der folgende Bericht einer Lehrerin einer 7. Klasse ein typisches Beispiel:

„Meine 7. Klasse ist im Laufe des Jahres durch Rückläufer aus der Realschule auf 30 aufgefüllt worden, obwohl die neuen Orientierungsfrequenzen nur 27 Schüler vorsehen. Man deutete mir an, daß ich mit 10 bis 12 weiteren Rückläufern aus den Realschulklassen rechnen müßte. Dreimal wurde ich vom Schulleiter gefragt, wieviele ich nun sitzen ließe. Als er auch beim dritten Mal die Antwort erhielt, daß niemand sitzen bleibt, herrschte er mich an: ‚Dann können Sie sich aber hinter nicht beschweren, daß Sie zu viele haben. Sie können nicht darauf bestehen. Die Frequenz 27 gilt nur für die 7. Hauptschulklasse, nicht für die 8., und sie ist nur eine Richtlinie.' Außerdem wurde an meine ‚Solidarität' gegenüber dem Kollegen appelliert, der meine Sitzenbleiber bräuchte, um zu verhindern, daß seine Klasse aufgelöst wird."

Neue Pausenverordnung

Baden-Württemberg. Zu den Pausenkürzungen an der Berufsschule hat jetzt das baden-württembergische Kultusministerium in einem Schnellbrief an die Oberschulämter vom 14. Juni Stellung genommen. Offenbar unter dem Eindruck der Unruhe und der Proteste an einer Reihe von Berufsschulen hat das Ministerium die Schulämter angewiesen, das neue Jugendarbeitsschutzgesetz „nicht zum Anlaß" zu nehmen, „die üblichen Pausenzeiten zu kürzen". Damit die Kapitalisten aber doch auf ihre Kosten kommen, empfiehlt das Ministerium stattdessen folgendes Verfahren: „1. Es ist künftig möglichst ganztägiger Unterricht anzustreben. 2. Der ganztägige Unterricht soll sieben, höchstens acht Unterrichtsstunden umfassen.
stens acht Unterrichtsstunden umfassen.
Der Halbtagsunterricht umfaßt vier oder fünf Unterrichtsstunden, er ist vorzugsweise auf den Vormittag zu legen."

Speyer. Die Bezirksregierung hat den Berufsschülern 5 Minuten Pause gestrichen, damit sie nach dem Berufsschulunterricht wieder in den Betrieb müssen.

Gegen Kürzung des Jugendzentrumsetats

Neunkirchen. Gegen die Kürzung des Etats für das selbstverwaltete Jugendzentrum in der Hüttenstadt, das seit Sommer 1975 besteht, sammelten die Jugendlichen in kurzer Zeit über 1 000 Unterschriften. Im Schlachthof unterschrieben fast zwei Drittel der Belegschaft, insbesondere die Frauen. Nachdem auf einer Informationsveranstaltung eine Resolution gegen die Etatkürzung beschlossen worden war, zogen 40 Jugendliche zur nächsten Stadtratssitzung und verlasen dort die Resolution. Die Stadträte mußten ihre Sitzung unterbrechen. Sie setzten sich über den gerechten Protest der Jugendlichen hinweg und beschlossen die Etatkürzung zusammen mit einer Reihe von Gebührenerhöhungen und Stellenstreichungen.

Königswinter (Nordrhein-Westfalen). Auf einer Tagung des Landesjugendamtes über „Möglichkeiten der Jugendhilfe zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit" Anfang Mai in Königswinter empfahl der Jugendpfleger von Viersen folgendes Verfahren zur Nachahmung: Die Arbeitsämter in Krefeld und Mönchengladbach haben dem Gartenamt der Stadt Viersen 40 arbeitslose Jugendliche für Parkpflege, Spielplatzreinigung usw. vermittelt. Die Jugendlichen arbeiten an drei Tagen in der Woche. An einem Tag haben sie Berufsschule und an einem anderen machen sie unter der Fuchtel des Jugendamtes „sinnvolle" Freizeit. Zweck sei: die Jugendlichen „vermittlungsfähig zu machen ... und sie zu einer ordentlichen Arbeitshaltung zu erziehen". Den Einsatz der Jugendlichen als Lohndrücker läßt sich die Stadt für ein halbes Jahr vollständig aus Geldern der Arbeitslosenversicherung bezahlen.



Moers. Zirka 100 Jugendliche demonstrierten am 1. Juli gegen die Erhöhung der Buspreise der Niederrheinischen Verkehrsbetriebe (NIAG) um durchschnittlich 26,8 %. Teilweise liegt die Erhöhung bei 100 %: Eine Fahrt von Moers nach Kapellen kostet statt bisher 1 DM jetzt 2 DM. Ein Angestellter, der täglich von Moers nach Orsoy mit dem Bus zur Arbeit fährt, macht in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" folgende Rechnung auf: Seine Monatskarte kostet statt bisher 60 DM jetzt 88 DM. „Das macht genau die Hälfte meiner Lohnerhöhung für dieses Jahr aus."

Geldstrafe wegen „Aufrufs zu strafbaren Handlungen"

Essen. Am 2. und 5. Juli fand in Essen gegen den Sekretär der Ortsgruppe Essen des KBW Volker Wild ein Prozeß statt. Vorgeworfen wurde ihm, in Flugblättern die Bundesrepublik durch Begriffe wie „Ausbeutung", „Entrechtung" beschimpft und böswillig verächtlich gemacht und zu einer verbotenen Veranstaltung an der Gesamthochschule gegen die §§ 88 a und 130 a aufgerufen zu haben. In bezug auf die Anklage wegen § 90 a erfolgte Freispruch mit der Begründung, die kommunistische Propaganda hätte schon seit hundert Jahren keine verächtlichmachende Wirkung erzielt. Überdies schütze das Parteienprivileg die Propaganda des KBW, solange dieser noch nicht verboten sei. Wegen „Aufruf zu einer strafbaren Handlung" wurde Volker Wild zu 300 DM Geldstrafe verurteilt. Gegen den Prozeß fand am ersten Verhandlungstag eine Demonstration statt, an der 50 Menschen teilnahmen. Das Gericht war von der Polizei festungsmäßig besetzt worden.

OB Zundel mußte in den Zeugenstand

Heidelberg. Zu einem Jahr und zwei Wochen Gefängnis ohne Bewährung (nicht, wie in der letzten KVZ berichtet, 14 Monaten) wurde Volker Hurrle wegen „Aufruf zur Nötigung des Gemeinderats und Aufruf zu Gewalttaten" verurteilt.

H. Rosenbaum und J. Noth stehen ebenfalls vor Gericht und sollen zu ähnlich hohen Strafen verurteilt werden, weil sie im Sommer letzten Jahres als Verantwortliche der „Arbeiterzeitung" des KBW zu Blockadeaktionen gegen die Fahrpreiserhöhung bei der Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG (HSB) aufgerufen haben.

Am Freitag, dem 2. Juli, mußte der Heidelberger Oberbürgermeister Zundel auf Ladung der Verteidigung vor Gericht erscheinen. Bei seiner Vernehmung mußte Zundel auf Fragen der Verteidigung, „ob die HSB in Defizitprojekte investiert habe", zugeben, daß die HSB „in Betriebe, die mit Verlust arbeiten", Geld reingebuttert hat, so in den Heidelberger Märchengarten. Nachdem dieser Märchengarten mit dem Geld der HSB aufgebaut war, wurde er an einen Kapitalisten für ein Butterbrot verkauft, damit dieser dicke Profite machen kann.

Als der Verteidiger darauf den Beweis antreten wollte, daß die Bezeichnung Zundels als Strichjunge des Kapitals zutrifft (ein weiterer Anklagepunkt: Beleidigung), wußte das Gericht sich nicht anders zu helfen als per Gerichtsbeschluß festzulegen: „Der Wahrheitsbeweis für die Bezeichnung ‚Strichjunge des Kapitals' ist nicht zulässig." So sehr fürchten die Herren, daß ihre Machenschaften ans Licht kommen.

Auf Fragen der Verteidigung, worin die Nötigung des Gemeinderats bestand, sagte Zundel: „Zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Demokratie haben Gemeinderäte nicht das Rathaus verlassen können, weil sie durch die Gewalt auf der Straße gefährdet waren." Dem „Druck auf der Straße" nachzugeben, hätte die „Entmündigung des Gemeinderats" und die „Abschaffung der Demokratie" bedeutet. Die „Gewalt der Straße" habe ihn „an das Kriegsende in Berlin erinnert". Dagegen lobte er den Einsatz des Polizeiknüppels als „maßvolle Einwirkung" mit „der Hiebwaffe auf Demonstranten".

Als ihm von der Verteidigung darauf die teilweise korrekte Berichterstattung der Lokalpresse über brutale Polizeieinsätze vorgehalten wurde, meinte Zundel: Dies habe keinen „Bezug zur konkreten Wirklichkeit". Für das SPD-Mitglied Zundel drückte auch die von der Kreisdelegiertenkonferenz der SPD verabschiedete Resolution zur Verurteilung der Polizeieinsätze nur die „leidvolle Erfahrung aus, daß Resolutionen oft nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmen". Deshalb habe er auch nichts unternommen, um den Behauptungen nachzugeben.

Helga Rosenbaum stellte dazu fest: „Dieser Oberbürgermeister Zundel äußert Abscheu gegen Gewalt und hat doch den Terror der Polizei gegen die Gegner der Fahrpreiserhöhung gerechtfertigt. Verabscheuungswürdig ist für ihn die Gewalt des Volkes, legitim dagegen die Gewalt des Staates."

„Dieses Verfahren ist ein aufgezogenes Theater (...). Immer wenn es zur Aufdeckung des Terrors der Polizei und daß Zundel die Fahrpreiserhöhung im Interesse der Reichen und Geldsäcke in dieser Stadt durchgesetzt hat, kommen sollte, ist der Staatsanwalt aufgesprungen und wollte die Frage verhindern."

Darauf wußte das Gericht keinen Ausweg mehr, als H. Rosenbaum das Wort zu entziehen. Am kommenden Donnerstag, dem 8. Juli, wird der Prozeß mit der Vernehmung von zwei SPD-Stadträten weitergeführt. – (K., Heidelberg)

1 500 DM Geldstrafe

Wuppertal. Zu 1 500 DM Geldstrafe verurteilte das Wuppertaler Schöffengericht einen Demonstranten, der an einer Schienenbesetzung zur Verhinderung von Fahrpreiserhöhungen teilgenommen hatte.

Bauern verhinderten erste Probebohrungen / Protestversammlungen an allen Standorten

Der Bau der zentralen Atommülldeponie muß verhindert werden

Die Bundesregierung plant, in Niedersachsen eine gigantische zentrale Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffelemente und Atommülldeponie zu bauen. Im Bericht des Innenausschusses heißt es dazu: „Diese Entsorgungsanlagen müssen im Hinblick auf den geplanten Kernenergiezuwachs bis spätestens Mitte der achtziger Jahre verfügbar sein. Sowohl aus Gründen des Schutzes und der Sicherheit als auch aus Erwägungen der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit kommt nur die Schaffung eines einzigen solchen Komplexes als zentraler Entsorgungspark ... in Betracht." (Bundestagsdrucksache 7/5293) Um für diese Pläne den Weg frei zu machen, hat die Bundesregierung jüngst eine neue Strahlenschutzverordnung verabschiedet, die die zuständigen Behörden ausdrücklich ermächtigt, den Kapitalisten zu gestatten, daß „im Einzelfall von den Schutzbestimmungen der §§ 34 – 80, 82 Abs. 4 *abgewichen* wird, wenn ein Gerät, eine Anlage, eine sonstige Vorrichtung oder eine Tätigkeit *erprobt* werden soll oder die Einhaltung der Anforderungen einen *unverhältnismäßig großen Aufwand erfordern* würde, sofern die Sicherheit des Gerätes, der Anlage ... sowie der Strahlenschutz auf andere Weise gewährleistet sind". Diese „Gewährleistung" kann die Behörde dann nach ihrem Gutdünken beurteilen, denn dafür bestehen keine Vorschriften mehr.

Neues Atomgesetz: Lauter Verordnungsermächtigungen

Außerdem wird eiligst eine Änderung des Atomgesetzes vorbereitet, die ebenfalls eine Reihe von „Verordnungsermächtigungen zur Verbesserung der Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren" vorsieht. Unter anderem sieht der Gesetzentwurf ausdrücklich vor, daß die Zustimmung der vom Bau von Kernenergieanlagen Betroffenen notfalls erkauft werden soll. Bei „nachteiligen Wirkungen auf das Recht eines anderen ... ist der Betroffene für den dadurch entstehenden Vermögensnachteil zu entschädigen." (§ 9 b, 4)

Abhängigkeit von den Kernbrennstofflieferungen seiner imperialistischen Konkurrenten ist für den BRD-Imperialismus schmerzhaft. Deshalb verfolgt er seit langem das Projekt, schnelle Brutreaktoren zu bauen, die selbst Kernbrennstoffe herstellen können aus dem in den Wiederaufbereitungsanlagen gewonnenen höchst gefährlichen Plutonium.

Obwohl die Technologie solcher schnellen Brüter und der Aufbereitungsanlagen noch keineswegs sicher beherrscht wird – in den USA sind die Brüterprogramme gegenwärtig gestoppt – sollen möglichst bald solche Anlagen stehen.

Hinzu kommt, daß die Wiederaufbereitungsanlagen in England und Frankreich, die bisher die ausgebrannten Brennstäbe aus den westdeutschen Kernkraftwerken aufbereitet haben, nur bis 1980 Brennstäbe aus der BRD annehmen werden

So meint denn auch Professor Mandel von der Geschäftsleitung der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE):

„Im Idealfall müßte dann die erste neue Anlage 1981 in Betrieb gehen, die zweite 1984 und danach alle zwei weiteren Jahre eine weitere 1500-Tonnen-Anlage."

Dies alles soll sich möglichst an einem Standort über einem Salzstock, in dem die Restabfälle gelagert werden, abspielen.

Was geschieht in dieser Wiederaufbereitungsanlage? Nach vierjähriger Betriebszeit sind die Brennstäbe in einem Kernkraftwerk nicht mehr verwendbar. Sie enthalten nur noch so wenig spaltbares Material, daß die Kettenreaktion nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Bei der Wiederaufbereitung werden die Bestandteile der Brennstäbe, aus denen Plutonium und Uran zurückgewonnen werden kann, von den radioaktiven Abfällen getrennt. Außerdem können eine Reihe weiterer radioaktiver Stoffe zurückgewonnen werden.

In der Wiedergewinnung dieser Stoffe liegt die wesentliche Bedeutung einer Wiederaufbereitungsanlage für die Kapitalisten. Die Anlage soll von der KEWA (Kernbrennstoff-Wiederaufbereitungsgesellschaft) betrieben werden, einem Unternehmen, an dem zu je 25 Prozent die großen Konzerne Hoechst, Bayer, Gelsenberg und NUKEM beteiligt sind. Die NUKEM ist ein Zusammenschluß zahlreicher Firmen der Kernindustrie.

Steuersubventionen für die Monopole

Die Anlage allein bringt den Kapitalisten keinen großen Profit. Deshalb hat die KEWA bereits darauf hingewiesen, daß die Wiederaufbereitungsanlage zwar teuer, aber ein „existentielles Problem für die BRD" sei.

Als Konsequenz daraus ergibt sich, daß die Bundesregierung im Rahmen ihres Energieprogramms die kostenintensiven Faktoren Abgasreinigung und Endlagerung sowie große Teile der Forschung finanziert.

Das Volk soll also über die Steuern zur Finanzierung dieser Anlage beitragen. Zum anderen ist der Brennstoffkostenanteil an einer Kilowattstunde Strom von 0,5 Pfennig 1973 auf 1,6 Pfennig 1976 gestiegen, was sicherlich über Strompreiserhöhungen wieder hereinkommen soll.

Die Auswirkungen einer solchen Anlage soll dafür das Volk tragen. So gibt selbst der zuständige Ministerialrat im Bundesinnenministerium zu, daß „eine Reihe von Fragen in der Wiederaufbereitung und insbesondere in der Entsorgung noch nicht endgültig im industriellen Maßstab gelöst ist und eine Reihe von Problemen verstärkt Gegenstand von Forschung und Entwicklungsarbeit sein muß". In klaren Worten: Die Sicherheit ist noch nicht gewährleistet, wir fangen aber erst einmal an zu bauen. Daß in den USA gerade alle drei Anlagen solcher Art wieder stillgelegt werden mußten eben aufgrund ihrer Auswirkungen, zeigt, was das bedeutet.

Neben der Möglichkeit einer Explosion im Verlauf eines Unfalls ist das wesentliche Problem die starke Radioaktivität vor allem der gasförmigen Abfälle, die eine Wiederaufbereitungsanlage auswirft. Eine Wiederaufbereitungsanlage hat eine etwa tausendmal so hohe radioaktive Ausstrahlung wie ein „normales" Kernkraftwerk. Die Radioaktivität gelangt vor allem über die Gase Krypton, Jod 129, Jod 131 und Tritium-Wasserstoff in die Umgebung. Es gibt heute noch keine Technik, diese Gase in größerem Umfang zurückzuhalten. Also sollen sie gut verteilt werden, damit die örtliche Konzentration nicht zu hoch wird. Es soll ein 400 Meter hoher Schornstein gebaut werden.

Außer der direkten Bestrahlung, die beim Menschen Krebs, insbesondere Blutkrebs, Mißbildungen, Erbschäden und den Tod hervorrufen kann, treten weitere Folgen auf: Jod reichert sich im Gras an, wird so von den Kühen aufgenommen und reichert sich dann in der Milch an.

Von daher ist geplant, um diese Anlage herum ein hermetisch abgesichertes Areal von 12 Quadratkilometern und einen Sperrbezirk von 30 Quadratkilometern, in dem keine Milchwirtschaft betrieben werden darf und wo nicht mehr als 60 Menschen pro Quadratkilometer wohnen dürfen, einzurichten. Damit wäre die Landwirtschaft, vor allem die Milchwirtschaft, die in allen drei alternativen Standorten in Nienburg/Lichtenmoor, Unterlüß/Celle und Aschendorf/Emsland die wesentliche Lebensgrundlage der Bevölkerung, der Vernichtung preisgegeben.

Zusätzlich zur radioaktiven Belastung verbraucht die Anlage im Jahr 1,2 Millionen Kubikmeter Kühlwasser, welches dem Grundwasser entzogen werden soll. In der Südheide würde diese Senkung des Grundwasserspiegels bei den sandigen und trockenen Böden das Ende der Wälder und Versteppung bewirken.

Die Bevölkerung wehrt sich gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen

Als Argument wird vom Staat immer wieder vorgebracht, eine solche Anlage schaffe neue Arbeitsplätze. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Massenhaft werden Arbeitsplätze in der Land- und Forstwirtschaft sowie ihren Folgeindustrien der Milch- und Käseproduktion vernichtet. Zum anderen werden die Zahlen der Arbeitsplätze, die die KEWA nennt, immer geringer, und wahrscheinlich werden sowieso zum großen Teil Spezialkräfte aus der ganzen BRD dort eingestellt.

Die herrschende Klasse weiß, daß sie mit diesen Plänen auf Widerstand stoßen muß. Vorsorglich sind in mehreren Orten Niedersachsens bereits vor Monaten Stabsrahmenübungen der Polizei durchgeführt worden, bei denen in großem Stil die Bekämpfung von Demonstrationen und Bauplatzbesetzungen geprobt.

An allen in Betracht gezogenen Standorten haben sich sofort Bürgerinitiativen zusammengeschlossen. Veranstaltungen, auf denen über das Projekt diskutiert wurde, wurden von jeweils mehreren Hundert Menschen besucht. Immer war die einhellige Meinung: Der Bau der zentralen Mülldeponie und der Wiederaufbereitungsanlage muß verhindert werden. In Wippingen kamen Anfang Juni dreihundert zu einer Versammlung, in Hermannsburg in der Nähe des Standorts Unterlüß sechshundert, in Walsrode fünfhundert, in Sögel ebenfalls fast dreihundert. In Aschendorf bei Hümlingen haben die Bauern im Mai durch tiefe Gräben, die sie um das für Probebohrungen vorgesehene Gebiet gezogen hatten, verhindert, daß die Baufahrzeuge durchkamen. – (N., Hannover / Redaktion)

Universität Tübingen

Die Rückmeldung wird boykottiert

Zum 15. Juli trat in Baden-Württemberg ein Ersatzgeldererlaß in Kraft, mit welchem von den Studenten an den Hochschulen wieder Studiengebühren, jetzt Ersatzgelder genannt, erhoben werden. Das einzige, was diese Ersatzgelder von den Studiengebühren unterscheidet, ist, daß mit ihnen die Landesregierung die Ausplünderung der Studenten verschärft und willkürlich handhaben kann. 3 bis 4 Millionen DM hofft die Landesregierung so einzustreichen. Der Erlaß sieht vor, daß pro Lehrveranstaltung (und nicht pro Semester wie im vorhergehenden Erlaßentwurf) 10 bis 120 DM für Materialverbrauch usw. von den Studenten erhoben werden können. Das kann sich für die Studenten, vor allem sofern sie auf das BAFöG angewiesen sind, leicht zu einem Betrag anwachsen, der sie zum Abbruch ihres Studiums zwingt. Das wirft ein Schlaglicht auf die Methode, mit der die bürgerlichen Parteien den Abbau des Numerus Clausus betreiben.

Tübingen. „Keine Koppelung an die Rückmeldung!" ist die Parole, unter der die Tübinger Studenten seit nunmehr rund zwei Wochen den Rückmeldeboykott durchführen.

Nachdem das Ministerium nun durch Erlaß und gestützt auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtshofes Mannheim die rechtliche Handhabe hat, die Ersatzgelder einzutreiben, hat der Universitätspräsident Theis dies zum Anlaß genommen, die Bezahlung der Ersatzgelder der letzten drei Semester an die Rückmeldung zu koppeln. Für die Studenten der Naturwissenschaften und der Medizin, von denen diese Gelder seit Semestern verlangt werden und die die Zahlung bisher stets erfolgreich verweigerten, heißt das, daß sie Beträge bis zu 300 DM bezahlen sollen, um sich rückmelden zu können.

Die Studenten der Naturwissenschaften und Medizin reagierten auf diesen Schritt der Universitätsleitung am 22.6. mit einer Vollversammlung vor Rückmeldebeginn, an welcher zirka 300 Studenten teilnahmen. Die Versammlung beschloß, die geforderten Gelder nicht zu bezahlen und die Rückmeldung solange zu boykottieren, bis die Universitätsleitung die Maßnahme, die Rückmeldung an die Bezahlung der Ersatzgelder zu binden, zurücknimmt. Beschlossen wurde ebenfalls, die Studenten der anderen Fakultäten, die künftig ebenfalls Ersatzgelder bezahlen sollen, für den Rückmeldeboykott zu gewinnen, sowie daß die Studentenausweise eingesammelt werden sollen, ohne welche eine Rückmeldung nicht möglich ist.



Tübingen. Boykott der Rückmeldung

Auf diesen Beschluß reagierte der Universitätspräsident Theis mit einem persönlichen Brief an die Studenten, um sie so einzuschüchtern.

Gleichzeitig bot er an, alle Beträge über 60 DM bis zur Rückmeldung für das darauffolgende Semester zu stunden.

Mit solchem Kuhhandel hoffte die Universitätsleitung die Studenten zu spalten, und der Unipräsident Theis berief eigens eine Vollversammlung ein, um seine Ware an den Mann zu bringen. Rund 200 Studenten waren erschienen, die aber dem Präsidenten Theis von Beginn an klar machten, daß man sich auf keine faulen Kompromisse einläßt. Nach einer Stunde brachen die Studenten diese Vollversammlung ab und zogen geschlossen aus, die meisten begaben sich anschließend zur Rückmeldestelle, um die Boykottfront zu stärken.

An den ersten drei Rückmeldetagen wurde der Boykott in der Form durchgeführt, daß sich die Studenten vor der Rückmeldestelle auf den Boden setzten, und zunehmend hatten sich daran auch Studenten der Geisteswissenschaften beteiligt. Andererseits bestand die Schwäche dieser Boykottform darin, daß vor allem die reaktionären Studenten so leichtes Spiel hatten, um sich zurückzumelden, indem sie einfach über die am Boden Sitzenden hinwegstiegen.

Auf einer studentischen Vollversammlung, an der sich wiederum zirka 300 Studenten beteiligten, wurde daraufhin beschlossen, vor der Rückmeldestelle künftig Ketten zu bilden, um so dem Boykottbeschluß Geltung zu verschaffen. Für Studenten, die aus besonderen Gründen dringend auf einen Rückmeldenachweis angewiesen waren, wurde von den Studentenvertretern eine Sonderregelung angewandt.

Auch eine Aufsplitterung der Rückmeldung auf verschiedene Orte, die von der Universitätsleitung daraufhin vorgenommen wurde, konnte die Durchführung des Rückmeldeboykotts nicht verhindern, und in Debatten vor der Rückmeldestelle konnten viele Studenten von der Richtigkeit des Rückmeldeboykotts überzeugt werden, so daß die Boykottfront anwuchs. Im Schnitt beteiligten sich jeweils 300 Studenten am Boykott der Rückmeldestelle. Die Universitätsleitung versuchte daraufhin, mit Hilfe von Hausverboten, darunter an AStA-Mitglieder, und mit Hilfe von Spitzeln, die die Namen von Studenten feststellen sollten, die Studenten einzuschüchtern. Reaktionäre Studenten versuchten sich mit Gewalt durch die Boykottfront zu prügeln.

Wieviel für die Staatsseite bei der Durchsetzung dieses Ersatzgeldererlasses auf dem Spiel steht, kann man daran ermessen, daß die Universitätsleitung dem AStA und den Fachschaften verbot, in den Lehrveranstaltungen und Seminaren über den Boykott zu diskutieren und Resolutionen zu fassen. Das hat freilich wenig genutzt.

Am Mittwoch letzter Woche fand eine weitere studentische Vollversammlung statt, die zeigte, daß die Boykottfront an Stärke gewonnen hatte. Nach Presseschätzungen nahmen 1500 der zirka 17000 Studenten an der Vollversammlung teil, seit langem die größte in Tübingen. Fast einstimmig wurde dabei die Fortführung des Boykotts mit Ketten beschlossen

Gefaßt werden mußte dieser Beschluß gegen die Abwiegelungsversuche der DKP-Studenten, während die Kommunistische Studentengruppe des KABD, eine der größten politischen Studentengruppen in Tübingen, sich an diesem Kampf der Studenten gar nicht beteiligte, da er „kleinbürgerlich" sei. So waren denn nur vereinzelt Mitglieder der KSG beim Boykott anwesend gewesen. Da zu erwarten war, daß die Universitätsverwaltung jetzt dazu übergehen würde, die Rückmeldeunterlagen an die einzelnen Studenten persönlich zu verschicken, für welchen Fall die DKP-Studenten, der SHB, die GEW-Studentengruppe und eine Aktionseinheit bei den Juristen für den Boykottabbruch eingetreten waren, wurde beschlossen, daß die Studenten die Rückmeldeunterlagen ausgefüllt an den AStA statt an die Universitätsverwaltung schicken sollen. Sind kurz vor Ablauf der Rückmeldefrist Ende Juli mehr als 2000 Unterlagen beim AStA, so wird der Boykott fortgeführt.

Im Anschluß an die Vollversammlung wurde von der Mehrheit der Vollversammlungsteilnehmer eine Demonstration in die Stadt durchgeführt.

Nicht nur in dieser breiten Beteiligung an Vollversammlung und Demonstration zeigt sich der bisherige Erfolg des Rückmeldeboykotts. Statt wie bisher 5000 haben sich bislang erst zirka 1000 Studenten zurückgemeldet. Der Präsident Theis hat jetzt die öffentliche Rückmeldung eingestellt und verschickt die restlichen 16000 Rückmeldeunterlagen per Post. – (m./b., Kommunistische Studentenorganisation Tübingen)

Vorschlag für eine bundesweite Aktionswoche und Streik

Hannover. Die Ratssitzung des Verbandes integrierter Studentenschaften an Fachhochschulen, Landesverband Niedersachsen, vom 12.6. sprach sich in einer Resolution für „bundesweite Aktionswochen und Streik im November 1976" aus, als Kampfschritt gegen die Verschärfung der Studien- und Prüfungsordnungen und die Unterdrückung an den Hochschulen. Die Ratssitzung schlug die bundesweite Durchführung einer Streikurabstimmung für die Zeit vom 2. bis 19. November und die Durchführung eines Streiks vom 22. bis 26. November vor.

Hannover. Nicht beschlußfähig war die Konferenz niedersächsischer Studentenschaften vom 28.6. Von seiten des AStA der Universität Osnabrück und der Fachhochschul-ASten wurde die Durchführung eines zentralen und einheitlichen Streiks gegen die Prüfungsverschärfungen und die Verschlechterung der materiellen Lage der Studenten vorgeschlagen sowie der Beschluß des Verbandes integrierter Studentenschaften (siehe obige Meldung) unterstützt. Die SPD-Studenten traten dem entgegen und erklärten, gegenwärtig wären die Studenten nicht bereit, für ihre Interessen in den Streik zu treten, und man müsse abwarten. Auch die Herstellung eines Meinungsbildes über den Antrag zu einem einheitlichen Streik verhinderten sie.

Durch kurzfristige Einladungen zu den Zentralratssitzungen der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), seitens der SPD- und DKP-Studenten im VDS-Vorstand, verhindern diese die Durchführung beschlußfähiger Zentralratssitzungen der VDS, die für die bundesweite Vereinheitlichung der Kämpfe der Studenten notwendig sind. Nachdem bereits die letzte Zentralratssitzung beschlußunfähig gewesen war, konnte auch die Sitzung am 30. Juni wegen Beschlußunfähigkeit nicht durchgeführt werden.

Stuttgart. Einen landesweiten einwöchigen Warnstreik gegen die Einführung von Ersatzgeldern (siehe Bericht auf dieser Seite) hatte ein Koordinationstreffen des Zentralen Aktionskomitees der baden-württembergischen Studentenschaften am 19.6., an dem Vertreter von 9 Hochschulen teilnahmen, beschlossen. Auf der Landesastenkonferenz von Baden-Württemberg am 1.7. verhinderten die SPD-Studenten, daß die Landesastenkonferenz einen entsprechenden Beschluß faßte. Beschlossen wurde stattdessen ein Antrag des AStA Konstanz (Jusos), der zu Semesterbeginn an allen Hochschulen die Durchführung „einer Urabstimmung über Kampfschritte" vorsieht. Zu welchen Fragen die Urabstimmung durchgeführt werden soll und welche Kampfschritte gefaßt werden sollen, wird in der Resolution nicht festgelegt.

Hamburg: Streik am Psychologieinstitut III

Durchsetzung der Rahmenprüfungsordnung verhindert

Hamburg. Am Psychologischen Institut III der Universität Hamburg wurde vom 15. bis 23. Juni aktiv gestreikt. Dem Streik vorausgegangen waren fast zweijährige Auseinandersetzungen der Studenten mit dem Lehrkörper, hauptsächlich Professor Tausch, über die praktische Ausbildung in Gesprächspsychotherapie.

Kernpunkt der Auseinandersetzung waren in dieser Zeit die Versuche von Professor Tausch, die Ausbildung in Gesprächspsychotherapie zu verkürzen, damit die praktische Ausbildung aus dem normalen Universitätsstudiengang hinauszuverlagern und durch die Einführung einer neuen Ausbildungsform nur noch 30 statt aller Studenten zur Gesprächspsychotherapie-Ausbildung zuzulassen.

Diese Maßnahmen sind der Versuch, das bereits verabschiedete Hochschulrahmengesetz und die in Hamburg bei den Psychologen noch nicht verabschiedete Rahmenprüfungsordnung scheibchenweise durchzusetzen. Der Zweck von Hochschulrahmengesetz und Rahmenprüfungsordnung besteht unter anderen darin, die Regelstudienzeit einzuführen (8 oder weniger Semester statt bisher durchschnittlich 12 in Hamburg), dem Diplom die formale Berufseingangsqualifikation abzusprechen und die praktische Therapieausbildung den privaten Berufsverbänden der Psychologen zuzuschanzen. Damit wird für die Masse der Psychologiestudenten die praktische Ausbildung unmöglich, weil diese im Anschluß an das Diplom stattfindende Ausbildung von den Studenten aus eigenen Mitteln bezahlt werden muß.

Gegen diese Maßnahmen haben sich die Studenten bis zu diesem Sommersemester gewehrt, indem sie mit den Lehrbeauftragten für Gesprächspsychotherapie die praktische Ausbildung selber organisiert haben. Zu Beginn dieses Semesters wurde jedoch deutlich, daß das ständige Unterlaufen dieser Maßnahmen dazu geführt hat, daß diese Verschärfungen immer mehr durchgesetzt worden sind.

Aus dieser Lage heraus entwickelte die Psychologiezelle der SSG (der Hochschulorganisation des KBW in Hamburg) den Vorschlag, einen aktiven Streik am Institut III durchzuführen, dem eine Diskussionswoche in allen Seminaren und anschließend eine einwöchige Urabstimmung vorausgehen sollte. Geführt werden sollte der Streik unter Forderungen, die sich für eine mindestens zweijährige Ausbildung, eine ausreichende Anzahl von Lehrbeauftragten einsetzen und sich gegen die Beibehaltung des neuen Ausbildungsmodells wenden. Erreicht werden sollte eine verbindliche Regelung und Anerkennung der studentischen Forderungen durch den Fachbereichsrat.

Dieser Plan wurde vom Fachschaftsrat unterstützt und auf einer Psychologenvollversammlung mit großer Mehrheit angenommen. An der daraufhin eingeleiteten Urabstimmung beteiligten sich 280 von ca. 350 stimmberechtigten Studenten, von diesen stimmten ca. 66 % für Streik, ca. 25 % dagegen, der Rest enthielt sich bei einer offenen Abstimmung auf Unterschriftenlisten. Die Forderungen wurden zu 100 % unterstützt.

In dem Streik fielen sämtliche Lehrveranstaltungen aus, aktive Streikbrecher gab es nicht. Fast jeden Tag wurden politische Veranstaltungen durchgeführt, unter anderem auch zur Kritik der Gesprächspsychotherapie und dem Therapiekonzept von Tausch, was auf großes Interesse unter den Studenten stieß. Es fanden tägliche Streikversammlungen statt, andere Bereiche der Universität wurden informiert und Solidaritätserklärungen aus den übrigen Instituten des Psychologischen Fachbereichsrates trafen ein.

Faktisch durchgesetzt wurden die Forderungen auf 2 Fachbereichsratssitzungen, an denen 130 bzw. 180 Studenten teilnahmen: eingekeilt in die Studenten, die vorher auf einer Vollversammlung beschlossen hatten, die Diskussionsführung selber in die Hand zu nehmen und die Sitzungen zu sprengen, wenn der Fachbereichsrat die Forderungen nicht unterstütze, konnten die Professoren ihre bisher eingeschlagene Abwiegelungstaktik nicht mehr fortsetzen. Sie mußten die studentische Rednerliste akzeptieren und schließlich allen Forderungen zustimmen, wobei Tausch sich enthielt. Vorher hatten die Professoren mit Aussprüchen wie „machen Sie um Gottes Willen nicht noch mal eine Vollversammlung während unserer Sitzung" und „in diesem Hexenkessel kann man keine fundierte Entscheidung treffen", gezeigt, wie sehr ihnen der Kampf der Studenten an die Nieren ging.

Die Tatsache, daß Studenten in einem Streik ihr Streikziel erreichen gegen ein Universitätsgremium, ist unseres Wissens für die Hamburger Universität und die westdeutschen Psychologenfachbereiche kein häufig vorkommendes Ereignis. Wie ist dieser Erfolg nun erreicht worden und wie ist er einzuschätzen? Der Erfolg des Streiks besteht darin, daß eine Verkürzung der Ausbildung verhindert werden konnte, praktische Ausbildungsmöglichkeiten bestehen bleiben und alle Studenten, die einen Seminarplatz haben wollen, diesen auch erhalten; somit die Maßnahmen von Professor Tausch, nämlich der erste größere Versuch, die Rahmenprüfungsordnung praktisch durchzusetzen, verhindert werden konnten.

Es ist weiterhin als Erfolg anzusehen, daß die Studenten im Streik erfahren haben, daß solchen Versuchen nur mit massiven Kampfaktionen begegnet werden kann. Klar wurde, daß diese Aktionen gegenüber den Gremien wie dem Fachbereichsrat entwickelt werden müssen, daß Forderungen wie die nach Mitbestimmung in diesen Gremien, die die Reformisten und Revisionisten aufstellen, in die Niederlage führen.

Einerseits sind somit Verschärfungen erfolgreich bekämpft worden, das ideologische Niveau konnte im Streik gehoben werden und wichtige Kampferfahrungen wurden gemacht. Andererseits beteiligten sich an der Organisierung des Streiks nur ca. 30 Studenten, haben Studenten in kleinen Gruppen während des Streiks privat weiterstudiert und haben einige gegen den Streik gestimmt, weil sie dessen Notwendigkeit nicht sahen oder im Stoff weiterkommen wollten. Deswegen muß die Grundlage solcher Anschauungen, nämlich die durch hohe Psychologenarbeitslosigkeit und die Verweigerung der BAFöG-Weiterförderung nach dem 10. Semester hervorgerufene Angst und Konkurrenz unter den Studenten und das noch nicht restlos gebrochene Vertrauen in bürgerliche psychologische Theorien und Therapiekonzepte, in den nächsten Monaten herausgearbeitet werden. Dazu ist es unbedingt notwendig, die bis zum Streik bestehende Institutsgruppe wieder aufzubauen. Dies ist um so wichtiger, da mit dem Streik zwar die erste praktische Durchsetzung der Rahmenprüfungsordnung verhindert werden konnte, der Kampf gegen die Verabschiedung und Durchsetzung der Rahmenprüfungsordnung aber den Hamburger Psychologiestudenten noch bevorsteht. – (r., SSG Psychologie, Hamburg)

Frankfurt. Bei den Wahlen zum Studentenrat an der Universität wurde die SHI (Spontaneisten) mit 9 Sitzen (7) stärkste Fraktion. Die Juso Hochschulgruppe erhielt 3 Sitze (5). Die DKP-Studenten erhielten 1 Sitz (2). 4 Sitze erhielten die CDU-Studenten (3), zwei Sitze der LHV. Die unabhängigen Fachbereichsgruppen, die erstmals kandidiert hatten, erhielten 2 Sitze. Der KSB erhielt 1 Sitz (2). Den bisherigen AStA stellten die SHI und Juso-Hochschulgruppe.

Heidelberg. Bei den Wahlen zum Studentenparlament an der Pädagogischen Hochschule beteiligten sich rund 29 % der Studenten. Stärkste Fraktion wurde die neugebildete ISG-Liste (Spontaneisten) mit 14 Sitzen. Die Juso-Hochschulgruppe erhielt 9 Sitze (17). Der MSB erhielt keinen Sitz mehr (1). Die reaktionäre USG-Liste erhielt 3 Sitze (6). Die Liste Aktionsprogramm, die von der Kommunistischen Hochschulgruppe unterstützt wurde, erhielt 3 Sitze (5).

Gießen. An den Wahlen zum Studentenparlament der Universität beteiligten sich 38,8 % der Studenten und damit ungefähr 170 mehr als bei den Wahlen 1975. Wie schon zuvor wurde die Juso-AG mit 13 Sitzen (13 im Vorjahr) stärkste Fraktion. Die LHG, die gemeinsam mit den Jusos den AStA stellt, erhielt 4 Sitze (5). Die DKP-Studenten erhielten 3 (3) Sitze. Die reaktionären Studenten vom RCDS erhielten 8 Sitze (6). Die erstmals kandidierende Liste Aktionseinheit, die von der Kommunistischen Studentenorganisation (KSO) unterstützt wurde, erhielt 2 Sitze. Zuvor hatte die KSO eigenständig kandidiert und 3 Sitze gehabt.

Braunschweig. Bei den Wahlen zum Studentischen Rat der Technischen Universität Braunschweig für das Wintersemester 1976/77 erhielten die rechten Studentenorganisationen keinen Sitz mehr (-3). Die Liste „Gewerkschaftliche Orientierung", die von MSB und SHB unterstützt wurde, erhielt 10 Sitze (plus 3), die von den SPD-Studenten unterstützte Liste 8 (plus 2). Die Basisgruppen sind mit 10 Mitgliedern (plus 1) im neuen Studentischen Rat vertreten. Die Liste der Instituts- und Fachbereichsgruppen, auf der auch die Mitglieder des Kommunistischen Studentenbundes kandidierten, erhielten 12 Sitze (plus 6).

Hamburg. Bei den Wahlen zum Studentenparlament an der Universität betrug die Wahlbeteiligung 31 % gegenüber 40 % bei den letzten Wahlen. DKP- und SHB-Studenten erhielten 35,8 % und verloren damit rund 1000 Stimmen. Die Jusos erhielten 20,9 % und gewannen ca. 600 Stimmen. Die Reaktionäre (RCDS und LHV) verloren ca. 800 Stimmen und erhielten 26,8 %. Die KB-Nord-Studenten verloren ca. 520 Stimmen und erhielten 12,7 %. Die SSG verlor 183 Stimmen und erhielt 3,6 %.

Rennerod (Saarland)

Tag der offenen Tür – alles Schwindel

Rennerod (Saarland). Am Sonntag, dem 13. Juni, fand in der Alsberg-Kaserne in Rennerod ein „Tag der offenen Tür" statt. Dieser Tag sollte dazu dienen, „das Verständnis und die Zusammenarbeit Bundeswehr – Bevölkerung zu verbessern und zu vertiefen". Viele Soldaten der Alsberg-Kaserne sind sich einig: alles Schwindel von vorne bis hinten! So wie es in der Kaserne war, sah es nur vor drei Jahren aus – beim letzten Tag der offenen Tür. Vier Tage lang haben wir die ganze Kaserne geschrubbt und gewienert. Einige von uns bekamen eine Lymphknotenentzündung. Das kam daher, weil wir vorher gegen Pocken geimpft wurden und man sich bekanntlich nach einer solchen Impfung nicht anstrengen darf. Aber beim Bund ist es so, daß alle Schutzmaßnahmen und sonstiges nur gilt, „sofern es dienstlichen Belangen nicht entgegensteht". Und die dienstlichen Belange waren die, die Kaserne so zu „tarnen", daß es hier aussah wie in einem Erholungsheim.

Wir haben von dem Oberleutnant gesagt bekommen, wir sollen der Bevölkerung höflich, aber bestimmt gegenübertreten. Wahrscheinlich meint er damit, daß wir jedem entgegentreten sollen, der was gegen die Bundeswehr sagt. Sind wir aber nicht! Wir haben uns vorher abgesprochen, daß wir allen Leuten die Wahrheit sagen, wie es hier ist. Ein wesentlicher Punkt war das feierliche Gelöbnis der Rekruten der Nachschubkompanie 150 und des 7./Sanitätsbataillons 5. Die Rekruten sollten an diesem Tage geloben und vor aller Öffentlichkeit bekunden, daß sie „der Bundesrepublik Deutschland treu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer verteidigen". (§ 7 Soldatengesetz)

Schon lange vor dem Tag gab es rege Debatten über das Gelöbnis. Dann haben wir eine Versammlung gemacht, an der eine ganze Reihe Kameraden teilnahmen. Ein Kamerad hat auf dieser Versammlung ein Referat gehalten, wobei die wesentlichen Punkte waren: Die Kriegsgefahr auf der Welt entspringt dem Ringen der beiden Supermächte USA und Sowjetunion um Einfluß, Rohstoffquellen, Kapitalanlagesphären und Arbeitskräfte. Auch die BRD ist ein imperialistisches Land, und die Reichen haben nach dem Kriege viel Kapital angesammelt. Infolge der immer fortschreitenden Monopolisierung des Kapitals kann es hier nicht mehr gewinnbringend angelegt werden und die Kapitalisten sind gezwungen, es irgendwo in der Welt zu investieren. Wegen der Konkurrenz müssen sie sich auch da immer weiter ausdehnen, was zur Folge hat, daß wir hier in der BRD schneller arbeiten müssen. Er kam zum Schluß, daß die Bundeswehr eine Armee ist, die im Ernstfall nach innen „für Ruhe sorgt und nach außen gegen andere Völker vorgeht". Am Schluß sagte er, daß das Volk mit der Waffe in der Hand seine Freiheit erkämpfen und die Kriegstreiber verjagen muß.

Es gab dann eine lange Debatte, wo sich jeder über die Bundeswehr empörte und sich Luft machte. Natürlich gab es über viele Punkte des Referates nicht immer Einigkeit. Aber festhalten kann man: Diese Versammlung hat dazu beigetragen, daß wir uns über diese Lage klar werden. So etwas müßte öfter sein, haben die meisten gesagt, dann brauchte man sich nicht immer vollaufen lassen.

Freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr, das ist unbedingt notwendig. Schließlich haben die meisten mit mulmigen Gefühlen ihr feierliches Gelöbnis abgelegt. „Es wäre gut, wenn wir alle verweigern würden." Aber wie ist es denn: Wenn wir von unserem **Recht** Gebrauch machen, das Gelöbnis zu verweigern, dann gibt's Druck. Man wird nicht Gefreiter, das heißt 40 DM weniger im Monat. Und wenn du in die neue Kompanie kommst, dann bist du alleine und „vorgemerkt". Natürlich hat kaum einer mit dem Herzen „gelobt", daß er im „Ernstfall" als Kanonenfutter für die Reichen in den Krieg zieht. Viele haben gar nicht mitgesprochen. Zwei Kameraden haben sich einen Tag vorher gemeldet und haben gesagt, daß sie das Gelöbnis nicht ablegen wollen. Sie mußten einen „Antrag" (für ihr „Recht") stellen und durften anschließend das Geschäftszimmer reinigen und GvD zbw. Telefondienst machen.

Wenn wir jetzt am 28. Juni die Grundausbildung rum haben, werden wir wieder auseinandergerissen und kommen in die Stammeinheit. Selbst wenn der Druck, der bei den Sanis ja nicht so ist wie bei den Pionieren oder Panzergrenadieren, nachläßt, dürfen wir uns nicht den Kopf vernebeln lassen. Wir müssen uns immer fragen: Wem dient das, was wir hier lernen, dient das dem Volk oder ist es gegen das Volk? Fest steht: Wir, die wir Arbeiter in Uniform sind, wir werden uns niemals etwa gegen unsere streikenden Kollegen einsetzen lassen. Wir werden nach den Ursachen des Krieges forschen, sie ganz bestimmt herausfinden und sie beseitigen. – (Vier Soldaten der Alsberg-Kaserne)

Gewerkschaftsarbeit behindert

Munster. Der Schütze R. von der Nachschubkompanie 90 Munster ist als Vertreter der IG Metall in seiner Heimatstadt gewählt worden. Für die Vertreterversammlung am 22.6. wurde ihm kein Sonderurlaub gewährt. Es sei zuviel Arbeit da. Erst hieß es, es wären wegen Urlaub und Entlassungswoche nur drei von sechs Soldaten da, deshalb sei er nicht zu entbehren. Am betreffenden Tag waren dann aber plötzlich fünf da. Andere Soldaten hätten also die Arbeit übernehmen können, denn so schwierig ist sie nicht.

Offensichtlich ist der Bundeswehr die gewerkschaftliche Betätigung von Soldaten ein Dorn im Auge. Wenn Arbeiter sich in Gewerkschaften zusammenschließen, so ist das schädlich für die Kapitalisten und nützlich für die Arbeiter.

Wenn Arbeiter, die nur 15 Monate beim Bund sind, das auch als Soldaten tun, so ist das besonders schädlich für die Kapitalisten. Denn sie sollen als Soldaten das Eigentum der Kapitalisten verteidigen und nicht ihre Verbundenheit mit der Arbeiterklasse demonstrieren. – (Soldaten- und Reservistenkomitee Munster)

Vetters Vertrauenserklärung ans Offizierskorps

Der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter hat für mehrere Tage die Bundeswehr besucht. Anschließend hat er sich darüber zufrieden geäußert, daß „die Bundeswehr ... dem heutigen Staat loyal gegenüberstehe. Damit hätten sich die Einwände der Gewerkschaften aus den fünfziger Jahren gegen eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik nicht bestätigt." Das ist eine Vertrauenserklärung an das Offizierskorps der Bundeswehr. Ausgesprochen zu einem Zeitpunkt, wo die Kriegsgefahr im Wettrüsten aller imperialistischen Mächte fühlbar wird und die westdeutsche Bourgeoisie rüstet, um im Krieg ihre imperialistischen Ziele zu vertreten. Eine Vertrauenserklärung freilich nicht vom Standpunkt eines Gewerkschaftsvorsitzenden aus, sondern aus der Sicht eines bürgerlichen Politikers, dem die Loyalität gegenüber dem „heutigen Staat" das höchste der Güter ist.

An dem Vertrauen der wehrpflichtigen Arbeiter und Angestellten, die die Masse der Soldaten stellen, war dem DGB-Vorsitzenden nicht gelegen. Keine ihrer Forderungen hat er gegenüber der Generalität, die ihn eingeladen hat, vertreten. Weder die Lohnfortzahlung für die einberufenen Wehrpflichtigen noch das Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung. Nicht das Recht auf Kündigung für Zeitsoldaten. Die Unterdrückung der Soldaten mit Hilfe der Disziplinarordnung, der Beschiß in den Kantinen: kein Wort zu alledem von dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Statt dessen schweifwedelnde Verbeugungen vor Generälen und Obersten und Verabredungen zu besseren Kontakten. Das Auftreten dieses Kontaktsuchers vor dem Offiziersgesindel ist eine Beleidigung für die ganze organisierte Arbeiterbewegung in Westdeutschland gewesen.

Besonders gelobt wurde die Bundeswehrführung von Vetter dafür, „daß die Armee die Plätze für Auszubildende erhöht habe, um ihrerseits einen Beitrag zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu leisten". Ein Lob also dafür, daß die Bundeswehrführung die Not vieler jugendlicher Arbeitsloser nutzt, um Söldner aus ihnen zu werben, die von ihrer Klasse getrennt und zum Werkzeug in der Hand der besitzenden Klassen gepreßt werden.

Vetter hat sich schließlich verstiegen, für Offizierskorps und Bundeswehrführung einen vollständigen Freibrief zu fordern: „Die Bundeswehr könne noch viel mehr ‚Dienst für den Bürger' leisten als bisher, wenn man sie nur lasse." Folgt man Vetter, so muß es sich bei der alten Nazigeneralität, die nach wie vor die Führung inne hat, und bei denen, die durch ihre Schule gegangen sind, um einen reinen Wohltätigkeitsverein handeln, dem man nur nicht die genügende Luft läßt, sich zu entfalten.

Die Spitzen des westdeutschen Offizierskorps sind in ihrer Loyalität gegenüber der Bourgeoisklasse erprobt. Schon vor mehr als 30 Jahren waren sie dabei, als die imperialistische deutsche Bourgeoisie versuchte, Europa zu unterwerfen und nach der Weltherrschaft zu greifen. Das Offizierskorps steht auch dem heutigen Staat der westdeutschen Bourgeoisie loyal gegenüber. Das ist kein Wunder: Es stammt zum Teil aus ihren Reihen, wird von ihr ausgesucht und ausgebildet und bezieht dafür bedeutende Gehälter, Orden und Ehrenzeichen. Das Handwerksgeschick dieses Offizierskorps besteht zu einem beträchtlichen Teil darin, Jahr für Jahr Soldaten aus der Arbeiterklasse und dem Volk dem Willen der Bourgeoisie zu unterwerfen und ihren Zwecken dienstbar zu machen.

Gerade gegenwärtig betreibt die Bundeswehrführung eine breitangelegte Kampagne, um das vergessen zu machen und den Kampf der Soldaten um ihre Rechte gleichzeitig heftig zu unterdrücken und seine Existenz zu verleugnen. Die Disziplin sei noch nie so gut gewesen, wird gesagt, während die kalkulierten Einnahmen aus Strafen (Dizis) Rekordhöhe erreichen. Vetter hat durch seinen Besuch und in seinen Verlautbarungen diesem Vorgehen der Bundeswehrführung gegen die Soldaten volle Deckung gegeben.



Am Tag der offenen Tür. Türken für die Besucher.

Brief eines Zeitsoldaten

Disziplinarstrafe statt Kündigungsrecht

Ingolstadt. Ich bin W 15 und leiste meinen Dienst in der Pionier-Kaserne in Ingolstadt ab. Anfangs wollte ich mich auf vier Jahre bei der Bundeswehr verpflichten, weil ich arbeitslos war. Also, habe ich mir gedacht, verpflichte ich mich. Nach den vier Jahren bekommst du wieder eine Arbeitsstelle. Ich habe dann bei unserem Kompaniespieß unterschrieben. Und wie es halt so ist, merkt man erst später, wie der Hase läuft.

Dies hat sich dann immer am deutlichsten gezeigt, wenn wir Soldaten versuchten, unsere Meinung kundzutun, und es dann geheißen hat: „Sie sind nicht nach Ihrer Meinung gefragt, die zählt hier nicht."

Wollten wir unsere Ansichten durchsetzen, hatte es dann gleich geheißen, „wenn's Ihnen nicht paßt, können Sie mal übers Wochenende dableiben". Mit solchen Druckmitteln konnten der Zugführer oder die Gruppenführer uns dann einschüchtern, jeder wollte so schnell wie möglich aus der Kaserne raus und vor allem am Wochenende, was verständlich ist, weil wir ja nicht freiwillig bei dieser Armee sind.

Aber auch andere Beispiele gibt es da. Wenn du beim Technischen Dienst (Ausbesserungen und Reparieren der Panzer und LKW) eine Schraube rechtsrum reindrehst (wie es normal ist), kommt der Stabsunteroffizier her und sagt, diese Schraube gehört links reingeschraubt, dann gehört sie halt linksrum und nichts anderes. Befehl ist Befehl. Also heißt das nichts anderes als daß du als normaler Soldat nicht zu denken hast, keine selbständige Arbeit, sondern alles nach Befehl.

Auf jeden Fall habe ich mir gedacht, das hältst du bei diesem Verein nicht aus. Aber was sollte ich machen: Unterschrieben hatte ich schon, und den Vertrag zurückziehen, das geht auch nicht. Trotzdem bin ich nochmals zum Spieß gegangen und habe ihm erklärt, warum ich keine vier Jahre machen will. Der hat mir dann nur geantwortet: „Diese vier Jahre bekommen Sie auch noch rum."

Am nächsten Wochenende habe ich dann zu mir gesagt: Bleibst mal länger zu Hause, ohne dich zu melden, vielleicht stufen sie mich auf W 15 zurück. Als ich aus dem „verlängerten Wochenende" zurückkam, mußte ich gleich zum Spieß. Dieser schnauzte mich an, wo ich die zwei Tage war und warum ich nicht angerufen hätte. Worauf ich ihm erklärte, daß ich wegen dieser komischen Verpflichtung sei. Kurz darauf mußte ich zum Kompaniespieß, der dann alles aufprotokollierte, was ich zum Spieß gesagt habe.

Wochen später bekam ich eine Disziplinarbuße von 70 DM und 7 Tage verschärfte Ausgangssperre. Die 70 DM bekam ich auf einmal abgezogen, da kann man sich wohl denken, wie ich noch rausbekam, ganze 35 DM. Auf jeden Fall bin ich der Ansicht, daß die Zeitsoldaten das Recht brauchen, jederzeit den Vertrag zu kündigen.

G., Pionier-Kaserne Ingolstadt

Bremen

Wachdienst erhebt Forderungen

Bremen. Als Wachsoldat steht man mit einem Bein im Gefängnis. In unserer Kaserne ist das tägliche Wechseln der Kasernenwache seit dem 1.4.76 abgeschafft worden. Stattdessen werden zwei Wachzüge eingerichtet, mit je 8 Mann, die im 24-Stunden-Turnus von 16 bis 16 Uhr Wache schieben. Dieser Turnus geht über 14 Tage, so daß man siebenmal Wache hat und siebenmal wachfrei. Das ist eine sehr beschissene Regelung für Kameraden, die aus dem Ruhrgebiet kommen, da sie drei Wochen nicht nach Hause kommen, da die Wache immer für die erste Gruppe donnerstags und für die zweite Gruppe freitags anfängt. Großzügig bekommen am Ende der Wache alle Wachsoldaten vier Tage frei: zwei Werktage und Samstag/Sonntag. Jeder ist mit der Sache dran, so diesmal auch ich.

Schon bei der Wachbelehrung sträubten sich mir die Haare zu Berge. Wer Wachvergehen begeht, d.h. wer seinen Posten verläßt, wer während des Streifengangs außerdienstliche Gespräche führt, nicht fünf Meter versetzt zum Streifenkameraden läuft, wer ißt, raucht oder den Streifenweg verläßt um z.B. Zigaretten zu ziehen, wird bestraft. Die Batteriechefs unseres Bataillons sind sich einig: Sie geben solche Vorfälle an die Staatsanwaltschaft ab und man ist dann zivil vorbestraft. Der Kasernenoffizier hat sich noch eine weitere Schikane ausgedacht. Wer z.B. als Posten am Tor Offiziere nicht zackig grüßt und bei Wachvorgesetzten versäumt, eine Meldung zu machen, oder wenn ein Wachvergehen nicht unbedingt nachgewiesen werden kann, der bekommt dann Minuspunkte. Man kann auch Pluspunkte holen!

Dieses Punktsystem dient den Chefs dazu, darüber zu entscheiden, ob man schnell wieder auf Wachposten steht, oder wer Pluspunkte hat, bleibt vorläufig davon verschont.

Geschlafen werden darf auf der Wache nur in dem Zeitraum von 22 bis 6 Uhr. Jeder Wachsoldat wird von diesen 8 Stunden aber nur 2 Stunden schlafen, weil er den Rest der Zeit entweder Streife läuft oder Torposten hat (4 bzw. 2 Stunden).

Meiner Wachgruppe stank die Wache unendlich. Wir beschlossen, einen Forderungskatalog an den Kasernenoffizier zu stellen:

1. Mehr Schlaf
Der Truppenarzt ist auf unserer Seite und bestätigt, daß zwei Stunden gesundheitlich nicht zu verantworten sind.
2. Kühlschrank
Die Abend- und Nachtverpflegung fängt im Sommer schon an zu schimmeln, bevor die Essenszeit dran ist. Außerdem setzen sich Fliegen auf das Essen.
3. Teller
Bisher mußte man das Brot in die Hand nehmen, um es zu schmieren. Der Tisch ist grundsätzlich verschmiert und dreckig von Zigarettenasche, Obstschalen, ausgekippten Getränken usw.
4. Kaffeemaschine
Wir haben keine Gelegenheit, heiße Getränke einzunehmen, wenn wir von draußen kommen.
5. Ein Tag mehr wachfrei
6. Saubere Bettwäsche
Die Bettwäsche verdreckt nach einer Nacht, weil man mit Stiefeln und übriger Uniform schläft.

Dieser Katalog wurde dem Kasernenoffizier von einem Vertreter der Wachgruppe vorgelegt. Der konnte bis auf den zusätzlichen Tag wachfrei immer nur mit dem Kopf nicken.

Der Katalog soll zwei Tage später dem Kasernenkommandanten vorgelegt werden. Die Kameraden meinten, man sollte diesen Katalog auch in den verschiedenen Einheiten verankern, damit daraufhin die anderen Wachen nicht hintergangen werden und damit der Katalog auch breite Unterstützung bekommt. Die Vertrauensleute aus den Einheiten sollten sich öfters zusammensetzen und den Erfolg dieser Sache überprüfen. – (Aus: Volksmiliz, Soldaten- und Reservistenkomitee Bremen)

Spanien

Der Streik bei Motor Iberica wird fortgesetzt

In der letzten Nummer der KVZ berichteten wir über den Streik der Arbeiter von Motor Iberica in Barcelona. Der Streik dauert nun seit über zwei Monaten an. Die Frauen der streikenden Arbeiter, die seit dem 1. Juni eine Kirche besetzt hielten, sind in der letzten Woche von einer Polizeiübermacht vertrieben worden. Der Streik wird unvermindert weitergeführt und findet breite Unterstützung.



Barcelona. Der Streik bei Motor Iberica wird unvermindert weitergeführt.

Am 28. Juni nachts haben Einheiten der Guardia Civil die von den Frauen von Motor Iberica besetzt gehaltene Kirche in Barcelona geräumt. In der letzten Juniwoche, der vierten Woche der Besetzung von San Andreu, war die Lage äußerst angespannt gewesen: Man mußte täglich mit dem Überfall durch die Polizei rechnen, nachdem diese eigenhändig das Kirchenportal zugemauert hatte. Sie hatte dadurch versucht, die Besetzung durch die Frauen in eine Belagerung durch die Staatsgewalt zu verwandeln. Sie hoffte wohl, die Eingeschlossenen so von der Bevölkerung zu isolieren. Das Gegenteil trat ein: Die gesamte Versorgung und der Austausch von Nachrichten wurden über eine kleine, bewachte Seitentür abgewickelt. Die Kommissionen des Stadtviertels übernahmen die Bewachung der Kirche in Schichten rund um die Uhr, um die Frauen jederzeit warnen zu können. Die Frauen selbst wurden immer kämpferischer. Sie hatten eine Polizeieinheit, die getarnt als sympathisierende Besucher in die Kirche eingedrungen waren, erkannt und hinausgeprügelt. Sie zogen wieder die Arbeitsanzüge ihrer Männer an, um bei den zu erwartenden erneuten Angriffen durch die Polizei sich nicht anonym abführen lassen zu müssen. Sie wollten überall, wohin man sie bringen würde, als die Frauen von Motor Iberica erkannt werden.

Am Samstag, 26. Juni, gab es auf dem Platz vor der Kirche Kundgebungen für die Frauen und Kinder in der Kirche und für die Forderungen der Arbeiter von Motor Iberica. Große Teile der Bevölkerung haben sich hier wieder solidarisiert. Mit tosendem Glockengeläut hatten die Frauen die ganze Stadt herangerufen. Ein riesiger Demonstrationszug marschierte von der Kirche aus los, abrupte Kehrtwendung nach einigen Hundert Metern zurück zur Kirche und daran vorbei, unter den Parolen: „Arbeit ja – Entlassungen nein! Es leben die Frauen von Motor Iberica! Es lebe der Kampf von Motor Iberica! Vereinte Arbeiter werden niemals besiegt!"

Die Kinder haben aus den Durchbrüchen im Mauerwerk unzählige Luftballons aufsteigen lassen, an jedem die Parolen von Motor Iberica befestigt. Immer wieder: kurze Unterbrechung des Geläuts – Totenstille auf dem Platz. An verschiedenen Punkten klettern Arbeiter auf Laternenpfähle, halten eine kurze Ansprache, verschwinden in der Masse, bevor die am Rande lauernden „Grises" (die bewaffnete Polizei in grauen Uniformen) zugreifen können. Tosendes Geläut wechselt mit kurzen Ansprachen. Geballte Fäuste der Frauen strecken sich aus allen Öffnungen der Kirchenmauern. Dann: blitzartige Auflösung der ganzen Demonstration hat es der Polizei unmöglich gemacht, sich jemanden zu greifen.

Am Montag darauf haben sie dann die Kirche „gesäubert", nachdem der Provinzgouverneur sich eingeschaltet und verlangt hatte, daß endlich dieser Schmutz aus dem Gotteshaus beseitigt werden müsse. Auf Widerhall bei der Bevölkerung konnte er damit ganz gewiß nicht treffen, denn die Frauen hatten die Kirche zu dem gemacht, was sie brauchen: einem großen, sicheren Versammlungsort, wo der Altar nichts Heiliges mehr ist, sondern dazu diente, die Kinder zu wickeln.

In den letzten Streikwochen ist eine Forderung immer mehr in den Mittelpunkt gerückt, die zunehmend in allen Arbeitskämpfen in Spanien erhoben wird: die Forderung nach der „Amnestia laboral" (Arbeitsamnestie), d.h. konkret: Wiedereinstellung aller Arbeiter, die bei Arbeitskämpfen auf die Straße geworfen wurden bis zurück zum Jahre 1939. In einzelnen Betrieben hat dies schon zu großen Erfolgen geführt:

– Bei SEAT erreichten die Arbeiter die Wiedereinstellung von fast allen 400 Kollegen, die 1974 bei Arbeitskämpfen entlassen worden waren.

– In der Kesselschmiede Babcock & Wilcox setzten die Arbeiter vor einigen Wochen die Wiedereinstellung aller Arbeiter durch, die seit 1939 aus Streikgründen entlassen worden waren.

– Anfang Mai wurden bei Siemens Cornellà (Barcelona) 40 Arbeiter wieder eingestellt, die 1962 entlassen worden waren,

– ebenso acht Arbeiter bei Clausor Cornellà (Entlassung 1972).

– Durchsetzung der Amnestia laboral in den staatlichen Bergwerksgesellschaften Hunosa und im Stahlwerk Ensidesa.

Auch bei Motor Iberica geht es jetzt schwerpunktmäßig um die Forderung nach Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen. Bei dieser Forderung entwickeln die Arbeiter die größte Hartnäckigkeit. Bei der Forderung nach Rücknahme aller Maßregelungen haben die Arbeiter dagegen den Kompromiß angeboten, Aussperrungen einiger Arbeiter bis zu sechs Monaten hinzunehmen, eine Zeit, die nur überbrückt werden kann, wenn die Streikkasse durch die internationale Solidaritätsaktion weiter gefüllt wird. Informiert deshalb über den Streik bei Motor Iberica, sammelt in euren Abteilungen und Dienststellen und schickt dieses Unterstützungsgeld auf das Konto:

Postscheckkonto Hamburg Nr. 26 21 55-200, Uwe Mäffert, Stichwort: Motor Iberica.

Es lebe die Einheit im Kampf bei Motor Iberica! Für Arbeit, Brot und Freiheit! – (w.t.)

Bankenstreit um Verluste aus Großtankerbankrott

„Betrug, Täuschung, Verschleierung, Verheimlichung und Vorspiegelung falscher Tatsachen" (Handelsblatt, 2. Juni) werfen fünf führende amerikanische Regionalbanken der European American Banking Corporation (EAB) vor, weil die EAB bei einem Kreditgeschäft im Großtankerbau den beteiligten amerikanischen Banken Informationen vorenthalten haben soll. Der Reeder Colocotronis, der den Kredit erhalten hat, steht inzwischen vor dem Ruin, die Zins- und Tilgungszahlungen sind eingestellt worden.

32 Milliarden Dollar sind in den letzten Jahren in den Großtankerbau an Krediten gegeben worden. An diesem Tankergeschäft haben sich auch die deutschen Großbanken beteiligt. Zur Kreditierung des Tankerbaus und zum Zwecke der Bodenspekulation haben sechs westeuropäische Großbanken eine internationale Bank, die European American Banking Corporation (EAB) gegründet. Beteiligt sind daran die Creditanstalt-Bankverein Wien, die Amsterdam-Rotterdam Bank N.V., die Société Générale Paris, der Société Générale de Banque S.A. Brüssel, die Midland Bank Ltd. London und die Deutsche Bank, die mit einem Anteil von 20,125 Prozent die Führung in dem Bankensyndikat innehat. In der BRD ist speziell zu diesem Zweck die Deutsche Schiffahrtsbank Bremen gegründet worden, in der die Deutsche Bank mit einem Anteil von 25 Prozent und die Dresdner Bank eine Schlüsselstellung haben.

Zum ersten Mal in der Geschichte des Finanzkapitals klagen Banken ihre Forderungen nach den Zinsen und den Kreditrückzahlungen nicht beim Kreditempfänger, sondern der führenden Bank bei der Vergabe der Kredite ein. Weil aus den erhofften Spekulationsgewinnen im Erdölgeschäft durch den entschlossenen Kampf der erdölproduzierenden Länder zur Verteidigung ihres natürlichen Reichtums Öl wenig geworden ist, Milliarden aber schon investiert sind, fallen die beteiligten Banken jetzt übereinander her.

Die Summen für die Finanzierung von Großtankerprojekten sind so groß, daß einzelne Banken die Kredite nicht aufbringen können. Zur Finanzierung der Colocotronis-Großtanker bildeten 25 Banken ein Konsortium. Mehrere Banken gaben die Kredite, und die führende Bank garantiert durch ihre Unterschrift die Angaben über die Kreditgarantien. Neben den Zinsen streichen die beteiligten Banken dabei noch 1 Prozent der gesamten Kreditsumme als sogenanntes „management fee" ein. Das EAB-Konsortium hat dem griechischen Reeder Colocotronis für den Bau einiger Großtanker Kredite in Höhe von 108 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt.

Die beiden größten Schiffe, die „Vassiliki Colocotronis" und die „Ioannis Colocotronis" – zu einem Durchschnittspreis von je 175 Millionen DM – wurden zu 100 Prozent über Bankkredite finanziert. An dem EAB-Kredit hatten sich u.a. die Deutsche Bank mit 4,8 Millionen Dollar und die Oetker-Finanz mit 2,8 Millionen Dollar beteiligt. Der Sozialimperialismus ist über die Moscow Narodny Bank mit 1,33 Millionen Dollar beteiligt. (Frankfurter Rundschau, 28. Mai) Insgesamt hatte sich der Reeder Colocotronis gegenüber dem Finanzkapital mit 320 Millionen Dollar verschuldet. 70 Banken bildeten drei Colocotronis-Konsortien in den USA und Europa.

Der Reeder Colocotronis hatte vor 15 Jahren mit einem Schiff angefangen. Inzwischen besitzt er 52 Schiffe. Finanziert hat er sein Imperium durch Kredite. Die Banken haben ihm die Kredite bereitwillig gewährt, denn sie haben daran am meisten verdient. Jetzt hat er sich verspekuliert. Die neugebauten Großtanker bekamen kaum Lieferaufträge, sie verrosten und verrotten. Der Geschäftsführer einer Hamburger Großreederei hat ausgerechnet, daß der Tanker „Wilhelmine Essberger", der vor der deutschen Küste mangels Aufträgen verrostet, monatlich 210 000 DM Liegekosten und 520 000 DM Zinslasten verursacht. Da die Großtanker bei Verkauf höchstens ein Drittel des Anschaffungspreises einbringen, versuchen die Banken den Konkurs des Reeders zu verhindern und ihn mit weiteren Krediten über Wasser zu halten.

Da dieses Vorgehen – Inkaufnehmen vorübergehender Verluste in der Hoffnung späterer Gewinne – nur die Großbanken durchführen können, haben die beteiligten kleineren amerikanischen Banken jetzt zu dem Mittel der Klage gegen den Konsortialführer EAB gegriffen. Gleichzeitig hoffen dadurch die amerikanischen Banken die europäischen wieder vom amerikanischen Markt zu verdrängen. „Lange schon Markt zu verdrängen. „Lange habe man auf eine solche Gelegenheit gewartet, der ungeliebten europäischen Konkurrenz eins auszuwischen." (Handelsblatt, 2. Juni)

Der Imperialismus hat eine ganze Schicht von Rentiers und Couponschneidern hervorgebracht, die sich an solchen Spekulationsgeschäften wie der Kreditvergabe für Großtanker bereichern. In ihrer heftigen Rivalität um Einflußsphären in der Welt kriegen sie sich dabei notwendig gegenseitig in die Haare. Klagen vor Gericht sowie Gesetze gegen den Einfluß ausländischer Banken sind dabei nur die Vorboten verschärfter Auseinandersetzung. – (pmg/ds, Westberlin)

60 000 demonstrierten in San Sebastian

Am 4. Juli hat in San Sebastian eine Demonstration mit über 60 000 Teilnehmern stattgefunden unter der Losung: Nieder mit den Faschisten! Besonders im Baskenland sind in der letzten Zeit gehäuft Anschläge auf Sprecher der Arbeiter in Arbeitskämpfen verübt worden. Bekannt sind die Anschläge, die auf linke Buchhandlungen verübt werden. Die faschistische Bande der „Christkönigskrieger" zeichnet offiziell verantwortlich.

Neuer Ministerpräsident in Spanien

Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Arias wurde Adolfo Suarez Gonzalez zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Suarez ist führendes Mitglied der neugebildeten faschistischen Sammelpartei UPDE, war Generalsekretär des spanischen Fernsehens, Zivilgouverneur in Segovia und Minister unter Franco für das Movimiento, die faschistische Staatspartei Francos.

„Liberalisierung"

Wie die „Liberalisierung" in Spanien aussieht, zeigen folgende Angaben: Allein in den ersten Monaten dieses Jahres haben 4 000 Prozesse vor dem Sondergericht für öffentliche Ordnung mit insgesamt über 7 000 Angeklagten stattgefunden.

Sozialimperialistische Ausplünderung

Mehr als verdreifacht hat die sozialimperialistische Sowjetunion zwischen 1973 und 1975 den Preis, zu welchem sie Erdöl und Erdölprodukte an die Comecon-Länder, insbesondere an die osteuropäischen Länder, verkauft. Betrug der Preis pro Tonne Erdöl 1973 16 Rubel, so 1974 18,2 und 1975 33,43 Rubel. Eine weitere Preiserhöhung wurde 1976 vorgenommen. Diesen Markt in den Comecon-Ländern hat sich die Sowjetunion dadurch geöffnet, daß im Rahmen der Arbeitsteilung zwischen den Comecon-Staaten großenteils die Rohstoffressourcen dieser Länder nicht erschlossen werden, wodurch sie von sowjetischen Erdöllieferungen abhängig sind. Diese Abhängigkeit nützt die Sowjetunion jetzt verstärkt zur Ausplünderung dieser Länder über den Warenhandel aus. Wurden bisher die Erdölpreise jeweils für den Zeitraum einer Fünfjahresplanperiode festgelegt, so konnte die Sowjetunion gegenüber den Comecon-Ländern Anfang 1975 durchsetzen, daß die Preise jetzt jährlich neu festgelegt werden. Nichts anderes wird dies bewirken, als eine beschleunigte Ausplünderung der Comecon-Länder durch die sozialimperialistische Sowjetunion. (Zahlen nach: Nachrichten für den Außenhandel, 1. Juli)





Am 3. Juli, einen Tag vor den 200-Jahr-Feiern der US-Truppen in Westberlin, führten KBW und Gruppe Roter Morgen eine Demonstration gegen die Propagandafeier für den US-Imperialismus durch. Angeprangert wurden die Verbrechen des US-Imperialismus, gefeiert die Siege der Völker über ihn. „Alliierte Truppen raus aus Westdeutschland und Westberlin", wurde auf Transparenten und in Sprechchören gefordert. 550 nahmen an der Demonstration durch die Innenstadt teil. – Während der Truppenparade am 4. Juli vor dem US-Hauptquartier, auf der die Spitzen der örtlichen Bourgeoisie samt regierendem Bürgermeister anwesend waren, verteilten Mitglieder des KBW und der Gruppe Rote Fahne Flugblätter. Insgesamt 25 Flugblattverteiler wurden von der Polizei aus Diskussionsgruppen herausgegriffen und verhaftet, Mitglieder des KBW und der Gruppe Rote Fahne.

Eine Großveranstaltung des KBW am Abend in der Hasenheide wurde von 600 besucht. 3 030 DM konnten für den Befreiungskampf derZANU in Zimbabwe gesammelt werden. (Bilder von der Demonstration am 3. Juli)

Die polnische Arbeiterklasse kämpft gegen die Herrschaft der neuen Bourgeoisie

„Kriminelle", „parasitäre, halbstarke und antisozialistische Elemente", „angetrunkene halbstarke und hysterische Frauen", „Aktion von Meuterern und Strolchen", das sind die Worte, die die polnische Regierung jetzt gebraucht, um die Widerstandsaktionen gegen ihre Maßnahmen zu bezeichnen. Aber hat die Regierung wegen einigen Kriminellen, halbstarken, angetrunkenen und hysterischen Frauen ihr Gesetz für Preissteigerungen zurückgezogen – einen Tag, nachdem sie es veröffentlicht hatte und der Sejm, das Abgeordnetenhaus schon zugestimmt hatte?

Jetzt erklärt die Regierung, es habe sich nur um einen Vorschlag gehandelt. Sie reist jetzt im ganzen Land herum und führt Massenveranstaltungen durch, um Unterstützung für die Preiserhöhungen zu organisieren. Mit den von Gierek versprochenen Beratungen mit der Arbeiterklasse hat dies wenig zu tun, sondern ist ein Versuch der Einschüchterung, nachdem die erste Überrumpelung am sofortigen Widerstand der Arbeiter der Traktorenfabrik von Ursus bei Warschau und der Arbeiter von Rodom gescheitert war.

In Rodom sind bei den Demonstrationen zwei Arbeiter getötet worden. Die Regierung stellt es so dar, daß die Arbeiter beim Barrikadenbau von einem Lastwagen der Barrikadenbauer selbst überfahren worden seien. Sie meldete außerdem, daß 75 Polizisten verletzt worden sind. In Massenveranstaltungen im Stadion, bei denen die Arbeiter nicht zu Wort kommen, versucht sie den Widerstand der Arbeiter als das Werk von Provokateuren hinzustellen. Über die Arbeiter der Metallwerke „General Walter", die den Streik in Rodom begonnen hatten und dann zu anderen Betrieben gezogen waren, sagen sie, sie hätten die Belegschaften anderer Werke „terrorisiert". Für die neue Bourgeoisie bedeutet die Einheit der Arbeiterklasse tatsächlich Furcht und Schrecken. Mit Terror versucht sie selbst, die Kampfeinheit der Arbeiterklasse zu verhindern.

In ihrer Propaganda für die Preiserhöhungen erklärte die Zeitung „Tribuna Ludu" jetzt, daß die Preise im Ausland stärker gestiegen sind als in Polen, wo sie seit 1971 „nur" um 13 % gestiegen seien. Damit hat sie zugleich zugegeben, daß trotz des Versprechens von 1971, die Preise nicht zu erhöhen, sie ständig erhöht wurden.

Die polnische neue Bourgeoisie weiß, daß sie einer kampfstarken Arbeiterklasse gegenübersteht. Der Aufstand von 1970 hat das bewiesen und der Arbeiterklasse in allen osteuropäischen Ländern, die unter der Herrschaft des Sozialimperialismus und seiner verbündeten neuen Bourgeoisie steht, ein leuchtendes Beispiel gesetzt.

1970 war die Regierung gestürzt und Parteisekretär Gomulka durch Gierek abgelöst worden, weil die Arbeiterklasse sich gegen die neue polnische Bourgeoisie in einem Aufstand erhoben hatte, als diese die Lebensmittelpreise erhöhen wollte. In diesem Aufstand hatte die Arbeiterklasse der neuen Bourgeoisie den Krieg erklärt, und sie ist nicht besiegt worden. Die Regierung mußte ihre Preiserhöhungen drei Monate später endgültig zurücknehmen. Das war im März 1971, und die neue Regierung mußte erklären, die Probleme durch eine „umfassende Beratung mit der Arbeiterklasse" zu lösen, wie Gierek in seiner Rede vor dem Sejm, dem polnischen Abgeordnetenhaus, am 23. Dezember 1970 sagte.

Unmittelbar nach seiner Wahl zum Generalsekretär der Partei erklärte Gierek in einer Fernsehansprache am 20. Dezember 1970: „die jüngsten Ereignisse erinnern uns schmerzlich an die fundamentale Wahrheit, daß die Partei stets ein enges Bündnis mit der Arbeiterklasse und dem ganzen Volk aufrechterhalten muß, daß sie nicht die gemeinsame Sprache mit den Werktätigen verlieren darf." Mit diesem Satz, an die Arbeiterklasse gerichtet, um sie zu beschwichtigen, sagt Gierek nichts anderes, als daß die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei nicht die Partei der Arbeiterklasse ist; denn wäre sie die Partei der Arbeiterklasse, dann müßte sie ja nicht ein „enges Bündnis mit der Arbeiterklasse ... aufrechterhalten". In der Tat schmerzlich wurde die neue Bourgeoisie daran erinnert, daß die Arbeiterklasse die Macht zurückerobern wird, um die sie die Revisionisten, die neue Bourgeoisie, betrogen haben.



Mit Panzern versucht die neue Bourgeoisie die Arbeiterklasse niederzuhalten.

Mit Panzern versucht die neue Bourgeoisie die Arbeiterklasse niederzuhalten.

Der Aufstand vom Dezember 1970

Der Aufstand vom Dezember 1970

Am 13. Dezember gab die Regierung Preiserhöhungen der Lebensmittel zwischen 11 und 25 Prozent bekannt. Während nun für die Lebensmittel der Arbeiter fast der ganze Lohn hingegeben werden mußte, wurden die Preise für industrielle Güter wie Fernseher, Waschmaschinen usw., die sich nur die neue Bourgeoisie kaufen konnte, im Preis gesenkt. Die von der Regierung propagierte „Umstellung auf industrielle Verbrauchsgüter" ist also glatter Hohn.

Als erste reagieren die Arbeiter zweier Abteilungen der Gdansker Lenin-Werft und wählen eine Delegation, die die Preiserhöhungen mit der Parteileitung diskutieren soll. Der 2. Woiwodschaftssekretär Zenom Jundzill läßt die Delegation im Parteigebäude verhaften.

14. Dezember. Der gleiche Sekretär versucht in der Lenin-Werft die Preiserhöhungen zu rechtfertigen. Der Parteisekretär wird niedergeschrieen, die Arbeiter formieren sich zu einem Protestmarsch. „Die Arbeiter trugen Arbeitskleidung und Werfthelme und sangen unterwegs die Internationale und das Lied aus dem Zweiten Weltkrieg." („... für Hunger, Blut und Tränen ist die Stunde der Rache gekommen ...", nach: Glos Wybrzeza, Küsterstimme, Zeitung der PZPR) Andere Belegschaften schließen sich an. Es kommt zu ersten Zusammenstößen mit der Polizei. Tränengas wird eingesetzt. Eine ständig wachsende Volksmenge von fünfzehn- bis zwanzigtausend Menschen versammelt sich auf dem Bahnhofsplatz.

15. Dezember. Die Arbeiterdemonstrationen vereinigen sich mit einer Demonstration der Arbeiterfrauen, alle Hafenbetriebe und die meisten Fabriken sind durch die Streiks stillgelegt. Die Parteizentrale wird evakuiert. Die Arbeiter ziehen vor das Gewerkschaftshaus, die Gewerkschaften sollen ihre Rechte geltend machen, kein Funktionär wagt vor den Massen zu erscheinen. Die Massen ziehen weiter vor die Parteizentrale – Miliz marschiert auf, eine Frau wird erschossen.

Das ist das Signal zum allgemeinen Aufstand. Milizionäre werden überrannt. Das Parteihaus steht in Flammen. Noch in der Nacht rücken Panzer, Miliz- und Truppenverbände gegen Gdansk vor. Als es die ersten Verwundeten und Toten gibt, folgt der Aufstand in den Städten Gdynia und Sopot. Auch hier geht die neue Bourgeoisie mit Truppen und Panzern vor.

16. Dezember. Die Miliz erhält Schießbefehl. Die Arbeiter wählen Arbeiter-Einheitskomitees und stellen Werft-Milizen zum Schutz gegen die Überfälle der Staatsmacht auf. Das bewaffnete Proletariat stellt sich der Staatsmaschine der revisionistischen neuen Bourgeoisie entgegen. Die Arbeiterräte von Gdansk und Gdynia schließen sich zu einem Arbeitersowjet zusammen. Sie stellen folgende Forderungen auf: Anerkennung der Arbeiterräte und Streikkomitees als Vertretungen der revolutionären Arbeiterklasse. Verurteilung der Politiker, die für die wirtschaftliche Krise Polens verantwortlich sind. Erhöhung der Löhne um 30 Prozent und Zurücknahme der Preiserhöhungen.

Die Delegierten der Sowjets werden verhaftet. Als die Arbeiter die verhafteten Delegierten zu befreien versuchen, eröffnen Panzer das Feuer und richten ein Blutbad an.

Der Aufstand greift auf Szcecin und Elblag über. Die Delegierten des Arbeiterrats von Szcecin versuchen mit dem 1. Parteisekretär von Szcecin zu verhandeln, der weigert sich und flüchtet zur Armee. Seine Villa geht in Flammen auf. Ebenso die Parteihäuser. Truppen und Panzer werden eingesetzt.

17. Dezember. Die aufständischen Hafenarbeiter von Gdynia liefern der Polizei Straßenschlachten. Immer deutlicher wird eine proletarische Führung in den Aufständen bemerkbar. Anfang 1966 war die marxistisch-leninistische Kommunistische Partei Polens gegründet worden, nachdem die PZPR zu einem revisionistischen Organ der neuen Bourgeoisie verkommen war. Sie arbeitet in den Betrieben unter den Bedingungen der Illegalität.

Die Regierung ruft den Ausnahmezustand für den Norden aus. Der Norden wird von den anderen Teilen Polens abgeriegelt.

Ganz Szcecin wird von Panzertruppen eingekesselt und besetzt. Der Aufstand greift auf Slupsk über. Die halbmilitärische Miliz ORMO besetzt die Betriebe. Die Regierung hetzt gegen „Banden von Abenteurern" usw. Die Arbeiter rufen: „Wir sind keine Banditen, wir sind Arbeiter!" und „Nieder mit der bürgerlichen Diktatur Gomulkas! Es lebe die Diktatur des Proletariats!"

18. Dezember. Die Städte stehen unter Militärkontrolle, aber es wird weiter gestreikt. Die Streikwelle greift jetzt auch auf Warszawa über. Im Warszawer Automobilwerk Fiat-Zeran findet trotz Versammlungsverbot eine Betriebsversammlung der streikenden Arbeiter statt. Gomulka versucht selbst die Arbeiter zur Aufgabe des Streiks zu bewegen, was ihm nicht gelingt. Auch die Parteizeitung „Trybuna Ludu" und die Stahlwerke werden durch Bummelstreiks lahmgelegt.

19. Dezember. In Szcecin haben sich die Streiks zu einem Generalstreik ausgeweitet. Die Kämpfe haben inzwischen die Städte Gdansk, Gdynia, Sopot, Szcecin, Elblag, Warszawa, Slupsk, Low, Katowice, Poznan, Krakow und Wroclaw erfaßt. Die Straßenkämpfe kosteten die Arbeiterklasse 150 bis 200 Tote und über 1 000 Verletzte. Von der Polizei werden allein in Gdansk 30 getötet.

20. Dezember. Das ZK der PZPR beschließt den Pferdewechsel. Gomulka tritt aus „gesundheitlichen Gründen" zurück. Gierek wird Generalsekretär, die Regierung wird umgebildet. Partei und Regierung treten in Verhandlungen mit den Arbeiterräten.

Außer in Szcecin, wo auf der Werft bis zum 23. gestreikt wird, wird die Arbeit am 21. wieder aufgenommen. Die neue Regierung versucht zunächst die Preiserhöhungen nach einer Diskussion in den Betrieben doch durchzusetzen. Aber die Streiks hören nicht auf. Immer wieder wird in verschiedenen Betrieben die Arbeit niedergelegt. In der Gdansker Werft kommt es in der ersten Januarhälfte zu mehreren Streiks. Die Hauptforderung ist die Veröffentlichung aller Namen der von der Miliz im Dezember Getöteten, Bestrafung der Schuldigen. Die Regierung muß schließlich die Beisetzung der Opfer auf Staatskosten und die Unterstützung der Hinterbliebenen zugestehen. Sowohl die Mindestlöhne als auch die Mindestrenten werden erhöht. Die Arbeiter können weitere Absetzungen von Parteifunktionären, insbesondere in den Gewerkschaften, durchsetzen.

Am 20. Januar treten die Szceciner Werftarbeiter erneut in den Streik. Am Tag zuvor war ohne vorherige Ankündigung eine Betriebsversammlung einberufen worden, auf der den Arbeitern freiwillige Produktionsverpflichtungen bekanntgegeben werden sollten. Radio und Presse hatten über diese Versammlung in entstellender Form berichtet und eine falsche Propaganda daraus gemacht. Der erneute Streik stellte die Sache klar.

Streikversammlung auf der Warski-Werft in Szcecin am 24. Januar 1971

Am 24. Januar kommt Gierek mit weiteren Mitgliedern des Politbüros und der Regierung auf die Werftversammlung. Das Streikkomitee trägt elf Forderungen vor:

1. Die Rückführung der Preise;
2. ordentliche Wahlen für die Gewerkschaftsleitungen und Arbeiterräte;
3. Lohn für den Streikausfall;
4. Garantien, daß den Streikenden keine Nachteile entstehen und ihre völlige persönliche Sicherheit auf dem Werftgelände und in der Stadt gewährleistet ist;
5. Anwesenheit des 1. Sekretärs Gierek und des Ministerpräsidenten, um einen ständigen Dialog mit den Vertretern der Arbeiter aufzunehmen;
6. und 7. ehrliche Information über die wirtschaftliche Lage und Berichtigung der Falschmeldungen über die Verpflichtungen in der Presse;
8. Bestrafung der Verantwortlichen;
9. Veröffentlichung dieser Forderungen in der Presse;
10. Anerkennung der aus dem Streik hervorgegangenen Arbeiterkommission bis zur Neuwahl der Arbeiterräte und der Gewerkschaftsleitungen.
11. „... wir fordern, daß die Sicherheitsorgane augenblicklich aufhören, die Arbeiter, die am Streik teilnehmen, zu schikanieren, einzuschüchtern und zu verhaften. Der Streik ist kein Verbrechen, da nirgends ein Verbot ausgesprochen ist."

Gierek schiebt in seiner Rede alle Schuld auf Gomulka, macht aber keine festen Zusagen zu den Forderungen, spricht von den großen Schwierigkeiten, die gemeinsam zu meistern seien. Die Mehrzahl der Delegierten spricht sich schließlich für Beendigung des Streiks aus. Das Hauptargument ist, daß man der neuen Regierung ein, zwei Jahre Zeit geben müsse. Aber „Genosse Gomulka hat 1956 um Vertrauensvorschuß gebeten und uns versprochen, daß er das Stück Brot gerecht verteilen wird", sagte ein Delegierter, ein anderer: „Wenn in einem Jahr, in zwei Jahren wirklich keine Besserung eintritt, so werden wir sagen: Genossen, wir sind wieder betrogen worden."

Offen wurde auf dieser Versammlung das terroristische Vorgehen der Staatsmacht angegriffen, vor allem das Vorgehen der Milizen, die in Armeeuniformen anrückten. „Wir werden schon nicht mehr die Leichen zählen. (...) Ich werde nicht über die Zahlen streiten, denn auf jeden Fall waren es mehr, bestimmt! Denn dort, wo Kugeln fliegen, fallen die Menschen. Aber unangenehm ist das, daß wir für unser schwer verdientes Geld uns diese Kugeln gegen uns gekauft haben! Wie kann das sein, daß die Arbeiterklasse sich gegen die Arbeiterklasse gekehrt hat? Also wie können wir auf uns schießen?"

Ein anderer: „Wir haben seit 1945 schon dafür gekämpft, daß es keine Klassenteilung geben soll, und da macht man von oben schon diese Klassenteilung. (...) Da gehen so Gespräche unter den Arbeitern herum, daß bei uns die Gesellschaft in bestimmte Klassen geteilt ist. Die einen haben schon so einen Sozialismus, daß sie nicht wissen, was sie mit ihm machen sollen, daß sie schon irgendwelche Besseren sind. Und diesen Sozialismus haben sie, weil sie auch schon zuviel ... zum Verschwenden haben. (...) Wenn sie mit dem Generaldirektor die Abrechnung machen ..., dann zeigt es sich erst, wieviel er im Laufe eines Jahres verdient hat ... 170 000 Zloty. Nicht Grundgehalt, diesem staatlichen, gesetzlichen, sondern alles zusammen mit den verschiedenen großen und kleinen Prämien."

So brachte die Streikversammlung die Anklage gegen die Restauration des Kapitalismus in Polen in Anwesenheit des neuernannten Vertreters der neuen Bourgeoisie, Gierek, vor. Ein Delegierter sagte am Schluß der Versammlung: „Genosse Gierek, Genosse Jaroszewicz! Euer Auftreten hat die Belegschaft meiner Abteilung nicht überzeugt! Alle ... sagten: Wir wollen den Streik weiterführen. So war die Entscheidung. Nach längerer, stürmischer Diskussion kamen wir zu der Überzeugung, daß wir allein – als einzige Abteilung – den Streik nicht weiterführen können. (...) Wir brechen den Streik ab, nicht aus Überzeugung, sondern weil ihn alle abbrechen!"

Der Streik der Werft in Szcecin war nicht das Ende der Streiks 1970/71 gewesen. Von großer Bedeutung war der Textilarbeiterinnenstreik in Lodz. Dort wurde der neue Premierminister Jaroszewicz niedergeschrieen und der Streik fortgesetzt, bis die Forderung nach Rückführung der Preise erfüllt war.

Am 16. Februar veröffentlicht das Zentralorgan der PZPR „Trybuna Ludu", daß mit Wirkung vom 1. März die Lebensmittelpreise auf den Stand vor dem 13. Dezember zurückgeführt werden.

Quellen: Die Gierek-Reden vor dem Sejm und dem Fernsehen am 20. Dezember 1970 zitiert nach: Informationsbulletin Nr. 1-2/1971, Materialien und Dokumente kommunistischer und Arbeiterparteien, Prag. Chronik und Streikversammlung nach: Der Spiegel Nr. 59/1970; Rote Fahnen über Polen, Trikont-Verlag 1972; Frankfurter Rundschau, Januar 1971.



Revolutionäre Kampfesgrüße senden uns die Kinder aus den Lagern der Befreiungskämpfer von Zimbabwe

Erfolgreiche Kulturveranstaltung zugunsten des Befreiungskampfes in Zimbabwe

Heidelberg-Pfaffengrund. Am Samstag, 3. Juli, führten die Betriebszelle Teroson, die Stadtteilzellen Eppelheim und Pfaffengrund eine Kulturveranstaltung zugunsten des Befreiungskampfes in Zimbabwe durch. Es wurde ein Theaterstück gezeigt, das in kurzen Szenen Entstehung, Ursachen und Notwendigkeit des bewaffneten Befreiungskampfes darstellte. Bei den Liedern sangen die etwa 60 Teilnehmer der Veranstaltung mit und brachten so zum Ausdruck, daß sie den Kampf des Volkes von Zimbabwe unterstützen, und, wie es in dem „1 000-Uhren-Lied“ heißt, daß es für das Siedlerregime schon „5 Minuten vor 12“ ist. Die anschließende Versteigerung einer ZANU-Fahne und eines Plakats, das Schüler einer Sonderschulklasse in Offenburg gemalt hatten, brachte fast 300 DM für die ZANU.

Der KSB **Mainz** führte beim Sommerfest des AStA der Universität Mainz einen Stand durch zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe, der reges Interesse fand. 285 DM können für die LKW-Sammlung bereitgestellt werden.

Die Sympathisantengruppe des KBW **Bergisch Gladbach** führte am 3.7. einen Bazar zugunsten des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe durch. Eine Informationsbroschüre wurde zuvor in der Stadt verteilt und auf Ständen über den Befreiungskampf informiert. 220 DM, vier Fotoapparate und ein Rasierapparat kamen zur Unterstützung der ZANU zusammen.

Die Sympathisantengruppe in **Rüsselsheim** sammelte 70 DM während einer Informationsaktion.

In **Westberlin** wurden auf der Veranstaltung gegen den US-Imperialismus über 3 000 DM für den Befreiungskampf in Zimbabwe, für die vier Lastwagen, gesammelt.

Südafrika: Der Kampf der afrikanischen Massen kann nicht unterdrückt werden

Am Samstag, dem 3.7., haben in der südafrikanischen Stadt Bothaville bei Welkom im Oranje-Freistaat Hunderte von Afrikanern eine Bierstube und anliegende Verwaltungsgebäude des Rassistenregimes mit Steinen beworfen und sie anschließend angezündet.

Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam gebildet

Radio Hanoi hat Freitag, 2. Juli, angekündigt, daß zu dieser Stunde, um 8.30 Uhr, die vietnamesische Nation offiziell wiedervereint ist von Cao-Bang ganz im Norden bis Ca-Mau an der Südspitze. Ton Duc Thân ist das neue Staatsoberhaupt, Pham Van Dong Ministerpräsident. Beide waren mit diesen Aufgaben bereits in der Regierung der Demokratischen Republik Nordvietnam beauftragt. Nguyen Huu Tho, früherer Vorsitzender der FNL, und Nguyen Luong Bang wurden Vizepräsidenten. Insgesamt besteht die Regierung aus 30 Mitgliedern (laut Le Monde, 3.7.76).

Truong Chinh, Vorsitzender der Volksversammlung, erklärte in seiner Eröffnungsrede: „Die Vietnamesen sind eins. Nach der Befreiung hatten wir zwei Regierungen, eine im Norden und eine im Süden. Deshalb müssen wir beide in eine einzige zusammenfassen als ersten Schritt, um unser geliebtes Land zu einen ... Jetzt werden 50 Millionen Vietnamesen eine

den 50 Millionen Vietnamesen eine

wichtige Rolle spielen für Frieden und Sicherheit Südostasiens und in der ganzen Welt.“ Das vietnamesische Volk ist entschlossen, nunmehr im ganzen Land voranzuschreiten im Aufbau des Sozialismus.

Libanon

Der reaktionäre Angriff auf das Lager Tell-El-Zaatar

Die Flugzeugentführung nach Entebbe kommt einer Provokation gleich; sie wurde „in dem Augenblick durchgeführt, wo das palästinensische Volk um sein Überleben kämpft gegen das Komplott, das gegen es im Libanon geschmiedet wurde“ – dies haben Sprecher der PLO erklärt. (Le Monde, 6.7.) Tatsächlich hat sie die Aufmerksamkeit vom Versuch der Imperialisten und einheimischen Reaktionäre im Libanon abgelenkt, dem palästinensischen Volk eine entscheidende Niederlage zuzufügen.

Letzten Dienstag wurde von den reaktionären Milizen Camille Chamouns sowie den „Wächtern der Zedern“ das Lager Jisr-El-Bacha gestürmt. Die Nachrichtenagentur der PLO, WAFA, entlarvt die „Massaker und Greueltaten“ der Reaktionäre, die als Henker der Imperialisten ihr Werk verrichten: „Sie haben das Feuer auf Frauen und Kinder eröffnet, eine Anzahl weiblicher Fedayin vergewaltigt und Verletzte im Feldlazarett des ‚Roten Halbmond‘ getötet.“ Nach der Einnahme dieses Lagers hat sich die Aggression auf das Lager Tell-El-Zaatar konzentriert. Seit nunmehr vierzehn Tagen wird es belagert. In ihm leben 40 000 Palästinenser. Von allen Seiten ist es eingeschlossen. Die 40 000 erleiden Mangel an Wasser, Nahrungsmitteln und Medikamenten. Mitte letzter Woche wurde ein Teil des Lagers durch einen mörderischen Brandbombenbeschuß in Brand geschossen. Heute, Dienstag, wird es von einer zirka 7 000 Mann starken Kampftruppe mit 200 Panzerfahrzeugen (Le Monde) eingeschlossen. In einem Funkspruch erklärt der palästinensische Lagerkommandant: „Unsere Situation ist sehr schwierig. Sie kommen von allen Seiten heran. Wir brauchen dringend Hilfe.“ Auf einer der Mauern des Lagers steht die Losung: „Wenn wir alle fallen und es bleibt nur eine einzige schwangere Frau, so wird sie einen Sohn gebären, der Palästina befreien wird.“

Die reaktionären Kampftruppen, von den Imperialisten und Zionisten mit Waffen versorgt, haben daneben geschrieben: „Es ist zur Pflicht eines jeden Libanesen geworden, einen Palästinenser zu töten.“ Die Reaktionäre wollen beide Lager erobern und sich die palästinensischen Massen unterwerfen. Beide Lager liegen im Ostteil Beiruts, inmitten der Viertel der Reichen und ihres Anhangs. Wenn den Phalangisten die Eroberung des Lagers gelingt, so haben sie den von ihnen beherrschten Teil Beiruts direkt an den Teil des Libanon angeschlossen, der sich nach Norden hin erstreckt und von ihnen kontrolliert wird.

In diesem Vorhaben erhalten sie Unterstützung von den syrischen Truppen. Diese haben in der Bekaa (dem Gebiet jenseits des Libanongebirges), im Libanongebirge selbst sowie im Süden des Libanon um Saida erneut Angriffe gegen die Palästinenser und die libanesische nationale Bewegung unternommen. So zwingen sie die palästinensischen und libanesischen nationalen Kräfte, ihre Kräfte zu zersplittern, und gestatten den Reaktionären, „ihre Männer um die beiden Lager zu massieren, dies in der Gewißheit, daß im Rücken ihre Sicherheit durch die syrischen Soldaten gewährleistet ist“. (PLO-Sprecher)

Insofern ist der Kampf um das Lager Tell-El-Zaatar zu einem Knotenpunkt der weiteren Entwicklung des Kampfes im Libanon geworden. In einem Kommuniqué des Lagerkommandanten heißt es: „Wir wollen die Wachsamkeit der arabischen und Weltöffentlichkeit gegen diesen isolationistischen Plan hervorrufen, der vom syrischen Regime unterstützt wird und darauf zielt, die palästinensische Revolution zu schlgen und die Teilung des Libanon zu verwirklichen. Angesichts der amerikanisch-israelisch-syrischen, isolationistischen Verschwörung wird die Schlacht von Tell-El-Zaatar der Friedhof der Verschwörer sein und der Ausgangspunkt eines offenen und langandauernden Kampfes, den die libanesischen und palästinensischen Volksmassen bis zum Siege führen werden.“

Als Sprecher der PLO erklärt Salah Khalaf (Abu Iyad), „daß der Angriff der reaktionären Kräfte gegen Tell-El-Zaatar und Jisr-El-Bacha sowie die Fortsetzung der syrischen Offensive im Norden und im Zentrum des Landes das palästinensische Volk mehr als je zuvor in den Zustand der legitimen Verteidigung versetze, weil heute klar hervortrate, daß dieser Krieg kein anderes Ziel habe, als den palästinensischen Widerstand zu zerstören“. (Le Monde, 6.7.) Sonntagabend haben die palästinensischen Kämpfer ein Ultimatum der christlichen Milizen zur Übergabe abgelehnt. Zugleich versichern die palästinensischen und libanesischen nationalen Kräfte, zum Lager durchzubrechen und Entlastung zu bringen. – (hjh)

Erfolgreiche Gegenangriffe auf die Aggression des rhodesischen Siedlerregimes gegen Mozambique

Einer Erklärung des Verteidigungsministers von Mozambique vom 30. Juni zufolge, die in Maputo abgegeben wurde, haben Truppen des rhodesischen Siedlerregimes zwei Städte in Mozambique angegriffen. Am 25.6. flogen in der Dämmerung Flugzeuge und Hubschrauber einen

Flugzeuge und Hubschrauber einen

Angriff gegen die 80 km von der Grenze entfernt liegende Stadt Mapai, wo Smith Guerilla-Kämpfer des zimbabwischen Volkes vermutet. Dabei wurden der Erklärung zufolge 16 Zivilisten und drei Kämpfer der Volksstreitkräfte getötet, mehrere Landrover und andere Transportmittel sowie Gebäude zerstört. Geführt seien sie von Sohn eines portugiesischen Kolonialisten worden, der in dieser Gegend eine Farm hatte. Kurz nach dem Luftangriff auf Mapai griff rhodesische Infanterie und Artillerie die Grenzstadt Malvernia an. Dabei wurden 29 rhodesische Invasoren getötet, darunter 9 Offiziere. Als sie am Montag, 28.6., erneut angriffen, machten die Volksstreitkräfte ihre Drohung wahr, den Angriffen des Siedlerregimes mit Gegenangriffen zu antworten, und zerstörten einen rhodesischen Armeestützpunkt in Villa Salazar, das Malvernia gegenüber liegt, vollständig. Insgesamt sollen bei den Kämpfen 40 Söldner des Siedlerregimes getötet worden sein.

In der Erklärung bekräftigt die Regierung von Mozambique, „daß die Volksstreitkräfte und das Volk von Mozambique ihre Unterstützung für das Brudervolk von Zimbabwe in seinem gerechten Befreiungskampf entschieden fortsetzen werden und den faschistischen Anschlägen Smiths und der Imperialisten keine Chance lassen werden“. (nach The Guardian, 1.7.76)

Wie die „Süddeutsche Zeitung“ vom 30.6. berichtet, geht der Verfall der Siedlerkolonie unaufhaltsam weiter. Nach Angaben des Smith-Regimes kamen im Mai nur 720 neue Einwanderer hinzu, während 1 360 das Land verließen. Insgesamt sind 1976 1 520 Weiße mehr abgewandert, als eingewandert sind.

Immer mehr Siedler müssen erkennen, daß es mit dem „Paradies der weißen“ Kolonialisten auf Grundlage der Ausbeutung und Knechtung der afrikanischen Massen dem Ende zugeht.

ZANU-Spendenkonto: Volksbank Mannheim 10 68 326

Kontostand am 2.7.1976: 30 541,73 DM

Rundreise mit dem Genossen Tekere von der ZANU

Auf Einladung des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland wird vom 26. Juli bis 7. August eine Delegation der ZANU unter Leitung des Genossen E.Z. Tekere, Mitglied des Zentralen Komitees der ZANU, auf 12 Veranstaltungen in der BRD und in Westberlin sprechen. Der Genosse Tekere kommt direkt aus den Lagern der Befreiungskämpfer Zimbabwes in Mozambique, wo er seit dem Frühjahr 1973 zusammen mit dem Generalsekretär der ZANU, Genosse Robert Mugabe, die Entfaltung des bewaffneten nationalen Befreiungskampfes unter Führung der ZANU organisiert. Er wird berichten über den Stand des Befreiungskampfes, die Situation in den Lagern der Befreiungskämpfer und die Aufgaben der Solidaritätsbewegung. Veranstaltungen werden stattfinden in Heidelberg, Darmstadt, Karlsruhe, Wiesbaden, München, Berlin, Hamburg, Bremen, Hannover, Göttingen, Bochum und Köln.

Das Volk von Laos schreitet voran im Aufbau des Landes

Um eine unabhängige Wirtschaft im Dienste des Volkes aufzubauen, konzentrieren sich die Arbeiter und Kader der verschiedenen Berufe darauf, die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zu unterstützen. Die Fabrikarbeiter strengen sich an, verschiedenste landwirtschaftliche Geräte und Geräte des täglichen Bedarfs für das Land herzustellen. Monatelang wurden von der Maschinenfabrik Lao in Vientiane Versuchsproduktionen durchgeführt, um kleine Traktoren, Saatmaschinen, Wasserräder mit Fußantrieb und Getreidemühlen herstellen zu können, während sie gleichzeitig eine große Anzahl Pflüge, Hauen, Sicheln, Spaten und anderes landwirtschaftliches Gerät produzierten. Jetzt stellen sie täglich 5 000 Hauen und Spaten her.

Medizinische Arbeiter wurden mobilisiert, damit sie die Landwirtschaft unterstützen. Neben ihrer täglichen Arbeit in Ambulanzen haben sie sich in mobilen medizinischen Teams organisiert, um die Bauern auf dem Land zu behandeln und in den Bergen und anderen Landgebieten Vorbeugebehandlungen durchzuführen. Seit Anfang April haben solche Teams im Bezirk Ka Xi in der Provinz Vientiane 77 Dörfer aufgesucht, um den Bauern medizinische Versorgung zur Verfügung zu stellen. In einem anderen Distrikt wurden mobile veterinärmedizinische Gruppen gebildet, die in den vergangenen zwei Monaten 1 500 Stück Vieh impften. Kultur- und Kunstarbeiter brachten Programme, die das Leben auf dem Land darstellen und die in den ländlichen Berggebieten vorgeführt werden sollen.

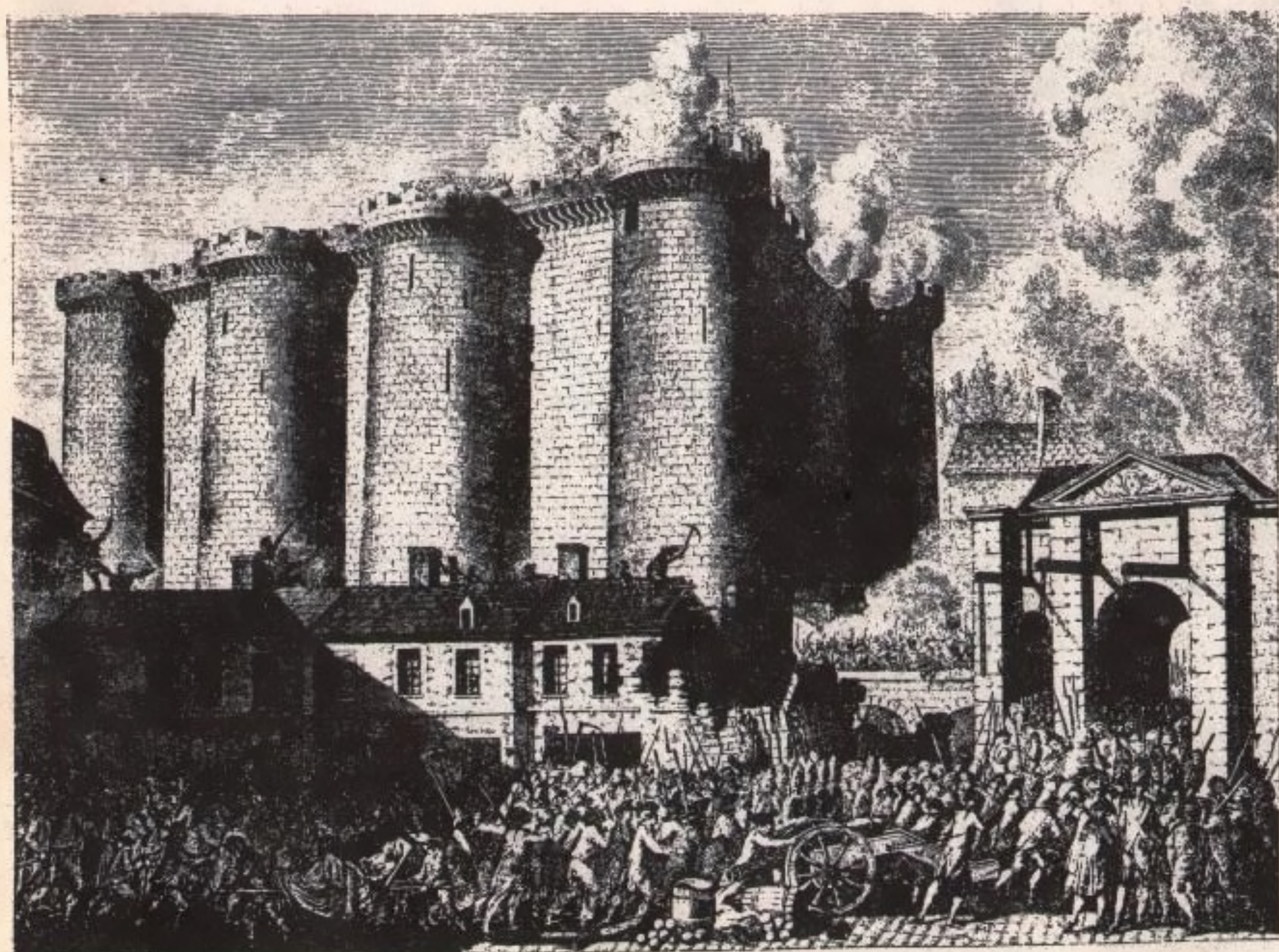
Solidarität mit dem Kampf des saharauischen Volkes

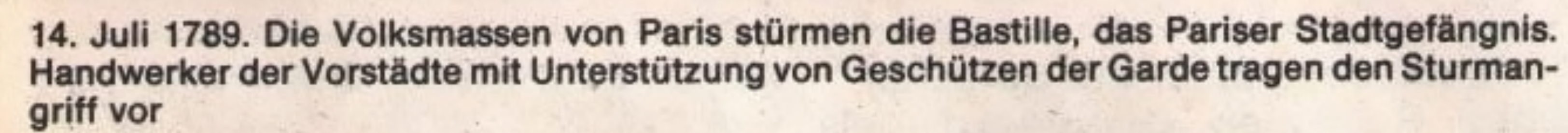
Nach dem Angriff der FPOLISARIO auf Nouakchott, die Hauptstadt von Mauretanien, das zusammen mit Marokko die Arabische Demokratische Republik Sahara besetzt hat, gab FPOLISARIO ein Kommuniqué heraus. Darin schreibt sie, daß mit der Ausweitung des Krieges auf das Feindesland eine neue Form des Kampfes geschaffen wurde, die den Feind zwingt, seine Pläne zu ändern. Die kühne Aktion gegen Nouakchott war keine isolierte Aktion, sondern Teil einer Serie von Operationen. Sie richten sich gegen die mauretanische Armee, wie sich bei weiteren Angriffen gegen ihre Stützpunkte und Standorte Ouedane, Chenguiti, Attar, Zouinet, F'Direk, Tichit, bir Moghrein u.a. zeigt. All diese bewaffneten Aktionen sind eine schnelle und wirksame Antwort auf die Invasion der Armee des Regimes in Nouakchott.

In dem Kommuniqué werden die Falschmeldungen widerlegt, der Generalsekretär, Genosse El Ouali Es Sayed, sei beim Angriff auf Nouakchott ums Leben gekommen. Er ist gefallen inmitten seiner Kampfgefährten in einem Stützpunkt der FPOLISARIO, der aus der Luft angegriffen worden ist. Das Kommuniqué schreibt: „Erinnern wir uns, daß er erste Held unseres Volkes, El Ouali Mustapha Es Sayed, Mitglied der ersten Gruppe unserer Befreiungskämpfer war, die die bewaffnete Revolution begonnen und den ersten Schuß gegen den spanischen Kolonialismus in El Khanka am 20. Mai 1973 abgefeuert haben. Er hat sich heute geopfert, damit unser Volk seinen heldenhaften Marsch bis zum endgültigen Sieg fortsetzen kann. Sein Opfer erleuchtet vor uns den Weg der Freiheit und Würde. Er hat sein Leben eingesetzt wie vor ihm im Jahre 1932 in Oum Tounsi sein Großvater Ali Ould Niara im Kampf gegen den französischen Kolonialismus in Mauretanien ... Entschlossen versichern wir allen Genossen, Freunden, Nationalisten und Revolutionären, daß die Volksfront für die Befreiung von Saguiat El Hamra und Wadi Eddahab, ihre Führung und die saharauischen Volksmassen den Weg für die Freiheit und für die Erringung der Unabhängigkeit fortsetzen werden, den Weg für die Errichtung des Maghrebs der Völker, für die Einheit der arabischen Nation, für die Unabhängigkeit von ganz Afrika und für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt.“

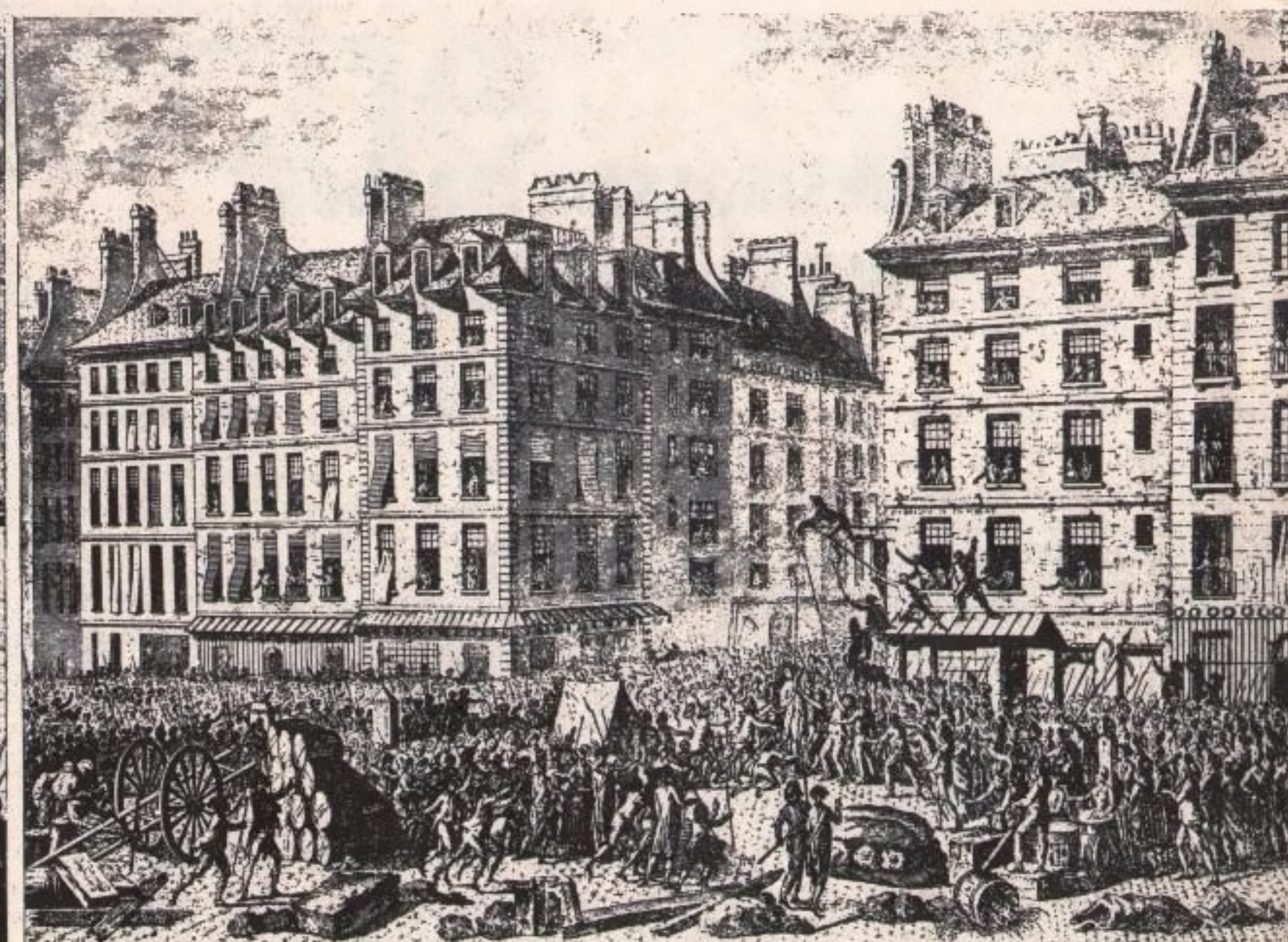
In einer militärischen Bilanz der Kampfaktionen während der ersten Hälfte des Monats Juni wird mitgeteilt, daß 135 marokkanische Soldaten getötet und 120 verletzt worden seien. Außerdem wurde eine große Menge an Waffen und Gerät der marokkanischen Armee zerstört oder erbeutet. Besonders verstärkt hat die Volksbefreiungsarmee ihren Druck gegen die mauretanische Armee und militärische Einrichtungen Mauretaniens. Davon zeugen besonders die mehrfachen Angriffe auf die mauretanische Hauptstadt Nouakchott am 8. und 9. Juni. Insgesamt wurden dabei über 50 mauretanische Soldaten getötet.

Der Ausschuß für die Befreiung Afrikas bei der OAU hat der Ministerkonferenz der OAU (Organisation der afrikanischen Einheit) einen Bericht über die Lage in der Arabischen Demokratischen Republik Sahara vorgelegt. Darin wird anerkannt: „Das Volk der Westsahara hat die Saharauische Republik ausgerufen und damit sein Recht auf Selbstbestimmung wahrgenommen.“ (Nach: El Moudjahid)





14. Juli 1789. Die Volksmassen von Paris stürmen die Bastille, das Pariser Stadtgefängnis. Handwerker der Vorstädte mit Unterstützung von Geschützen der Garde tragen den Sturmangriff vor



Aristokraten an die Laterne. Am 23. Juli 1789 werden ein Mitglied des Staatsrates und sein Schwiegersohn von den aufständischen Volksmassen an der Laterne des Stadthauses aufgeknüpft. Sie hatten die königlichen Truppen rund um Paris mit Waffen versorgt.

Die Französische Revolution 1789–1795

Die Volksmassen machen die Geschichte

Die Französische Revolution ist Höhepunkt und schließlicher Durchbruch der bürgerlichen Revolution, die sich seit Jahrhunderten in Europa entwickelt hatte. An den Schulen der Bourgeoisie, speziell in Westdeutschland, kann man heute erfahren, daß diese Revolution blutig gewesen sei, den Terrorismus hervorgebracht und schließlich ihre eigenen Kinder gefressen habe. Die konterrevolutionär gewordene Bourgeoisie schätzt diesen Höhepunkt ihrer eigenen Geschichte nicht mehr. Und speziell der deutschen Bourgeoisie, die nie eine Revolution zustandegebracht hat, sondern nur den Faschismus, dient die Französische Revolution gerne als abschreckendes Beispiel, gegen die sie den amerikanischen Unabhängigkeitskrieg als vorbildlich herausstellt. „Die amerikanische Revolution ist nicht gering zu schätzen“, meint dieser Tage die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die ansonsten von Revolutionen überhaupt nichts hält. Und sie erkennt der Hochburg des Finanzkapitals, der unterdrückenden Supermacht USA sogar das „Patent auf eine permanente Revolution“ zu. (3.7.76)

Eine permanente Revolution war die bürgerliche Revolution in Europa bis zu dem Zeitpunkt, wo die Bourgeoisie ihre ausschließliche politische Herrschaft durchgesetzt hatte. Im „Kommunistischen Manifest“ haben Marx und Engels die Etappen dieser bürgerlichen Revolution knapp skizziert. Nach der Darstellung, daß unter Regie der Bourgeoisie die große Industrie entwickelt worden ist, der Weltmarkt hergestellt wurde, Handel, Schiffahrt und Verkehr einen gewaltigen Aufschwung genommen haben, heißt es:

„Wir sehen also, wie die moderne Bourgeoisie selbst das Produkt eines langen Entwicklungsganges, einer Reihe von Umwälzungen in der Produktions- und Verkehrsweise ist. Jede dieser Entwicklungsstufen der Bourgeoisie war begleitet von einem entsprechenden politischen Fortschritt. Unterdrückter Stand unter der Herrschaft der Feudalherren, bewaffnete und sich selbst verwaltende Assoziation in der Kommune, hier unabhängige städtische Republik (wie in Italien und Deutschland), dort dritter steuerpflichtiger Stand der Monarchie (wie in Frankreich), dann zur Zeit der Manufaktur Gegengewicht gegen den Adel in der ständischen oder in der absoluten Monarchie und Hauptgrundlage der großen Monarchien überhaupt, erkämpfte sie sich endlich seit der Herstellung der großen Industrie und des Weltmarktes im modernen Repräsentativstaat die ausschließliche politische Herrschaft. Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisklasse verwaltet.“

Eine Klasse stürzt eine andere

Diesen Schlußakt der bürgerlichen Revolution, worin die Bourgeoisklasse erstmals die ausschließliche Herrschaft erobert und die Klassenherrschaft des Adels stürzt, stellt die französische Revolution dar. Vorher hatten alle bürgerlichen Revolutionen in Europa damit geendet, daß sich die Bourgeoisie mit dem Feudaladel die Macht teilen mußte wie in England und in den Niederlanden. Oder daß die Macht der bürgerlichen Klasse eingeschränkt blieb auf einzelne Stadtrepubliken oder freie Städte und nicht das ganze Land umschloß. Damit aber blieb die eigentliche Bastion der feudalen Grundbesitzerklasse, die Herrschaft über das Land und die Ausbeutung der bäuerlichen Arbeitskraft, ungebrochen.

Erst die Französische Revolution brachte den jahrhundertelangen Kampf zwischen grundbesitzendem Feudaladel und der Bourgeoisklasse politisch zur Entscheidung, indem in ihr die Bourgeoisie ihre Herrschaft über das ganze Land herstellen und die Fesseln der feudalen Besitzverhältnisse zerschlagen konnte. Das erklärt die große Erbitterung, mit der die Kämpfe der Französischen Revolution ausgetragen wurden. Und es erklärt, warum alle Klassen der sich herausbildenden bürgerlichen Gesellschaft in die politische Aktion hineingerissen wurden. Wo alle alten Verhältnisse umgewälzt wurden, blieb keine Klasse ruhig, wie früher häufig die Bauern ruhig geblieben waren bei den Kämpfen um die Stadtrepubliken. Und wie die städtische Bourgeoisie häufig die antifeudalen Bauernrevolten ungerührt hatte scheitern lassen. Die aufkommende und die niedergehende herrschende Klasse haben im Frankreich der Revolutionsjahre bis zur vollständigen Herstellung bürgerlicher Rechtsverhältnisse keine Möglichkeit des Kompromisses finden können. So mußten sie beide versuchen, die Volksklassen als ihre Kämpfer zu gewinnen und auf den Plan zu rufen. Die Bourgeoisie hat schließlich über Feudaladel, König und Klerus, über alle Mächte der alten Gesellschaft gesiegt, weil sie als die fortschrittliche Klasse in diesem Kampf die Unterstützung der Volksklassen, der Arbeiter, Handwerker, kleinen Händler und Bauern gewinnen konnte.

Die Bestrebungen der Bourgeoisie

In diesem Bündnis ist keineswegs die Bourgeoisie die treibende Kraft gewesen. Ihr hätte es durchaus genügt, den absolutistischen Staatsapparat, dessen Gläubiger sie war, fester unter Kontrolle zu bekommen und die feudalen Fesseln, die die Beweglichkeit des privaten Eigentums behinderten, zu lockern.

Die Bourgeoisie sah ihre Stunde für gekommen an, als 1788 das königliche Gottesgnadentum definitiv pleite war. Die Hälfte des gesamten Steueraufkommens ging für die Verzinsung der Staatsschuld drauf, die Staatskasse mußte die Zahlungen einstellen.

In dieser Lage handelte die Bourgeoisie als Klasse gegenüber dem absolutistischen Staat geradeso, wie sie es gewöhnt war gegenüber jedem beliebigen anderen Bankrotteur. Sie forderte die Einsetzung eines Aufsichtsrates, der über das Geschäftsgebaren wachen sollte und von dessen Entscheidung es abhängen sollte, ob sie dem Staat über Steuern und Anleihen neues Geld zur Verfügung stellen würde. Der verschuldete König mußte dem Verlangen nachgeben und die Generalstände einberufen. Er mußte weiter nachgeben und der Verdoppelung der Bourgeoisvertreter zustimmen. Und er mußte schließlich noch einen entscheidenden Schritt zurück tun und die Versammlung des dritten Standes, die sich selbständig als Nationalversammlung proklamiert hatte, als solche anerkennen und Adel und Klerus auffordern, sich dieser Versammlung, in der die Bourgeoisie die sichere Mehrheit hatte, anzuschließen.

So weit war die Bourgeoisie durchgekommen mit ihren Wünschen ohne irgendwelche heroischen Anstrengungen, im wesentlichen durch ökonomischen Druck, den sie ausüben konnte, weil sie die modernsten Produktionsmittel in der Hand hatte, die Handelsverbindungen kontrollierte und außer dem Grund und Boden, der zum größten Teil Adel und Klerus gehörte, über den größten Teil des sachlichen Reichtums der Gesellschaft verfügte. Mit der Nationalversammlung, ihrem parlamentarischen Aufsichtsrat, hatte die Bourgeoisie eine Position gewonnen, die ihr auf Dauer einen entscheidenden Einfluß auf die Staatstätigkeit sichern mußte.

Gegen die Konterrevolution brauchte die Bourgeoisie die Volksmassen

König und Adel waren nicht bereit, das hinzunehmen. Sie organisierten die Konterrevolution. Truppen wurden im Juli 1789 um Paris zusammengezogen, ein offen konterrevolutionäres Kabinett berufen, und die Bourgeoisvertreter in der Nationalversammlung sahen gegenüber diesen Zurüstungen der Konterrevolution schlecht aus. Gerettet wurden sie durch den Aufstand der Volksmassen in Paris, in den übrigen französischen Städten und schließlich durch Bauernaufstände überall auf dem flachen Land. Am 14. Juli erstürmte das Volk von Paris die Bastille. Der König mußte die Truppen zurückziehen. Die Revolution war gerettet.

Dieser Vorgang, daß die Bourgeoisie den Widerstand der Aristokratie nur brechen konnte, indem die Volksklassen sich erhoben, wiederholt sich in den verschiedensten Formen während der nächsten fünf Jahre der Französischen Revolution immer wieder. Und er war keineswegs auf Paris und die Städte beschränkt. Die Macht der Feudalherren wurde auch auf dem flachen Land gebrochen. Die Bauern drängten nach Abschaffung der Feudallasten. Und das sicherste Mittel, dies zu erreichen, bestand darin, die Schlösser der Adeligen und mit ihnen alle alten Urkunden zu vernichten und besonders verhaßte Peiniger zu erschlagen. So war es bei allen Bauernaufständen seit Jahrhunderten geschehen und dennoch hatte das Feudalregime diese Aufstände immer wieder überstanden. Auch diesmal sah es zunächst so aus, als würden die Agrarrevolten wiederum isoliert bleiben und nicht als Bestandteil der Revolution der ganzen Nation genommen werden. Die Bourgeoisie – selbst großer Grundbesitzer – zögerte zunächst und erwog, die Bauernaufstände zu unterdrücken.

Bourgeoisie und Bauernaufstand

In der Nationalversammlung wurde berichtet: „Nach Nachrichten aus allen Provinzen scheint es, daß jeglicher Besitz die Beute sträflicher Plünderung ist. Überall werden die Schlösser verbrannt, die Klöster zerstört und die Pächtereien geplündert. Die Steuern, die Feudalabgaben, alles ist zerstört. Die Gesetze sind ohne Kraft, die Magistrate ohne Autorität.“

Die Mehrheit der Nationalversammlung begriff jedoch, daß die offene Unterdrückung der Bauern das Ende der Revolution bedeutet hätte und sich damit die Bourgeoisie in die Hände des Adels begeben hätte. Sie versuchte es mit einem Kompromiß. Am 11. August 1789 beschloß sie: „Die Nationalversammlung vernichtet das Feudalwesen völlig.“ Um dann in den Nachsätzen es in den wesentlichen Bestimmungen für die Bauern wieder aufzurichten. Die auf den Menschen lastenden Adelsrechte, d.h. die Reste der Leibeigenschaft, wurden beseitigt, ebenso der Zehnte, der an den Klerus gezahlt werden mußte und der auch die Bourgeoisie ärgerte. Die den Boden belastenden Feudalabgaben wurden jedoch lediglich für loskäuflich erklärt. Das aber waren die entscheidenden. Der Bauer war frei, aber nicht sein Land. Ein Zustand, der für die Bourgeoisie günstig war, die die unmittelbaren Produzenten von den Produktionsmitteln trennten mußte, um sie als Lohnarbeiter ausbeuten zu können. Bei den Bauernmassen war die Enttäuschung groß. Erst 4 Jahre später, nach einer Vielzahl von Kämpfen gegen die Aristokratie und unter der revolutionären Regierung des Wohlfahrtsausschusses, ist der radikalste Teil der französischen Bourgeoisie unter dem Zwang der Umstände schließlich bereit gewesen, die entschädigungslose Aufhebung aller Feudalrechte zu verfügen und die Vernichtung aller Urkunden zu befehlen. Damit erst war die Vernichtung des Feudalismus unwiderruflich.

Ähnlich das Verhältnis der Bourgeoisie zu den städtischen Volksklassen. Durch ein enges Zensuswahlrecht wurden die besitzlosen Klassen und die Kleineigentümer, Handwerker und Händler in die Rolle von Passivbürgern gedrängt. Nur die reichen Bourgeois, die Steuern zahlten, wurden als „die wahren Aktionäre des großen gesellschaftlichen Unternehmens“ anerkannt, wie die Bourgeois ihren Staat damals nüchtern bezeichneten. Geradeso sollte es mit den Waffen gehalten werden. Passivbürger bekamen lange Zeit keinen Zutritt in die Nationalgarde, die nichts anderes war als die bewaffnete Bourgeoisie gegenüber der Aristokratie und gegenüber den Volksmassen gleichermaßen.

Krieg gegen die Feinde der Freiheit

Aber die Bourgeoisie blieb auf die Unterstützung der Volksmassen angewiesen, wenn sie sich der gestürzten, aber noch nicht endgültig geschlagenen Klasse der Feudalherren im Innern und der Höfe Europas erwehren wollte. Sie mußte Krieg führen gegen ihren gestürzten Feind, wenn sie selbst als herrschende Klasse überleben wollte. Robespierre, der hervorragende Sprecher des radikalen Bourgeoisflügels,

Fortsetzung Seite 16

Aus dem Manifest des Herzogs von Braunschweig vom 25. Juli 1792
(Oberkommandierender der österreichischen und preußischen Truppen)

Die Stadt Paris und alle ihre Bewohner ohne Unterschied sind schuldig, sich sogleich ihrem König zu unterwerfen, ihn in volle Freiheit zu setzen und ihm, so wie allen Mitgliedern seiner Familie, die Unverletzlichkeit und die Achtung zu versichern, auf welche nach dem Vernunft- und Völkerrechte die Fürsten gegenüber von ihren Untertanen Anspruch zu machen haben. Ihre Majestäten erklären ferner auf Ihr kaiserliches und königliches Ehrenwort, daß, wenn das Schloß der Tuilerien gestürmt oder sonst verletzt, wenn die mindeste Beleidigung dem Könige, der Königin und der ganzen königlichen Familie zugefügt, nicht unmittelbar für ihre Sicherheit, ihr Leben und ihre Freiheit gesorgt wird, sie eine beispiellose und für alle Zeiten denkwürdige Rache nehmen und die Stadt Paris einer militärischen Exekution und einem gänzlichen Ruine preisgeben, die Verbrecher selbst aber dem verdienten Tode überliefern werden. Ihre Majestäten versprechen dagegen den Einwohnern von Paris ihre Verwendung bei Sr. allerchristlichsten Majestät, um ihnen Begnadigung für ihre Fehler und Irrtümer zu verschaffen und die kräftigsten Maßregeln zu nehmen, um ihre Personen und Güter zu sichern, wenn sie die obige Aufforderung schnell befolgen werden.

Dekret über die Abschaffung des Königtums
21. September 1792

Der Nationalkonvent dekretiert einstimmig, daß das Königtum in Frankreich abgeschafft wird.

Die Französische Revolution 1789–1795

Die Volksmassen machen die Geschichte

Fortsetzung

erklärte: „Die Revolution ist der Krieg der Freiheit gegen ihre Feinde."

Daß ein energischer Krieg gegen die gestürzte Aristokratie geführt werden müsse, das hatten die Volksmassen schon lange gefordert. Und immer wieder hatten sie diesen Krieg auch in die Hand genommen und den Vertretungskörperschaften der Bourgeoisie keine andere Wahl gelassen, als nachträglich die Ergebnisse dieses Krieges zu sanktionieren. So im August 1792 bei der Erstürmung der Tuilerien, des königlichen Stadtschlosses, was die Absetzung des Königs zur Folge hatte und Anfang 1793 seine Hinrichtung. So im September 1792 bei der Organisierung der Verteidigung von Paris gegen die Koalition der europäischen Mächte und bei der Ausübung der ersten Schreckensherrschaft gegen die gefangenen Feinde der Revolution, „um die innerhalb unserer Mauern versteckten Legionen von Verrätern in dem Augenblick durch Angst und Schrecken zurückzuhalten, in dem das Volk gegen den Feind marschiert". Und erneut im Mai/Juni 1793, wo sie die Einsetzung der Revolutionsregierung und die Schreckensherrschaft über die Feinde der Revolution erzwangen.

Die Volksmassen, auf die die bürgerliche Revolution angewiesen blieb, hatten sich über jeden dieser Schritte neue Rechte erobert. Das Zensuswahlrecht war gefallen zugunsten des allgemeinen Wahlrechts. Die Verfassung von 1793 sah vor: „Alle Franzosen sind Soldaten. Alle werden im Gebrauch der Waffen geübt." Und im August 1793 wurde das Volksaufgebot erlassen, um die Republik gegen ihre äußeren Feinde zu verteidigen. Die Revolution war von diesem Zeitpunkt an bewaffnet und die Volksmassen in den Städten hatten in ihren Sektionen und Clubs politische Organisationen geschaffen, von denen ausgehend sie die Waffen auch organisiert gebrauchen konnten.

Der Aristokratie wurden jetzt heftige Schläge versetzt. Die Kirchengüter waren schon früh enteignet worden. Jetzt wurden die Güter der Emigranten beschlagnahmt. Sondergerichte verfolgten den Widerstand der Aristokraten und ihres Anhangs. Unter dem Druck der Volksmassen übte der radikale Flügel der Bourgeoisie eine revolutionäre Diktatur aus, unter deren Schlägen das alte Frankreich unwiderruflich vernichtet wurde. „Der *ganze französische Terrorismus* war nichts anderes als eine *plebejische Manier*, mit den *Feinden der Bourgeoisie*, dem Absolutismus, dem Feudalismus und dem Spießertum, fertigzuwerden", schrieb Karl Marx 1848. (Marx/Engels-Werke, Band 6, S. 107)

Das Bündnis der Bourgeoisie mit den Volksmassen, zu dem der radikale Bourgeoisflügel getrieben wurde, zerbrach schließlich an seinen inneren Widersprüchen, als dieses Vernichtungswerk an der alten Gesellschaft im großen und ganzen durchgeführt war und die Grenzen gesichert erschienen. Eine neue Gesellschaft gemeinsam aufbauen, das konnten Bourgeoisie und die arbeitenden Klassen nicht. Die Volksmassen litten Hunger. Sie forderten Brot und die Verteilung des Eigentums. Die Bourgeoisie schrieb auch in ihre radikaldemokratische Verfassung von 1783 hinein: „Das Eigentumsrecht steht jedem Bürger zu. Es bedeutet, daß jeder seine Güter und seine Einkünfte, den Ertrag seiner Arbeit und seines Fleißes nach freiem Belieben besitzen und darüber verfügen darf." Das war die Verkündigung der Bourgeoisfreiheit, die Freiheit der Besitzenden, die Lohnsklaverei für die Arbeiter, die Handwerker und Bauern, Enteignung von den Produktionsmitteln bedeutete. Je deutlicher die Volksmassen diese Folgen spürten, desto mehr ging ihre Begeisterung für die Revolutionsregierung zurück. Die Bourgeoisie beendete das zeitweilige Bündnis, indem sie die Revolutionsregierung unter Führung Robespierres stürzte und hinrichten ließ. Wiederholte Aufstandsversuche der Volksmassen in Paris wurden von ihr blutig niedergeschlagen.

Die Bourgeoisie setzt sich durch

Die arbeitenden Klassen, die Anhänger der Demokratie, konnten sich in der Französischen Revolution nicht durchsetzen, obwohl in ihren Händen zeitweise die Gewehre, die Macht und damit die Souveränität lagen. Die Kräfte der Demokratie waren der Bourgeoisie unterlegen, weil das, was sie wollten, historisch überholt war. Eine Gesellschaft von Kleinproduzenten, auf der Basis des kleinen Eigentums an den Produktionsmitteln, das war das Ideal der Sansculotten, der kleinen Handwerker, Händler, Tagelöhner. Es war ein kleinbürgerliches, historisch überholtes Ideal. Die Bourgeoisie war gegenüber den Sansculotten, obwohl politisch reaktionär, ökonomisch die fortschrittlichere Klasse. Ihre Produktionsweise bedeutete nicht die Zersplitterung der Produktionsmittel, sondern ihre Zentralisierung, die Vergesellschaftung der Arbeit und die beständige Steigerung der Produktivität menschlicher Arbeit. Alles das jedoch auf Kosten der ausgebeuteten Klasse der unmittelbaren Produzenten und auf Kosten der Bauern und Handwerker, die enteignet, vernichtet, durch die Bourgeoisie von ihren Produktionsmitteln getrennt wurden, um als Lohnsklaven ihren Fabriken zur Verfügung zu stehen.

Im ganzen 19. Jahrhundert sind die demokratischen Bestrebungen des Kleinbürgertums und der Bauern, die sich in allen Revolutionen wieder zu Wort meldeten, ständig gescheitert. Erst die Arbeiterklasse, selber das Produkt der modernen Produktionsweise, konnte den Volksklassen wieder eine Perspektive eröffnen. Nicht die des kleinen Besitzers und der zersplitterten Produktion in knechtender Abhängigkeit vom Bankier, der die Kredite gibt, und von der Natur, die durch individuelle Arbeit allein nie zu bemeistern ist. Sondern die Aufhebung des Privateigentums und die genossenschafliche Produktion.

In den proletarischen Revolution des 20. Jahrhunderts haben diejenigen Volksklassen, welche die Sansculotten in der großen Französischen Revolution bildeten, und vor allem die Bauern unter Führung des Proletariats tatsächlich die demokratische Dikatur über den Reichtum ausüben können, die sie im Jahre 1793 in Frankreich anstrebten. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, die drei großen Losungen der Französischen Revolution, haben erst in den proletarischen Revolutionen für die Volksmassen eindeutigen Sinn bekommen. Nämlich: Freiheit der Arbeiter von Ausbeutung und Unterdrückung, Abschaffung der Klassen und Solidarität für alle, die ihr Leben durch eigene Arbeit erhalten. Ihre Kehrseite ist demnach: Unterdrückung der Ausbeuter, Aufhebung des Privateigentums, proletarische Diktatur und Demokratie für die arbeitenden Massen.

In der Französischen Revolution hat das Proletariat teilgenommen und mitgekämpft in den Reihen der Sansculotten. Eigene Forderungen hat es erhoben, bezogen auf den Lohn. Und in Streiks ist es für diese Forderungen eingetreten. Mit diesen Forderungen stand die Arbeiterklasse allein. Schon im Jahre 1791 wurde ein eigenes Gesetz erlassen, das den Streik und den Zusammenschluß von Arbeitern der gleichen Berufsgruppe verbietet. Ein komplettes Koalitions- und Versammlungsverbot für Arbeiter. Diese durften zwar in der demokratischen Phase der Revolution an den Versammlungen der Sektionen und der Volksgesellschaften teilnehmen, eine eigenständige, klassenmäßige Organisation aber blieb ihnen verboten. Die Bourgeoisie hatte von vornherein eine feine Klassenwitterung für ihren wirklichen Feind.

Erst nach dem Höhepunkt der Revolution, als die demokratischen Kräfte über die Ursachen für ihre Niederlage nachzudenken begannen, fand der Sozialismus als Theorie der Arbeiterklasse theoretische Vertreter, vor allem in Babeuf, der gegen die Vorstellung der gleichmäßigen Verteilung des Eigentums die kommunistische Idee der Aufhebung des Privateigentums und der gemeinsamen Produktion setzt. In der Französischen Revolution hat diese Idee praktisch noch keine Rolle gespielt.

Was man von der Bourgeoisie lernen kann

In der Französischen Revolution, dem Höhepunkt der bürgerlichen Revolutionen überhaupt, hat die Bourgeoisie eine Lehre gegeben, die wir gerade als proletarische Revolutionäre uns ständig vor Augen halten werden. Groß und erfolgreich ist diese Revolution gewesen und weitergetrieben worden ist die Weltgeschichte durch sie, weil die Bourgeoisie erbarmungslos ihren Feind, den Feudaladel, niedergeschlagen hat. Sie hat ihn bekämpft, unter Anklage gestellt, aus dem Lande getrieben, enteignet, guillotiniert. Sie hat jedes geltende Gesetz und alle ehrwürdigen Traditionen gebrochen. Sie hat die Klöster geschlossen, Priester hingerichtet und Kirchen entweiht. Sie hat ganz Europa in den Krieg gestürzt, um ihren Gegner zu besiegen und ihr Klasseninteresse durchzusetzen. Sie ist so gründlich zu Werk gegangen, daß fortan jeder Versuch der feudalen Restauration in Europa immer wieder gescheitert ist.

Heute, wo die Bourgeoisie selber reif ist, wo sie ein Hemmnis ist für die Entfaltung der produktiven Kräfte der Gesellschaft, das tausendmal mehr gen Himmel stinkt als alle Landjunker und der komplette Hofadel von Versailles zusammengenommen, heute will sie gerne vergessen machen, daß sie gewaltsam, durch Revolution an die Macht gekommen ist. Robespierre und die großen Tage der Schreckensherrschaft, in denen das alte Frankreich unwiderruflich vernichtet worden ist, verleugnet sie sogar vollständig. Ganze Legionen von Historikern setzt sie daran, sich eine Geschichte ohne Brüche schreiben zu lassen. In Deutschland speziell sind Geschichten des Staatsrechts beliebt, wo die Bundesrepublik bruchlos als Rechtsnachfolger des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation dargestellt wird. All das kann der Bourgeoisie nicht helfen. Sie hat ihre Herrschaft durch die Revolution angetreten. Sie wird auch durch Revolution abtreten. In einer Reihe von Ländern ist das schon geschehen. – (wm)



Hinrichtung von Ludwig Capet, vormals König von Frankreich, am 21. Januar 1792. „Ein toter König ist kein Mensch weniger", sagte Manuel, der Prokurator der Kommune.

Saint Just, einer der Sprecher des Radikalen Bourgeoisflügels vor dem Konvent 1792

„Dieselben Männer, die Ludwig richten werden, haben eine Republik zu gründen: diejenigen, die der gerechten Bestrafung eines Königs eine größere Bedeutung beimessen, werden niemals eine Republik gründen. ... Ich für mein Teil sehe keinen Mittelweg: dieser Mann muß regieren oder sterben. ... Man kann nicht unschuldig regieren: der darin liegende Wahnsinn ist zu offensichtlich. Jeder König ist ein Rebell und ein Usurpator."

Bericht von Jacques Roux über die Hinrichtung Ludwigs XVI.

An den Generalrat der Kommune von Paris

21. Januar 1793

Wir legen euch Rechenschaft von der Erfüllung des Auftrags ab.

Wir haben uns in den Temple begeben und dem Tyrannen angekündigt, daß die Stunde der Hinrichtung gekommen sei.

Er verlangte, einige Minuten für seinen Beichtvater zu haben. Er wollte uns ein Päckchen geben, das wir euch zustellen sollten. Wir erwiderten, daß wir nur den Auftrag hätten, ihn zum Schafott zu führen. Er antwortete: „Das ist richtig!" Er empfahl seine Familie und bat, Cléry, sein Kammerdiener, solle Kammerdiener bei der Königin werden, dann verbesserte er sich schnell und sagte: bei meiner Frau. Übrigens bat er, daß seine früheren Diener in Versailles nicht vergessen würden. Dann sagte er zu Santerre: „Gehen wir!" Über den Hof ging er zu Fuß, dann stieg er in den Wagen. Unterwegs herrschte das tiefste Schweigen.

Es gab keinen Zwischenfall. Wir stiegen in die Büros des Marinegebäudes, um das Protokoll über die Hinrichtung aufzunehmen. Wir haben Capet bis zur Guillotine nicht aus den Augen gelassen. Um zehn Uhr zehn Minuten kam er an; drei Minuten erforderte das Aussteigen aus dem Wagen. Er wollte zum Volke reden, jedoch hat Santerre dies nicht zugelassen. Sein Kopf fiel. Die Bürger tauchten ihre Piken und ihre Taschentücher in sein Blut.

Nach der Fertigstellung begaben wir uns in den provisorischen Exekutivrat, der sich jetzt mit den Nachforschungen nach dem Mörder von Saint-Fargeau* beschäftigt. Wir haben uns beeilt, euch Rechenschaft abzulegen.

* Der Abgeordnete Lepeletier de Saint-Fergeau war von einem Royalisten ermordet worden, weil er für die Hinrichtung des Königs gestimmt hatte.

Dekret des Nationalkonvents über die Abschaffung der Negersklaverei in den Kolonien

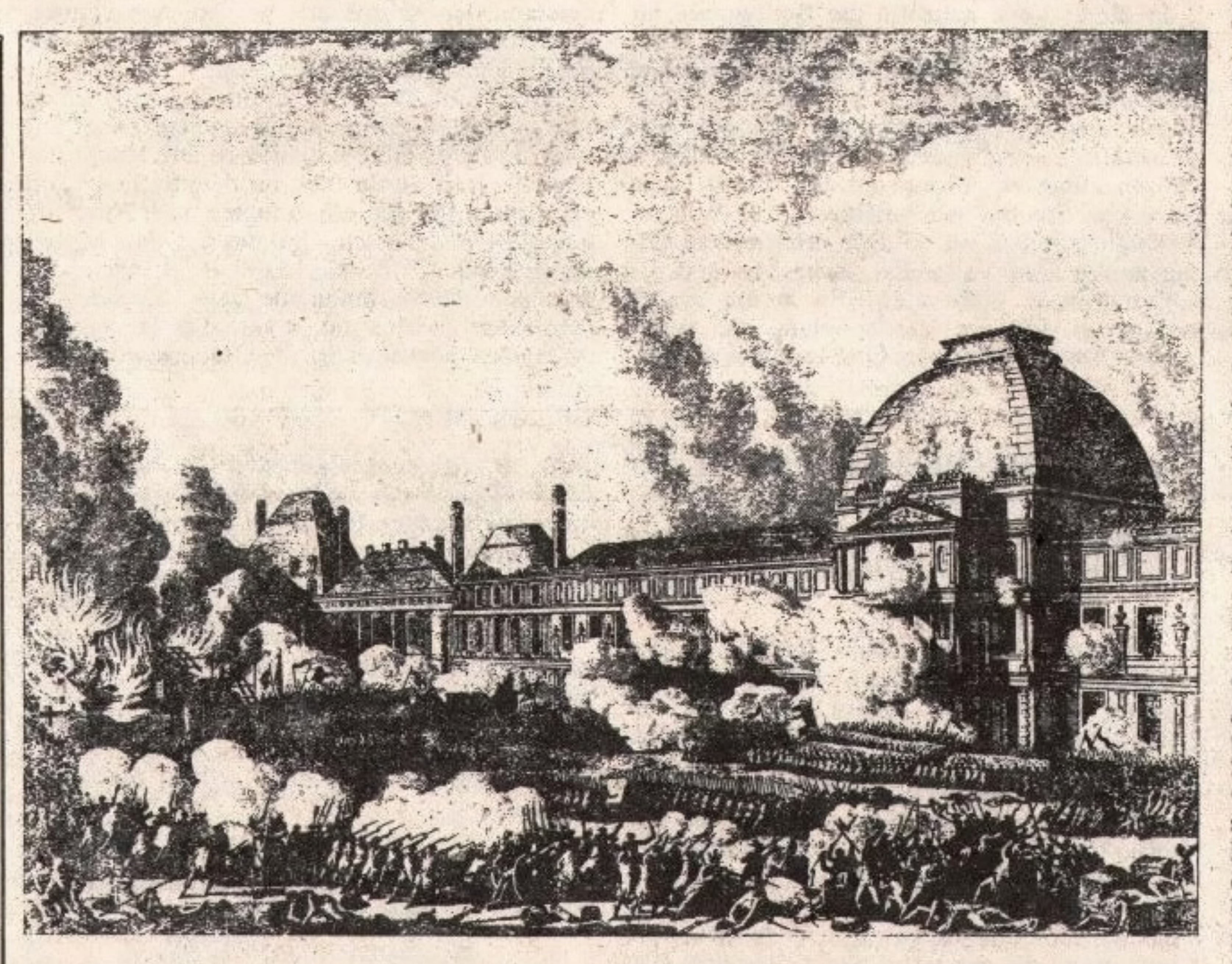
4. Februar 1794 (16. Pluviôse II)

Der Nationalkonvent erklärt die Sklaverei der Neger in allen Kolonien für abgeschafft. Demzufolge dekretiert er, daß alle Menschen ohne Unterschied der Hautfarbe, die in den Kolonien ihren Wohnsitz haben, französische Bürger sind und sämtliche durch die Verfassung garantierten Rechte genießen.

Der Nationalkonvent beauftragt den Wohlfahrtsausschuß, ihm unverzüglich einen Bericht über die notwendigen Maßnahmen vorzulegen, um die Durchführung des vorliegenden Dekrets sicherzustellen.

Robespierre 1793 im Jakobinerklub über die Mission Saint Justs als Beautragter des Wohlfahrtsausschusses in Straßburg:

„Ihr seht: man hat die Reichen geschröpft, um die Armen zu nähren und zu kleiden. Die revolutionäre Kraft und die patriotische Energie sind dadurch gestärkt worden. Die Aristokraten sind guillotiniert worden."



Die Tuilerien, das Stadtschloß des Königs, werden von den Volksmassen gestürmt. Ludwig XVI. wird abgesetzt. Das allgemeine Wahlrecht und die Bewaffnung der Volksmassen werden durchgesetzt. Die Bourgeoisie muß das arbeitende Volk, die Sansculotten, als Bestandteil der Nation anerkennen.